

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränummerando: Vierteljährlich 2.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Konnoement: 2.30 Mk. pro Quartal. Unterdruckband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Roman. Eingetr. in der Vorl. Zeitung-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitsetze oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 21. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

#### An die Parteigenossen!

Das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses befindet sich

Hamburg, Simsbüttel, Eichenstr. 4, 1 Tr.

Im Interesse einer prompten und raschen Erledigung der Parteigeschäfte ersuchen wir die Genossen, alle Sendungen und Zuschriften in bezug auf die Agitation, die Wahlen, sowie in Presb., Prozeß- und Unterstüßungs-Angelegenheiten an die Adresse des Genossen

W. Pfannkuch, Hamburg, Simsbüttel, Eichenstr. 4, 1;

alle Geldsendungen an die Adresse des Genossen

A. Gerisch, Hamburg, Simsbüttel, Eichenstr. 4, 1.

zu senden.

Genossen, die unsere wiederholt bekannt gegebene Adresse hartnäckig ignorieren, haben sich die Verzögerung der Erledigung ihrer Angelegenheit selbst zuzuschreiben.

Hamburg, den 16. Februar 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss.

#### Das bürgerliche Gesetzbuch vor dem Reichstage.

II.

Selbst die chauvinistische Note ist von den Regierungen nicht ganz verschmäht worden. Der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes hält die Herrschaft des französischen Zivilrechtes im Westen Deutschlands für national beneficial und nachtheilig für die Rechtspflege „jenseits unserer Grenzen geboren, finde es jenseits derselben seine naturgemäße Entwicklung“. Nun haben allerdings die fünf französischen Codes ihren Einzug in die preussischen Rheinlande, Rheinbayeren und Baden unter der französischen Fremdherrschaft gehalten, bereits in den Vorjahren der Märzrevolution war dieses vermeintliche Fremdrecht in Deutschland aber volksthümlich wie ein alternationalstes Recht geworden. Ueber die Gründe dieser Keimwegs aus falsch verstandenem Patriotismus zu bedauernden Erscheinung ist man sich auch längst klar. Für das Zivilrecht liegen sie darin, daß man „thatsächlich Einheimisches, wenn auch in fremd gewordener Form“ oor sich hatte, indem das diesem Recht zu Grunde liegende ältere Gewohnheitsrecht des nördlichen Frankreich eben „vollständig deutschen Ursprungs und Charakters“ war. Demnach ist die Rechtsentwicklung und Rechtspflege in den französisch-rechtlichen Gebieten Deutschlands auch völlig deutsch, und wenn Herr v. Stumm dem Staatssekretär entgegenstehe, das Recht „Frankreichs“ genire ihn gar nicht, so können wir ihm darin ausnahmsweise beipflichten. Noch schlechter und vielleicht der schwächste von allen zu Gunsten der Kodifikation aus-

gespielten Trümpfen war endlich die vom Staatssekretär in Aussicht gestellte Wirkung unseres neuen einheitlichen Rechts über die Grenzen unseres Landes hinaus. Die Spielerei, mit Weltreichs- und Welt-Deutschthumsgebanken scheint in letzter Zeit Mode zu werden und erinnert in Betracht der Unfähigkeit unserer herrschenden Klassen, der Nation auch nur ihr eigenes Haus wohllich zu machen, stark an jene Größenwahns-vorstellungen, die pathologisch dann aufzutreten pflegen, wenn das Gehirn selbst der gewöhnlichen Arbeitsverrichtung nicht mehr gewachsen ist. Sogar das verpönte Wort des „Prestige“ ist in die Verhandlungen geworfen worden. Wovon lenken alle diese Scheingründe ab? Von dem wirklich vorhandenen einzig zulänglichen Grunde einer Kodifikation, nämlich der Reformbedürftigkeit der bestehenden Rechtszustände, die freilich die herrschenden Klassen nicht anerkennen, der Reform, die sie nicht gewähren wollen. Lothar Bucher schrieb: „Die Maschine, Fabrik, Landwirtschaft wird am besten arbeiten, die mit der vollständigsten Benutzung aller bekannten Naturgesetze eingerichtet ist. Also dürfte auch wohl die Gesellschaft um so vollkommener sein, je mehr die Regeln, welche das Verhalten der Mitglieder bestimmen, den natürlichen Gesetzen des Menschen und der Gesellschaft entsprechen.“ Seit hundert Jahren hat Deutschland in allen wirtschaftlichen und damit in den Grundlagen sämtlicher privatrechtlichen Verhältnisse den ungeheuersten Wandel durchgemacht, damit sind also die „natürlichen Gesetze“ andere geworden und diese zu ergründen, ist die Aufgabe des Gesetzgebers. Sonst wird nur veraltetes Recht neu stabilirt auf Kosten jener Harmonie des gesetzlichen und natürlichen Rechts, die der Zweck aller Rechtsordnung ist, und die Gefahren der bereits vorhandenen Gegensätze werden umso mehr gesteigert, je dauerhafter der Neubau ist. Wie häufig diese „funktionelle Seite“ des Rechts — und zwar gerade von den Juristen — übersehen wird, hat bereits Jhering erkannt\*, und doch er würde es schwerlich für möglich gehalten haben, daß ein gewiegter, über dem Durchschnittsmas der professionellen Bildung stehender Jurist — als solchen sehen wir den Staatssekretär des Reichs-Justizamtes an — mit Befriedigung erklären konnte: „Soweit das allgemeine Landrecht, der französische Code, das sächsische Gesetzbuch Rechtsätze und Rechtsanschnungen gemeinsam vertreten, soweit durfte die Kommission mit einiger Sicherheit annehmen, daß diese Dinge auch dem Rechtsinn und den Anschauungen des deutschen Volkes entsprechen; wenn man zweifelhaft war, wie die Wahl getroffen werden sollte, so

\*) Derselbe sagt: Nichts ist verkehrter als ein Recht gleich einem philosophischen System bloß von seinen geistigen Gehalten, seiner logischen Gliederung und Einheit zu beurtheilen. Möge es unter diesem Gesichtspunkt immerhin als Meisterschick erscheinen, so ist doch damit über seinen wahren Werth noch in keiner Weise entschieden; letzterer liegt in seinen Funktionen d. h. in seiner praktischen Brauchbarkeit.

konnte die Uebereinstimmung dieser drei großen Kodifikationen eine verhältnismäßig sichere Leitung bieten. Soweit aber in diesen Kodifikationen verschiedene Sätze herrschen, so weit mußte im Interesse der Einheit des Ganzen das Kleinere und Schwächere zurücktreten!“ Das preussische allgemeine Landrecht stammt aus dem Jahre 1794 und gilt zur Zeit für etwa 21 Millionen, der Code von 1804 für etwa 8 1/2 Millionen, das sächsische Gesetzbuch von 1863 für etwa 3 1/2 Millionen.

Es erübrigt nur die Ziehung der klarliegenden Konsequenzen aus diesen Thatfachen und dem von der Kommission eingeschlagenen, der Gegenwart abgekehrten Verfahren, um einzusehen, wie wenig dasselbe geeignet war, die „natürlichen Gesetze“ der Gegenwart gesetzgebend zum Ausdruck zu bringen. Plato hat behauptet, wenn Menschen, von ihrer Geburt in einer Höhle eingeschlossen, nur die Schatten der Dinge an der Wand gesehen hätten, so müßten sie, den Dingen gegenübergestellt, den Schatten für das Ding und das Ding für den Schatten halten. So mußte es auch der Kommission ergeben, nachdem sie prinzipiell ihren der Gegenwart abgekehrten Standpunkt gewählt hatte. Als sich nach Fertigstellung des ersten Entwurfs selbst aus dem Lager der herrschenden Klassen aber Stimmen gegen die zahlreichen Unbilligkeiten und Anachronismen, die theils unbeabsichtigt, theils absichtlich mit untergelaufen waren, — man denke beispielsweise an den vorgeschlagenen Rechtsatz des: Kauf bricht Miete! — erhoben, da begann in der Juristenwelt jenes betäubende Geschrei von der sozialen Ausgestaltung des ersten Entwurfs durch die Revision der zweiten Kommission, von dem sich, soweit uns bekannt, an namhaften Rechtsgelehrten nur Gierke und Menger ganz unbeeinflusst erhalten haben, und in welches Professor Sohm in einem vor der Berliner juristischen Gesellschaft gehaltenen Vortrage auf das lebhafteste einstimmt. Dieses infant terribile der verblindeten Regierungen hat aber wider Willen durch seine Dorurdschere\*) im Reichstage enthüllt, was im innersten Kerne den Gesetzgeber in seinem Verhältnis zum Rechtsleben bestimmt hat: Die Rechtspersönlichkeit, gesehen im Lichte der liberalen Staatsidee. Zwar wenn er die Vorbehalte des Einführungs-gesetzes entschuldigend sagt, das bürgerliche Gesetzbuch regle das gemeine bürgerliche Verkehrsrecht, in dem kein Arbeiter und kein Bauer als solcher zu unterscheiden sei, das Recht der abstrakten Privatperson — wenn er die Arbeiterfrage in der Hauptfrage für eine Frage der Lohnerhöhung hält — wenn er von seiner Arbeit, sondern nur von Diensten wissen will: Alle, die dem Nächsten dienen, bilden einen großen Arbeiterstand von Dienern der Nation — das bürgerliche Recht beruhe auf

\*) Sohm verglich das Recht des Entwurfs mit dem schlummernden Dorurdschen des Volksmarchens.

60

#### Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von H. W. M. von Walthausen.

Er setzte sich an ihr Bett — sie schlief fest, träumte von ihm.

Er überlegte, daß es am besten sei, wenn er das Zimmermädchen herbeirief und selbst in die Apotheke ging. Obertrieb es ihn hinaus um zu sehen, wer der Mann da unten war?

Er sah noch immer an Clotildens Bett und horchte auf ihre Athemzüge. Sie waren ruhiger geworden, ein wohlthätiger Schweiß schien ihr Linderung und Ruhe zu bringen. Sie schlief fest.

Jetzt konnte er es wagen, Weistand herbeizurufen und das Mittel zu holen, das die Macht der anstürmenden Krankheit mildern sollte.

Er nahm ein Licht von dem Armleuchter, öffnete leise die Thüre, ging hinaus, stieg die Treppen hinauf und wollte den Portier klopfen, als ihm dieser schon entgegenkam, um einen Hotelgast einzulassen.

Zur Hausthüre trat dann ein Mann herein, den Langenberg von der table d'hôte als Mitbewohner des Hotels kannte. Das war also wohl der Mann gewesen, den er vom Fenster aus gesehen.

Langenberg ersuchte den Portier, er möge sofort das Zimmermädchen aufwecken und es unverzüglich seiner Frau, welche krank geworden, zur Pflege für die Nacht schicken. Er wolle indeß nach der Apotheke eilen. Auch möge der Portier Obacht haben, ihn sogleich einzulassen.

Der Portier bedeutete dem Herrn Doktor, deshalb geht die Hausthür nur einzuklinken, so brauche er nicht zu

warten, er werde unterdeß das Zimmermädchen wecken und zur Eile antreiben.

Langenberg trat aus der Thür und blickte sich überall forschend um. Er sah niemanden.

Bernüht drückte er die Thüre ins Schloß und schritt wader zu, um die über den Bach gelegene Apotheke schnell zu erreichen und das Rezept bereiten zu lassen.

Als Langenberg sein Zimmer verließ, erwachte Clotilde. Sie richtete sich auf — sah sich allein und sprang mit einem schnellen Entschluß aus dem Bett.

Sie kleidete sich nothdürftig an und warf ein graues Tuch über den Kopf. Dann huschte sie aus dem Zimmer und tappete im Finstern die Stiegen hinunter.

Was hatte sie vor? Handelte sie unbewußt im Fieberanfall? Oder hatte sie bemerkt, daß ihr Mann fort ging? Wollte sie in Besorgniß ihm nachsehen?

Sie kam unbemerkt aus dem Hotel und lief eiligen Schrittes die Lichtenthaler Allee entlang.

Sie kam nicht weit, ein Fieberfrost durchschüttelte sie so arg, daß sie wiederstürzte und besinnungslos auf der Straße liegen blieb.

85.

Wie wir wissen, war zur Zeit, als Dr. Langenberg mit seiner Frau in Kurzaale am Roulett stand und spielte, auch Theodor von Müldorf dort anwesend.

Sein Schwager, der Oberförster v. d. Mühlen war mit seiner Frau, der Schwester Müldorfs, zu dem im Badeorte anwesenden Oberjägermeister v. M. eingeladen.

In einem Dreispänner fuhren sie von Burg Eberstein nach Baden und Theodor fuhr mit, um einige befreundete Dekonomen im Konversationshause zu sprechen.

Im Restaurant, nahe am Hotel d'Angleterre, wollte Theodor mit Schwager und Schwester wieder zusammentreffen, um mit ihnen zurückzufahren.

An der Brücke stieg Theodor aus.

Der Oberförster fuhr weiter nach der Privatwohnung des Oberjägermeisters, die sich an der Lichtenthaler Allee befand. Theodor ging in den Kurzaal.

Hoffte er dort noch jemand zu sehen außer seinen Freunden?

Es schien so. Kaum eingetreten in den Saal, wendete er sich links zum Pharaos.

Ein weißer Hut, unter dem ein jugendlicher Blondkopf hervorlächelte, wurde für ihn zum leuchtenden Magnet. Müldorf erkannte Clotilden.

Er stellte sich so, daß er sie sehen und nicht von ihr gesehen werden konnte. Er achtete nicht auf das Spiel, er blickte nur nach ihr, um so mehr weil er bemerkte, daß der Polizeirath sie sammt ihrem Manne scharf beobachtete.

Er hatte sich oft gewünscht, sie einmal wiederzusehen und nun sah er sie so nahe, freudestrahlend, in kindlicher Unbefangenheit — an der Seite eines anderen.

Ein Gemisch von Behmuth und Freude durchzuckte ihn, als er sein ewig verlorenes Lieb so lebensfroh vor sich sah. Durch eine Bewegung seines Vordermannes wurde Müldorf sichtbar.

Er merkte dieses erst, als Clotilde mit Langenberg zugleich ihre Blicke ihm zuwandten.

Schnell kehrte er sich um und verließ eilig den Kurzaal. Er war erkannt, bemerkt worden, und den stehenden Blicken Langenbergs zufolge in unliebsamer Weise. Er unternahm einen Rundgang durch die hell erleuchteten Anlagen, um nach seinen Freunden zu suchen.

Der schöne Abend hatte viele Badegäste hergelockt. Die Tische vor dem Kurhause waren stark besetzt. Eine fremdländische Kapelle konzertirte und spielte eben die Ouvertüre aus der Oper „Die diebische Elster“. Unter den Laubgängen promnirten viele Fremde. (Fortsetzung folgt.)

der Freiheit des Privateigentums, und der Arbeiterstand müsse von der sozialdemokratischen Unfreiheit zur bürgerlichen Freiheit erzogen werden: so ist das Alles, soweit es nicht grenzlose Konfusion ist, Karikatur, immerhin aber doch Karikatur eben der liberalen Staatsidee. Natürlich können wir unseren Lesern gegenüber darauf verzichten, Einzelkritik zu üben, sie wird ihnen selbst nicht schwer fallen. Die Auslassungen erinnern übrigens lebhaft an die von Lassalle im „Bastiat-Schulze von Delitzsch“ vor nunmehr 32 Jahren an den wissenschaftlichen Pranger gestellten Gedankenlosigkeiten des damaligen Groß der Fortschrittspartei. (Vergl. daselbst u. A. die ergötzlich applizierten Aushenstreiche hinsichtlich der Dienste, „nicht der Bauh von John Falstaff ist so aufgedunsen, verschwommen und ungefund, wie diese Bastiat'sche Kategorie“, und der bürgerlichen Freiheit, die darin besteht, „daß es jedem ohne Unterschied gesetzlich erlaubt ist, Millionär zu sein“.) Daß neben dem grundsätzlich manchesterlichen Charakter des Ganzen einzelne sozialpolitische Forderungen der zweiten Kommission nicht viel besagen wollen, liegt auf der Hand. Sowohl an und für sich bedenklich für die Arbeiterklasse als ungemein charakteristisch für den allgemeinen Standpunkt der Verfasser, ist die völlige Vernachlässigung des Lohnvertrages, die vorgeschützte Unmöglichkeit, das Gesinderecht zu regulieren, wodurch dasselbe den verrottesten Partikularbestimmungen überlassen bleibt (Menger: „Man kann mit gutem Grunde behaupten, daß kein Teil unseres Privatrechtsystems so zurückgeblieben ist und so sehr an die Leibeigenschaft und an ähnliche gewaltthätige Herrschaftsverhältnisse der feudalen Gesellschaftsordnung erinnert, wie das Gesinderecht“), die Verschränkung des Körperschaftsrechtes, durch die alle politischen, sozialpolitischen, religiösen und erzieherischen Vereinigungen dem Besinden der Verwaltungsbehörden unterworfen werden (Gierke: „ein Ausnahmestück zu Lasten des Arbeiterstandes“). Unsere Faktion wird vor allem, wie auch im Reichstage angekündigt, in diesen Punkten durch die Kommissionsberatung Wandel zu schaffen sich bemühen, ferner wird im Familienrecht zu erreichen versucht werden: verstärkte Stellung der Frau und vorurteilsloser Schutz des unehelichen Kindes. Natürlich sind die aufgezählten Punkte nicht erschöpfend, sondern nur als besonders wichtig und auch nicht von vornherein ausichtslos herausgehoben. Ob im Erbrechte modernen gesetzgeberischen Gedanken und Vorschlägen) Eingang zu verschaffen sein wird, steht dahin. Die Kommission wird also ernste Arbeit zu leisten haben. Herrn Professor Sohm und seinesgleichen aber, die am liebsten alles in Jubiläumstimmung abgethan hätten, entgehen wir, um mit ihnen im Tone seiner fabulierenden Ainderromantik zu reden, daß keiner unter ihnen der Königssohn ist, der das deutsche Dornröschen erweckt. Sie alle jammern jämmerlich in der Dornenhecke, die sie zu durchdringen nicht vermögen. Wann werden die hundert Jahre der Sage verfloßen sein, da alles Volk in bösem Zauberschlaf versunken lag?

Wann wird der heutige Staat zur Herberge der Gerechtigkeit werden?

### Politische Uebersicht.

Berlin, 20. Februar.

Der Reichstag hielt gestern zwei Sitzungen ab. Die erste fand um 1/3 Uhr ihr vorzeitiges Ende wegen Beschlußunfähigkeit, die festgestellt wurde bei der Abstimmung über den Antrag Lieber, den von der Kommission geführten Titel zur Vermehrung der Reserven an Verpflegungsmitteln für Preußen und Württemberg. Der größte Teil des Zentrums stimmte übrigens gegen den Antrag seines Führers. Die neue Sitzung setzte der Präsident unter allgemeiner Heiterkeit auf 3 Uhr an. In dieser Sitzung wurde die Beratung des Militäretats zu Ende geführt.

\*) Wir verweisen hinsichtlich solcher auf die Vorarbeiten zu einer schweizerischen Erbrechtskodifikation und Prof. Eugen Huber: Betrachtungen über die Vereinheitlichung des schweizerischen Erbrechts, Basel 1895.

### Kunst und Wissenschaft.

Deutsches Theater. Um des unerblichen Schalls, des feinsten Falstaff willen greifen unsere Theater von Zeit zu Zeit gerne zur Shakespeare'schen „Historie Heinrich IV.“ Die humoristische Darstellungslust sieht da vor der genialsten Aufgabe, die jemals dichterische Prosa erlangt und mit feinstem Behagen erfüllt. Allein die zweigeteilte „Historie“ Shakespeares mit ihrer Ueberfracht politischer, kriegerischer Vorgänge ist für die Bühnennemungen unseres Publikums zu weisheitsreich geworden. Daher die mannigfachen Versuche mehr oder minder feinfühler Art, die beiden Theile des Dramas mit Besorgung der Falstaff-Szenen in einen zusammenzufassen. Eine der jüngsten Bühnenbearbeitungen der beiden Theile des Heinrich rührt von dem geistvollen, nunmehr verstorbenen Regisseur und Schauspieler am Deutschen Theater, von Heinrich Fehrer her. Sie wurde 1867 unter Arronze zum ersten Male gegeben und am Mittwoch von Dr. Braun wieder aufgenommen. So sehr sie die Falstaff'schen Humore schonen will, leidet sie doch an dem argen Gebrechen, daß die prächtigen Genossen des edlen zynischen Sir John nur wie verflümmerte Figuren erscheinen. Vor acht Jahren gab Herr Friedmann den Sir John Falstaff. Das war ein süßsäuerlicher Humor. Diesmal war er den künftigen zünftigen Händen des Herrn Hermann Müller anvertraut. Auch sein Humor stremt nicht ursprünglich mit dem breiten Behagen einher; der wichtige Zyniker, dessen fruchtbares Hirn immer neue wunderliche Einfälle erfindet, wird häufiger als er sollte, zum beröhmischen Poffenmacher. Aber an köstlichen Einzelheiten, an scharfen genresten Beobachtungen ist darum Müller's „Falstaff“ nicht arm. Träte der Zug zur Selbstironie nicht so abschließlich in diesem Falstaff hervor, er gewänne an Lebensfülle und Einheitslichkeit. Den Preis des Abends gewann Herr Raing als Prinz Heinrich durch jugendfrischen Uebermuth und jugendkräftig hinreißendes Feuer. Einen Meister aus der Periode des Herrn Arronze mußte man diesmal aber arg vermissen. Das ist Georg Engels. Wie Engels den Friedensrichter Schaul aufnahm, das war vollendet klassisch komische Kunst. Nie sah ich das Bild der Greisenhaftigkeit eindringlicher, nie so verblüffend wahr dargestellt, wie durch Engels. Wie der Routinier zum komischen Genie, so verhielt sich der jegliche Darsteller. Herr Fischer, zu Engels als Schaul.

Schiller-Theater. Um dem starken Anspruch, den das Zobelth'sche Schauspiel „Ohne Gelaut“ am Schiller-Theater erhebt, zu genügen, sieht sich die Direktion veranlaßt, noch eine Aufführung dieses Wertes in dieser Woche einzuschreiben. Der Spielplan wird demnach dahin abgeändert, daß heute, Freitag, anstatt „Romeo und Julia“ „Ohne Gelaut“ zur Aufführung kommt. Samstag Abend geht nach längerer Zeit Angenbrücker

Gegen die Fortsetzung die Kaserne am Kupfergraben abzureißen und an derselben Stelle eine neue Kaserne zu errichten, sprachen die Abgeordneten Richter und Singer. Ersterer verlangte, daß dieses Terrain für Wissenschaft und Kunst reserviert bleiben solle. Genosse Singer wies nach, daß der Werth des Grund und Bodens, der für die Kaserne in Anspruch genommen wird, etwa 6 1/2 Millionen M. beträgt. Um das lgl. Schloß zu schützen, brauche man keine Kaserne in dortiger Gegend. Die Regierungsvorlage sei im höchsten Grade unwirtschaftlich. Wenn der Reichstag nicht 3-4 Millionen Mark ohne jeden Grund hinanzuwenden wolle, so müsse die Forderung abgelehnt und der Regierung überlassen bleiben, ihr Kasernenbedürfnis auf einem billigeren Terrain zu befriedigen. Die Militärstimmung des Reichstages war jedoch nicht zu bändigen. Nationalliberale, Konservative und Zentrum vereinigten sich, um der Militärverwaltung zu der verlangten „billigen“ Kaserne zu verhelfen. In stottem Marschtempo gelangte Militärretat und mit ihm der allzeit „lustige“ Kriegsminister in den Hofen der Kasse. Das Hans hörte dann noch geduldig die Rede des Abg. Enneccerus, der mit professoraler Gründlichkeit über Beschlässe der Budgetkommission bett. Das Dienstalterszulagen-System berichtete, um sich nach dieser Leistung zu vertogten. Nun begann ein Vorpostengefecht für die Jucherschlacht. Entgegen den getroffenen Verabredungen beantragten Bennigsen und Kardorff die Jucherschlacht morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Richter wollte nichts davon wissen und meinte, daß die steigenden Jucherschlacht Anlaß für die Interessenten sei, die Beute schnellmöglichst einzuheimsen. Singer führte die veränderte Stellung der Konservativen auf die Agrarier des Zirkus Busch zurück, die dem Reichstag eine ihnen genehme Tagesordnung ausdrängen wollten. Herr Lieber spielte wieder einmal den Staatsmann, indem er halb rechts halb links sprach und die Bündler auf den Montag vertöftete. In einem Beschlusse lag es nicht. Der Reichstag wird erst am Sonnabend entscheiden, ob er sich den agrarischen Schreibern beugen will. Nächste Sitzung Freitag. Debatte über Petitionen und Resolutionen zum Dienstalterszulagen-System sowie Etatsberatung.

Das preussische Abgeordnetenhaus schloß am Donnerstag die zweite Beratung des Staats-Haushaltsetats beim Ministerium für Handel und Gewerbe fort. Bei den Einnahmen drehte sich die Debatte hauptsächlich um die von dem Konservativen Felisch angeregte Frage nach einer Vermehrung der Zahl der Vagantenschulen. Hierdurch sowie durch Einführung des Beschäftigungsnachweises und der Zwangsimmungen glaubt der Redner das Bauhandwerk heben zu können. Dem Wunsche einiger Zentrumsredner auf Einführung des Religionsunterrichts an gewerblichen Fortbildungsschulen widersetzte sich der Handelsminister Freiherr von Verlepsch; zwar hält auch der Minister eine religiöse Erziehung der Jugend für notwendig, doch scheinen ihm die Fortbildungsschulen nicht der geeignete Ort dafür zu sein, weil damit der Charakter solcher Schulen geändert würde. Eine längere Debatte entspann sich nur noch bei dem Antrage des Abgeordneten Dr. Langerhans (fr. Wp.) auf Aufhebung der königlichen Gleiche in Solingen, die nichts einbringe und den an sie gestellten Anforderungen nicht genüge. Nachdem seitens der Regierung die Voraussetzungen des Abg. Langerhans als falsch bezeichnet waren, wurde der Antrag abgelehnt und die Einnahmen bewilligt. Nach kurzer Debatte über den Nutzen bezw. den Schaden der freien Konkurrenz im Handelsgewerbe wurde der Ausgabebetitel „Gehalt des Ministers“ bewilligt und sodann die weitere Beratung auf Freitag verlag.

Gegen die Wahlrechts-Änderung in Sachsen erheben sich abermals auch aus den Kreisen der Besizenden Stimmen, die qualitativ auf Bedeutung Anspruch machen können. Bedeutende Unternehmer Dresdens beabsichtigen, in den nächsten Tagen eine Erklärung gegen den Wahlrechts-Entwurf zu veröffentlichen, da dieser für den sozialen Frieden bedenklich sei. Ferner macht sich, wie die „Dresdner Zeitung“ berichtet, unter den Fabrikanten der Lausitz eine stetig wachsende Bewegung gegen den Wahlrechts-Umsturz geltend. Die Protestklärung der Leipziger Professoren Sohm, Binding und des Oberlehrers Voigt haben unter anderen noch folgende bekannte Persönlichkeiten unterzeichnet: Dr. Ernst Elster, außerord. Prof. a. d. Universität. Otto Forberg, Musikalienverleger. D. Dr. Casp. René Gregory, o. Hon.-Prof. D. Dr. G. Heinrich, Prof.

Volksstück „Der Weineidbauer“ mit Fräulein Vanus und Herrn Pategg in den Hauptrollen in Szene.

Abermals die Polizei als Aufrichterin. Das Schauspiel „Die Puppengräfin“ von Heinrich Burmeister, genannt Maximilian Braun, wurde vom 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts am 20. Februar dahin geprüft, ob seine öffentliche Aufführung geeignet sei, das Sittlichkeits- und Schamgefühl der Zuschauer zu verletzen. Das Berliner Polizeipräsidium hatte dies nämlich angenommen und deshalb der Direktion des „Deutschen Volkstheaters“ (früher „Vollständiges Theater“) die Genehmigung zur Aufführung des Stückes verweigert, worauf sich der Dichter erfolglos mit einer Beschwerde an den Oberpräsidenten von Berlin gewandt hatte. Die Klage gegen den Bescheid desselben vertrat Rechtsanwalt Dr. Grelling. Dieser führte in rechtlicher Hinsicht aus, daß die Polizei nicht, wie sie es gethan habe, die Verfassung der Genehmigung aus § 10 Theil II Titel 17 des Landrechts herleiten könne. Denn darin werde nur von der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung als Aufgaben der Polizei, nicht aber vom Schutze der Sittlichkeit gesprochen. Unter dem Begriff der öffentlichen Ordnung solle nicht eine innerliche sittliche oder unsittliche Inzignierung von Zuschauern einer Theatervorstellung, es müßte denn gerade diese Inzignierung so stark sein, daß sich von den weiblichen Zuschauern eine große Schaar sofort nach dem Verlassen des Theaters der Prostitution in die Arme wärte und eine Ueberwucherung derselben herbeiführte. Grelling ging dann auf den Inhalt des Stückes und die Entwicklung seiner Handlung ausführlich ein, um darzutun, daß das Verhalten der Polizei auch der tatsächlichen Voraussetzung entbehre. Nach seinen Ausführungen ist die Handlung kurz folgende: Olga Warbeck, die Hauptfigur des Stückes, hat sich, um ihrer kranken und schwachen Mutter wie ihrer Schwester einen materiellen Halt zu bieten, dazu herbeigelassen, zu dem Bankier Culpheim in eines jener Ausnahmeverhältnisse zu treten, deren es in Berlin Regionen giebt. Nebenbei leidet sie Puppen an, welche Beschäftigung ihr den Namen „Puppengräfin“ einträgt. Infolge des jahrelangen Umganges mit dem Mann aus „gebildetem Stande“ gewinnt sie intellektuell dermaßen, daß zwischen ihr und dem Schriftsteller Robert Normann, den sie gelegentlich kennen lernt, ein Liebesverhältnis auf idealer Basis möglich wird. Sie verlobt sich mit diesem insgeheim und harzt voller Sehnsucht des Augenblicks, wo sie die seine werden und dem sie umgebenden Schmutze entrinnen kann. Der Verkehr mit Normann, welcher natürlich von ihrem Verhältnisse mit dem Bankier keine Ahnung hat, läßt ihr das Unwürdige ihres Lebens und die Schmach, die auf ihr ruht, immer mehr zum Bewußtsein kommen, ohne daß sie jedoch den Muth hat, dem Geliebten alles zu enthüllen. Die Verbindung mit demselben

o. d. Univ. Dr. Hans J. Gelvold. Dr. A. Leskien, Prof. a. d. Univ. Dr. Hans Meyer, Verlagsbuchhändler. Dr. W. Ostwald, Prof. a. d. Univ. Dr. Walter Schmidt, Gymn.-Oberlehrer. Dr. M. Siegfried, Privatdozent a. d. Univ. Dr. Friedr. Stein, außerord. Prof. a. d. Univ. Dr. W. Wundt, Prof. a. d. Univ. Auch Prof. Gasse, der Reichstags-Abgeordnete für Leipzig, hat den Ruf unterzeichnet.

Was ein Stumm'sches Cementi werth ist. Herr v. Stumm hat bekanntlich abgeschrieben, daß er der „Saarbrücker Zeitung“ eine jährliche Geldsumme angeboten habe, um sie unter seinen Einfluß zu bringen. Die „Saarbrücker Zeitung“ erwidert hierauf:

Am 28. November 1895 führte Herr Landgerichtsrath Olgen eine längere Verhandlung mit der Firma Gebr. Hofer, daß die Verlagssirma ihren bisherigen Redakteur Jähle fallen lassen und besonders die christlich-sozialen Bestrebungen bekämpfen solle. Herr Olgen stellte eine jährliche Subvention von zehntausend Mark in Aussicht. Herr Olgen erhielt eine so bestimmte briefliche Abgabe, daß die Firma damit alle weiteren Verhandlungen endgiltig abgelehnt zu haben glaube. Trotzdem sah sich am 24. Dezember 1895 Herr Fabrikant Karl Karcher, St. Johann, veranlaßt, mit der Firma Gebrüder Hofer nochmals in gleichem Sinne zu verhandeln. Im Verlaufe dieser Unterredung sagte Herr Karcher wörtlich: „Ich weiß nicht, wie weit Herr Olgen bezüglich der Subvention Aufklärung gegeben hat, doch ich kann Ihnen sagen, daß Geh. Rath v. Stumm sich auf fünf Jahre binden würde.“

Die „Hamburger Nachrichten“, deren ordinäre Ausfälle auf die bürgerlichen Geldsammlungen für die streikenden Konfektionsarbeiter vor gestern niedriger gehängt haben, leisten sich in ihrer neuesten Nummer wieder einige Vorschläge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die als Symptom dafür, wie weit die geistige Zurückbildung gewisser Kreise bereits jetzt durch die blinde Sozialistenfurcht gestört ist, einiges Interesse verdienen. Nachdem das nürdige Blatt seinen bekannten Standpunkt, daß die Sozialdemokraten als prinzipielle Feinde alles Bestehenden vom Reichstag auszuschließen seien, wiederholt und in heuchlerischer Weise sich dagegen verwahrt hat, daß es zum Parteidränge, befürwortet es allen Ernstes die Aufnahme politischer Proskriptionslisten.

Wir halten, schreibt das edle Bismarckorgan, die Sanierung des ungesunden Systems, unter dem wir arbeiten, auf dem Wege der Verwaltung und der Befehlsgebung für erreichbar, wenn die erstere nur damit beginnen wolle, nach Maßgabe der Genauigkeit, die das vorhandene Material bietet, durch amtliche Listen in jeder Gemeinde festzustellen, welche Mitglieder derselben Sozialdemokraten sind oder doch wenigstens sich als solche offen und zweifellos bekennen. Im Besitz solcher Listen wird man, je vollständiger sie sind desto genauer, übersehen können, mit welchem Bruchtheile der Bevölkerung der Staat dabei überhaupt zu rechnen hat. Es würde auch keine Gefährdung, sondern nur eine Vorbereitung der Behörden zum Anschluß an die kaiserlichen Aufforderungen zum Kampfe gegen den Umsturz darin liegen, wenn die Verwaltungsbehörden, die ja sonst vor keiner statistischen Aufgabe, auch vor der anscheinend zwecklosen, zurückstrecken, sagen wir also, wenn das Statistische Amt sich die Aufgabe stellte, die Zählung der Sozialdemokraten herbeizuführen, soweit erkennbares Material dazu vorhanden ist. Ein anderer Zwang als er bei der Volkszählung und bei anderen Ermittlungen geübt wird, ist dabei nicht erforderlich, und ebenso gut wie der Staat seine Angehörigen nach ihrem religiösen Bekenntnisse zu fragen berechtigt ist, glauben wir, steht ihm auch das Recht zu, zu wissen, wie schwer jede der politischen Ueberzeugungen im Lande zu veranschlagen ist, da diese auf die Entwicklung des Staates doch noch von unmittelbarerem Einflusse sind, als die konfessionellen.

Die Heuchelei der letzten Wendung ist unbezahlbar. Dem Staate liegt doch die Statistik der Reichstagswahlen und damit eine Uebersicht über die Wählerzahl der größten Partei in jedem Wahlkreise vor. Was die „Hamburger Nachrichten“ wollen, ist nicht ein Ausschluß darüber, wie schwer jede der politischen Ueberzeugungen

hängt davon ab, daß sein dramatisches Erstlingswerk auf einem Theater zur Aufführung gelangt; was möglich ist, thut Olga bei Bekannten ihres Ansehlers Culpheim, um die Annahme des Stückes zu beschleunigen. Ihre Liebe zu Robert und der Gel gegen Culpheim und ihre unwürdigen Beziehungen zu diesem nehmen im gleichen Verhältnisse zu und schließlich kann sie es nicht mehr über sich gewinnen, des Bankiers Fäullichkeiten zu dulden. Der ahnungslose Robert wird über den Lebenswandel seiner Braut gerade in dem Moment belehrt, als sie Anstalten macht, denselben auszugeben. Aus einem Nebenzimmer, dem für Olga vom Bankier eigens eingerichteten Boudoir, hört er Rufe Olga's, welche ihren Widerwillen gegen Culpheim kundgeben. Damit ist die Katastrophe gegeben: Robert findet die Geliebte mit dem Bräutigam bei Speis und Wein. — Der Bankier verwindet auf Nimmerwiedersehen. Als Olga, die sich um die Hoffnung, Gattin eines anständigen Mannes zu werden, betrogen sieht, auch noch von Mutter und Schwester drangsalirt wird, die nicht wissen, wonon zu leben: da verliert sie jeden Halt und wird die Frau eines ungeliebten ungarischen Pferdehändlers. — Ein normales Publikum, betonte der Vertreter des Klägers, würde aus der Vorführung der „Puppengräfin“ entnehmen, daß der Dichter Personen und Verhältnisse zu erklären suche aus ihren wahren Ursachen, dem sozialen Hintergrunde menschlicher Schicksale, und daß er andere Menschen dazu aufrufen wolle, den sozialen Ursachen des Uebels nachzugehen und dasselbe von Grund auf zu heilen. Das in der Verfassung der Genehmigung liegende Verbot der Aufführung des Schauspieles sei auch darum ungerechtfertigt. — Die Klage wurde zurückgewiesen. Sei schon die ausführliche Darstellung der Einzelheiten des unsittlichen Verhältnisses zwischen Olga und Culpheim bedenklich, so wäre doch besonders für das Gericht die Hauptzene entscheidend gewesen, welche zur Katastrophe führte. Durch das Gerücht in dem verheiratheten Boudoir und durch den heranzustörenden Ausschrei der Olga werde den Zuschauern kundgethan, was der Bankier mit dem Mädchen vorhabe. Sonach sei aber das Stück geeignet, die Zuhörer in ihrem Sittlichkeits- und Schamgefühl in Aergerniß erregender Weise zu verletzen.

Neuer Komet. Am 16. November 1895 wurde auf der Südhemisphäre in Kalifornien von Perrine ein sehr hübscher Komet entdeckt, welcher nur kurze Zeit am Morgenhimmel sichtbar war, dann in den Sonnenstrahlen verschwand, jetzt wieder aus denselben herausgetreten, nach Norden gelaufen und bereits wieder von neuem beobachtet worden ist. In nächster Nähe dieses Kometen wurde jetzt von demselben Entdecker ein zweiter aufgefunden. Er stellt sich als eine recht helle Lichtwolke im Fernrohr dar, die einen sternartigen Kern im Zentrum besitzt,

im Lande zu veranschlagen sei, sondern ein Aufschluß darüber, welche Arbeiter sich zur Sozialdemokratie bei einer statistischen Fählung der politischen Ueberzeugungen zu bekennen wagen, damit der Staat und das Unternehmertum diese Leute dann nach Möglichkeit chikanieren können. Die preussisch-deutsche Wirklichkeit leistet bereits das Menschenmögliche an Reaktion, aber die Phantasie bismärckischer Presselofen macht vor dem Menschenmöglichen nicht Halt. Der absurdste Unsinn, den die Bierlaune einer verängsteten Philisterseele anzuheden vermag, wenn nur aus ihm der Haß gegen die Nothen hervorleuchtet, wird als staatsmännische Weisheit allen Ernstes von ihnen aufgetischt. Die Statistik als Polizeiwissenschaft zur Unterdrückung der Sozialdemokratie! Ein schönes Symptom bornirten Erlasses wird der genialste Satiriker, der diese Sippchaft einmal schüßern will, sich schwer erdenken können.

Dem Buche von Oda Olberg, „Das Glend in der Hausindustrie der Konfektion“, widmet der „Reichs-Anzeiger“ eine anerkennende und zustimmende Besprechung. Er bezeichnet mehrere daraus zitierte Sätze als „nur zu wahr und fordert die Frauen der besitzenden und gebildeten Klassen auf, aus der Schrift Oda Olberg's zu lernen, daß es ihre Pflicht sei, den arbeitenden Frauen in ihrem harten Kampf um bessere Arbeitsbedingungen Hilfe zu leisten. Die Aufforderung des „Reichs-Anzeigers“ kommt gerade zu rechter Zeit, nur für die Redaktion der „Norddeutschen“ etwas zu spät, die durch den „Reichs-Anzeiger“ belehrt, sich ihre plumpe Kritik des Buches hätte ersparen können.

Nach dem Wunde der Landwirthe hat auch die General-Versammlung des deutschen Bimetallistenbundes hier in Berlin getagt. Der Antrag Kanitz, die wesentlichste Illusion und Hoffnung des Bundes der Landwirthe, ist nach den letzten Erklärungen der Regierung nicht weniger todt, als das Phantom der Doppelwährung. Das hinderte natürlich nicht, daß in beiden Versammlungen mit dem üblichen Begeisterungsschwunge das Lobte wie ein Lebendiges gefeiert und gepriesen wurde. Die Bruchstücke der Ueberzeugung klangen so laut wie je. In der Versammlung des Bimetallistenbundes trug der Vorsitzende, Herr von Kardorff, sein bekanntes Loblied auf das Heilmittel der Doppelwährung vor. Einige Fabrikanten, die sich in ihrem Export durch den gesunkenen Silberwerth bedrängt fühlen, sekundirten ihm. Den Schluß bildete natürlich eine Resolution zu gunsten des Bimetallismus. Interessant war der Kasseebericht des Geschäftsführers, der über die mangelnde Zahlungslust der Bundesmitglieder bewegliche Klage führte. Der Bund, so erklärte der Geschäftsführer, arbeite mit sehr geringen Mitteln. Das klang um vieles bescheidener als die schwungvollen Programmreden, die später folgten.

**Chronik der Majestäts-Beleidigungs-Prozesse.**  
Gegen den Professor Dr. Quide ist seitens der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Es handelt sich um eine in einer sozialdemokratischen Versammlung gehaltene Rede, in der Dr. Quide im Anschluß an Ausführungen des Abg. v. Bollmar die Person des deutschen Kaisers und insbesondere die Stiftung des Wilhelmordens zum Gegenstande abfälliger Bemerkungen gemacht haben soll.

Salg in Baden, den 18. Februar. Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse machen sogar den „ruhigen und loyalen Bürgern“ schon Kopfschmerzen. Der „Badische Beobachter“ weiß von hier berichtet: „Ein hiesiger Gemeinderath ist wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Auch hier versteht das Volk, wie der Abg. Benedy treffend ausführt, solche Klagen nicht. Ist doch der Angeklagte ein ruhiger lokaler Bürger, welcher bei patriotischen Anlässen schon Toaste auf Kaiser und Landesfürsten ausbrachte. Wenn man übrigens richtig gehört hat, soll es sich nur um eine Kritik über die militärischen Leistungen eines deutschen Fürsten im letzten Feldzug gehandelt haben.“ Was braucht aber auch ein „loyaler“ Bürger einen Fürsten zu kritisieren, insonderheit wenn ein Demagoge dabei sitzt? Der loyale Bürger sollte doch genug damit zu thun haben,

hat einen Durchmesser von zirka drei Bogenminuten und könnte von ganz besonders guten Augen auch ohne Fernrohr als ein Sternchen gesehen werden, wenn er nicht so tief am Horizont stünde. Was ihn sehr interessant macht, ist seine rasche scheinbare Bewegung, welche im Tage 2 Grad in Rechtslenkung und 3 Grad nördlich beträgt. Man sieht ganz deutlich, wie er an den Sternen vorbeischießt. Diese rasche tägliche Bewegung hängt in der Regel mit einer relativ großen Nähe an die Erde, etwa 20 bis 70 Millionen Kilometer Entfernung, zusammen. Solche Kometen ändern auch ihre Helligkeit sehr rasch. Ob die Helligkeit zunimmt, hängt davon ab, ob er sich noch stärker der Erde nähert wird. Einen Schweif besitzt dieser Komet dormalen nicht.

**Röntgen und das Briefgeheimniß.** Angestellte Versuche haben — wie das „Wiener Fremdenblatt“ meldet — ergeben, daß vor den Röntgen'schen Lichtstrahlen auch das Briefgeheimniß nicht besteht, indem sie vom Papier durchgelassen werden, von den Schriftzeichen jedoch je nach der Zusammenfassung der benutzten Tinte ein mehr oder minder deutliches Bild geben. Eigenthümlich allerdings sieht dieses Bild aus, denn es reproduziert in einer Ebene alle Schriftzeichen, welche der eingeschlossene Brief enthält, demnach bei einem vierseitigen, einmal zusammengefalteten Briefe achtseitige Schriftzeichen durcheinander, und überdies die Adresse und den Poststempel. Die Entzifferung solcher Hieroglyphen würde allerdings kaum gelingen; doch ist nicht jeder Brief vierseitig, und man beschäftigt sich seither bereits ernstlich mit der Frage, wie das Briefgeheimniß vor den allwissenden Strahlen geschützt werden könnte. Mit der Herstellung einer für die Strahlen durchlässigen Tinte oder für die Strahlen undurchlässiger Koverter wäre diese Frage gelöst. Besonders in letzterer Hinsicht werden viele Versuche gemacht; denn man ist überzeugt, daß ein Imprägnierungsstoff gegen Röntgen'sche Strahlen in der Industrie eine große Rolle spielen müßte.

**Von Frithjof Nansen.** Vorgestern Abend machte in einer Sitzung der kaiserlichen geographischen Gesellschaft in Petersburg der Vizepräsident, Senator Semenow, die Mittheilung, daß es übereilt wäre, die jüngst über Nansen eingetroffene Nachricht zu bestritten. Der Sibirien-Reisende Baron Toll habe auf den Neusibirischen Inseln Lebensmittelporräume für eine etwa zurückkehrende Polarexpedition niedergelegt. In der Voraussetzung, daß Nansen seinen Rückweg über diese Inseln nehmen würde, wurde er von diesen Vorkerkungen unterrichtet und mit einer Karte versehen, auf welcher diese Verproviantierungspunkte verzeichnet sind. Nansen hätte die Neusibirischen Inseln im Oktober oder spätestens im Januar erreichen können. Die letzte von Peter Kuchnarew übermittelte Nachricht erklärt Semenow in der Weise, daß die An-

dauer nachzudenken, wie er seinen Patriotismus nach jeder Richtung hin zur Schau trägt.

**Herr Geheimen Ober-Regierungsrath G. Königs** beehrt uns mit folgender neuen Zuschrift:  
In der heutigen Nummer (43) des „Vorwärts“ bestritt der Reichstags-Abgeordnete Fischer das gesagt zu haben in der Versammlung im Freen-Palast, wo die Nummer 41 des „Vorwärts“ in dem Referat über seine Rede angab. Er liefert durch den stenographischen Bericht der Reichstags-Versammlung vom vorigen Winter über die Interpellation Hige wegen Durchführung der kaiserlichen Erlasse den Nachweis, daß Herr Minister v. Berlepsch keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß es Aufgabe der königlich preussischen Regierung sei, das im kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 aufgestellte Programm zur Durchführung zu bringen und daß die Verzögerung in der Durchführung wesentlich der Verhegung der Arbeiter durch die sozialdemokratische Agitation zuzuschreiben ist. Man vergleiche hiermit die Wiedergabe der Rede des Abgeordneten Fischer im Referat des „Vorwärts“, daß Minister v. Berlepsch, der zur Durchführung der Sozialreform berufen war, geküßert habe, daß die Regierung jetzt nicht mehr an die Durchführung der Februar-Erlasse denke.

Die Aufforderung zur Zurücknahme einer von Herrn Fischer gar nicht gemachten Aeußerung erledigt sich hiernach von selbst. Ich ersuche ihn aber, mit mir bei der Redaktion des „Vorwärts“ dahin zu wirken, daß die ohnedies schon genügend scharfen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten durch falsche Wiedergabe im „Vorwärts“ nicht noch verschärft werden.

Hochachtungsvoll mit der Bitte um Veröffentlichung  
Berlin, 20. Dezember 1890.

**G. Königs,**  
Geheimer Ober-Regierungsrath.  
Wir haben demgegenüber nur festzustellen, daß der Herr Geheimen Ober-Regierungsrath im Irrthum ist, wenn er annimmt, der „Vorwärts“ könne zugeben, daß es sich hier um eine falsche Wiedergabe der Fischer'schen Ausführungen handle, in der Absicht, die ohnedies scharfen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten noch zu verschärfen. Ein Vergleich mit der gestrigen Darlegung Fischer's widerlegt diese Annahme, denn — im Gegensatz zu Herrn Königs — erklärte Fischer bezüglich der Ausführungen des Herrn Ministers v. Berlepsch:

„Ich halte diese Erklärungen nach wie vor für eine Bestätigung meiner Auffassung, daß diese Verzögerung der Sozialreform heute — trotz aller diplomatischen Verleumdungen — einem Ausgeben des Gedankens der Durchführung der Februar-Erlasse gleichkomme.“

**Deutsches Reich.**  
— Der Bundesrath nahm in seiner letzten Plenarsitzung die Vorlage betreffend die Klensfüße über die jüngsten Vorfälle in der südafrikanischen Republik zur Kenntniß. Die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Eisab- und Eisbrücken wegen Behebung von dreiprozentigen Renten zur Deckung der Ausgaben für die Verbesserung des Hünninger Kanals zu Schiffabzwecken und wegen Erhebung von Abgaben auf dieselben wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschussbericht über die Entwürfe von Gesetzen für Eisab- und Eisbrücken betreffend die Gewerbesteuer und die Wandergewerbesteuer wurde die Zustimmung erteilt.

— Die Aussichten des Zuckersteuergesetzes entwarfes gestalten sich immer bedenklicher. Im Bundesrath, so resumieren die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ganz kurz die Lage, haben mehr als ein Drittel aller Regierungsstimmen, haben alle süddeutschen Staaten ihn verworfen; im Reichstag ist die Verathung vorerst hinausgeschoben worden. Die nächstbetheiligten Kreise, die Zuckerindustriellen und Ackerbauer, sind nach wie vor selber uneinig, theilweise scharfe Gegner der Vorlage. Unterdeffen sind die Zuckerpreise dermaßen gestiegen, daß damit allein dem Gesetz vorerst aller Grund genommen wird. Der Preis, welcher in der Begründung des Gesetzes als Ziel und als nothwendig hingestellt wurde, ist thatsächlich bereits überschritten; dabei läßt die Konjunktur eine weitere Steigerung erwarten.

Der Born der Agrarier, wenn nach den „großen Mitteln“ nun auch die „kleinen Mittel“ zur Hebung nothleidender Landwirtschaft hinzugefügt wird, dürfte nicht gering sein.  
— Agrarisches. „P. M.“ — dem Anscheine nach Paul Majunke — verliert in der „Schles. Volksztg.“, während er gegen den Antrag Kanitz polemisiert, die Idee des „berufsgenossenschaftlichen Getreideverkaufs“. Die „Kreuz-Ztg.“ nennt diesen Vorschlag „mindestens unüberlegt“. Sie wendet ein, und das ist ja auch klar, daß der berufsgenossenschaftliche Getreideverkauf den Preis nicht heben würde, solange die Einfuhr ausländischen Getreides unbeschränkt oder nicht in einer Hand vereinigt sei. Aber die „Kreuz-Zeitung“ weiß den

gestellten Kuchnarew's, welche in dessen Auftrage auf den Neusibirischen Inseln Wammuthknochen suchen, möglicherweise Mitgliedern der Expedition begegnet seien und vielleicht Nansen selbst gesehen haben, von denen sie dann die Nachrichten erfuhr und ihrem Kulturträger Kuchnarew mittheilten, der sie seinerseits wieder nach Irkutsk gelangen ließ. — Fürst Krapotkin, der bekannte Geograph und Nihilist in London, schreibt dem „Berl. Tagebl.“ zufolge: Der genaue Text des Telegramms, welches bezüglich Nansen's in Petersburg eingetroffen ist, lautete: „Irkutsk, 31. Januar (12. Februar). Der Lieferant Nansen's, Kuchnarew, meldet, durch den Polizeichef von Kolymsk Kandalow, durch Post von Jakutsk nach Kirensk und von da durch Telegraph der „Neue des Ostens“, daß Nansen den Pol erreicht, Land entdeckt hat und zurückkehrt.“ Die Zeitschrift „Neue des Ostens“ ist eine erschlaffige Wochenschrift, die zu Irkutsk erscheint. Sie wurde eine Reihe von Jahren durch den verstorbenen Jadrinskow, den Erforscher Sibiriens, geleitet und ist es nun durch Dr. Klementz, der durch seine Erforschungen der Mongolei wohl bekannt und ein thätiges Mitglied des ost-sibirischen Zweiges der russischen Geographischen Gesellschaft ist. Die Zeitschrift hat sich in geographischen Dingen stets wohlunterrichtet gezeigt.

Da es keine direkte telegraphische Verbindung zwischen Jakutsk und Irkutsk giebt (der Telegraph geht nicht über Witimsk, das an dem Zusammenfluß von Lena und Witim liegt), so wurde die Meldung durch Post nach Kirensk gesendet, eine Stadt an dem Wege nach Irkutsk und 685 englische Meilen davon entfernt. Von dort gelangte sie durch Telegramm an die Neue des Ostens. Die Entfernung von 685 Meilen zwischen Kirensk und Irkutsk kann im Winter unter günstigen Umständen in nicht weniger als 5-6 Tagen zurückgelegt werden, so daß die Post von Jakutsk mit der die Meldung nach Kirensk gesandt wurde, Irkutsk nicht vor dem 18. Februar erreichen konnte; unter der Annahme, daß ein Brief von Jakutsk mit jener Post abgegangen ist, können keine weiteren Meldungen Irkutsk vor jenem Datum erreichen. Was Kandalow anbetrifft, so muß in dem ersten Telegramm aus Irkutsk ein Irrthum über seine Persönlichkeit gewaltet haben. Der Polizeichef des Bezirkes Verkhoyansk, zu dem Kolymsk gehört, ist ein Kosakenoffizier S. L. Kandalow. Aber der Kandalow, von welchem die Meldung Kuchnarew's kam, ist, wie ein neueres Telegramm aus Irkutsk meldet, nicht jener Kosakenoffizier, sondern ein Rath bei der Provinzialregierung von Jakutsk und ein Theilnehmer an der Expedition von Jakutsk. Das giebt den Meldungen ein um vieles größeres Gewicht.

**Die Anatomie in Japan.** Zur Geschichte der japanischen Kultur liefert ein japanischer Arzt, Ganuaro Osawa, der jetzt in Freiburg studirt, einen interessanten Beitrag, indem er den Entwicklungsengang der Anatomie in Japan schildert. Die Studie

unüberlegten Vorschlag einfach und genial in ein „großes Mittel“ umzuwandeln. Die Getreide-Verkaufsgenossenschaften müßten, meint sie, die Träger des gesammten Ein- und Verkaufs von Getreide, inländischem wie ausländischem, sein. Also eine Monopol-Genossenschaft! Ob die Zentrumsagrarier für das „große Mittel“ das nötige Verhältniß gewinnen werden, ist allerdings fraglich. — Der Kampf für die „kleinen Mittel“ geht unterdessen mit aller Macht vorwärts. Auf die Vetheuerungen der Agrarier, daß sie in ihrem Feldzug gegen die Margarine nur den unplatieren, auf Zäufschung des Publikums ausgehenden Wettbewerb treffen wollen, wirft eine von der „Frankfurter Zeitung“ hervorgezogene Petition des „Verbandes hinterpommerscher Mollereigenossenschaften“ ein eigenthümliches Licht. Die gemüthlichen Pommern machen nicht viel Umschweife, sie verlangen mit fernerer Entschiedenheit auf Grund der bestehenden Gesetze kurzweg das Verbot der Herstellung von Margarine und Kunstmaltz. Das läßt an Deutlichkeit allerdings nichts zu wünschen übrig.

**Darmstadt, 20. Februar.** Die zweite Kammer nahm mit 23 gegen 20 Stimmen den Antrag betreffend die Einführung direkter Landtagswahlen an. Die Regierung ist gegen diesen Antrag.

**München, 19. Februar. (Fig. Ver.)** Die Politisch-Verklärung des niederbayerischen Bauernvereins, welche wiederum einen Beweis abgiebt für die Vortrefflichkeit des bayerischen Vereinsgesetzes und seine polizeiliche Anwendung, wird von dem Hauptorgan der Zentrumsparthei einfach und ohne jeden Zusatz als Thatfache mitgetheilt. Wenn die ultramontane „Augsburger Post-Zeitung“ in verrätherischem Schweigen verharret, sind wir so frei, das Begebniß und das Verhalten des Zentrums dazu etwas näher zu betrachten. Der niederbayerische Bauernverein wurde unter eifriger Mitarbeit des Staatsanwalts und Landtags-Abgeordneten Söldner's, J. bekanntlich zur Bekämpfung der zentrumsfeindlichen Bauernbund-Bewegung ins Leben gerufen. Die Zentrumsfraktion des Landtags und die ihr dienstwillige Geistlichkeit machte die ganze bäuerliche Vettertschaft, und was sonst auf dem Lande in Abhängigkeit oder Furcht vor der Kirche lebt, mobil, um die Mitgliederlisten zu füllen. Dem Beispiele der Niederbayerer folgten hierin die führenden Zentrumsmitglieder in verschiedenen anderen rechtsrheinischen Provinzen. Die Rücksicht auf die Bauernbewegung zwang zur Aufstellung ziemlich weitgehender agrarischer Forderungen. In Versammlungen, in der Presse wurde eifrig agitirt und die Bewegung war eine durchaus politische. Ramentlich Herr Staatsanwalt Söldner trieb mit mehr Eifer als Geschick eine agrarische Agitation, die der „verhehenden“ bauernbündlerischen um nichts nachstand. Von ihm rührt auch der offenkundige Ausbruch in einer Versammlung her, daß man eine „katholische Partei“ gründen müsse, „weil der Name Zentrum nicht mehr zieht“. Die Regierung, die die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung überall einengt, sah dem kirchlichen Treiben lange vergnügt zu. Einerseits mochte sie aus gereifter Erfahrung wissen, was von noch so lauten und großen Worten des Zentrums zu den Bauern zu halten ist, andererseits erhoffte sie von den „christlichen Bauernvereinen“ eine wirksame Bekämpfung des ihr in der Seele verhassten Bauernbundes. Und während sich einzelne Behörden in Maßregelungen von Arbeitervereinen, in Verboten gewerkschaftlicher Versammlungen nicht genug thun konnten, frähte kein Regierungsbahn danach, als im vergangenen Jahre die verschiedenen Bauernvereine unter Proklamirung eines an politischen und wirtschaftlichen Forderungen reichen Programms entgegen der klaren Bestimmung des am besten Reaktionszeiten stammenden Vereinsgesetzes mit einander in Verbindung traten. Erst als im Landtage der Abg. Söldner durch ein garnicht-zentrumsmäßiges, sondern niederbayerisch-bairisch großes Auftreten den glatten Ministerpräsidenten zu einer wenig choralischen Entgegnung gezwungen hatte, und als — immer aus Rücksicht auf die Bauern draußen — das Zentrum eine Fraktions-erklärung für seinen Söldner und gegen den Minister abgab, scheint die christliche — Bauernbewegung der Regierung unangenehm geworden zu sein. Später erfolgte dann im Landtag die an kirchliche wie an bündlerische Bauernagitatoren-Affäre gerichtete Verwarnung des Ministers des Innern und etwas später die „Politisch-Verklärung“. Aber auch von dem seit langen Jahren zur Nichtsthaltparthei umgewandelten Kammerzentrum scheinen schließlich die von seinem Söldner entfesselten Geister ebenso herzlich unbenommen empfangen zu werden, wie die sozialpolitischen Forderungen seiner katholischen Arbeitervereine. Draußen hatte man den Bauern von „großen Mitteln“ vorgebetet, hatte eifrig „gefannt“ und drinnen im Landtage, angelehnt an die Minister und nach für die rein kirchlichen Interessen vortheilhaften Schiebungen „hinter den Kulissen“ that man viel sanftes Wasser in den agrarischen Wein. Nun fürchtet man sich vor der Verantwortung bei den recht undchristlich angelegenen und mit Besprechungen reizten „christlichen Bauern“. Und die Politisch-Verklärung kommt

Osawa's ist auch in Hinsicht auf die vergleichende Kulturgeschichte von Bedeutung. Sie lehrt, daß in allen Kulturen die Anatomie die gleichen Phasen der Entwicklung durchgemacht hat. Zuerst herrschen nur Phantasien über den Bau des menschlichen Körpers. Dann kommt eine Zeit der Analogiegeschichte. Einzelne thätige und wissbegierige Männer seziren Thierleichen. Den Besund bei diesen übertragen sie auf die menschliche Anatomie. Dann kommt immer ein Reformator, der die Unzulässigkeit solcher Analogieschlüsse nachweist und das planmäßige Studium des Baues des Menschen einleitet. Osawa schildert zunächst (seine Studie findet sich in „Anatom. Anz.“) die japanische Anatomie in der Zeit, in der sie noch ganz von der Gelehrsamkeit der Chinesen und Koreaner abhängig war. Die japanische Anatomie war bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht als eine Sammlung von Sagen und Märchen. Die Speiseröhre, so wurde gelehrt, hängt mit dem Herzen zusammen. Der Nährsaft des Magens dringt in das Herz ein und wird hier zu Blut. Auge und Leber stehen mit einander in Verbindung. Wandel schaffte zuerst Yamawaki, Leibarg des Landesherrn, der sich als erster auf das eigene Studium der Anatomie verlegte, weil er der chinesischen Ueberlieferung mißtraute. Er begann mit der Zerlegung von Fischeottern. 1764 erwarb er von dem Fürsten die Erlaubniß, eine Verbrecherleiche zu öffnen. Es war dies die erste Sektion einer menschlichen Leiche in Japan. Yamawaki's Beispiel fand Nachahmung. Von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Anatomie in Japan wurde eine Sektion, die drei Aerzte, Sugita, Otaki, Maneno 1771 vornahmen. Sie hatten dabei die holländische Ausgabe der anatomischen Tafel des Adam Kuhn's zur Hand. Bei einem Vergleich des Leichenbefundes mit den Abbildungen wurden die drei Gelehrten von der Uebereinstimmung gezaunt, in der sie ihren Besund mit den Bildern fanden. Sie saßen noch während der Sektion den Plan, das holländische Werk ins Japanische zu übertragen. Mit Eifer gingen sie ans Werk. Die Serie des Unternehmens war Maneno, der einzige von ihnen, der wenigstens etwas holländisch verstand. Die Uebertragung wurde für Jahrzehnte der Leisablen, aus dem die japanischen Aerzte Anatomie lernten. Sektionen wurden häufiger. Durchweg aber beschränkte man sich auf die Durchmusterung der Brust und der Bauchhöhle. Eine neue Zeit für die Anatomie in Japan begann mit dem Jahre 1871, als Oberhabsarzt Dr. Leopold Müller aus Berlin zur Errichtung einer medizinischen Schule nach Tokio berufen wurde. Müller gab den ersten anatomischen Unterricht nach europäischer Art in Japan. Nach seiner Rückkehr wirkten nach einander Ebush, Gierke und Diffe in seinem Sinne in Tokio fort. Jetzt leitet ein in Deutschland unter Waldeyer gebildeter Japaner Dr. Koganei in Tokio den anatomischen Unterricht, der dem bei uns üblichen durchaus nachgebildet ist.

höchstwahrscheinlich ganz gelegen, um den lästigen werdenden Leuten da draußen ein wenig das Grinsen beizubringen. Bei der engen Verbindung, die das Zentrum mit Regierungskreisen hat, bei seinem zweifellosen Einfluß ist es gar nicht anzunehmen, daß es schon seit Wochen von der bevorstehenden Maßregel unterrichtet war, ja es wird uns versichert, daß die Politische Erklärung bereits früher erfolgte, als der auf die Verschlechterung des Vereinsgesetzes, auf die völlige Mundtodmachung des werththätigen Volkes bedachte Antrag Fischer an die Abgeordnetenkammer eingereicht wurde. So erklärt sich allerdings das Schweigen der maßgebenden bayerischen Zeitungspreffe deutlich genug.

Fürwahr, rührend zu sehen, wie sich eine alterstümliche Regierung und eine politisch reaktionäre, nur auf ihre klerikalen Interessen bedachte Partei für einander die Kaskaden aus dem Feuer holen. Ob sie bei dem nicht ungefährlichen Spiel sich schließlich nicht doch gründlich verbrennen?

Durch Auswanderung haben sich im Landgerichtsbezirk Straubing 92 Personen der Militärpflicht entzogen. Dieselben werden nunmehr vom ersten Staatsanwalt am Landgerichte Straubing aufgefordert, sich am 10. April vor der dortigen Strafkammer einzufinden. Die große Zahl der Militärpflichtigen wirkt jedenfalls ein merkwürdiges Licht auf die Liebe des deutschen Volkes zu seinen „Berienkolonien“.

### England.

**London, 20. Februar.** Der große Rath des Senates der Universität Cambridge hat einen Ausschuß ernannt, um zu prüfen, ob die Anwesenheit weiblicher Studenten bei den Promotionen zugelassen werden soll. Es wird angenommen, daß dieses Vorgehen des Senates der erste Schritt zur Ertheilung des Baccalaureats und der Doktorwürde an Frauen ist.

**London, 20. Februar.** Jameson's Anklage steht nahe bevor. Vor welchem Gericht man ihn stellen wird, darüber geben die Angaben auseinander, und man weiß noch nicht, wie er schließlich davonkommen wird. Ein großer Theil der englischen Bourgeoisie sieht aber Jameson nicht als Schuldigen, sondern als Veldan an. Die sogenannte „Gesellschaft“, sagt die liberale Wochenchrift „Speaker“, steht fast einmütig auf der Seite der geldgierigen Abenteuerer, die Transvaal in derselben Weise anzubauen veruchten, wie die Spanier vor 300 Jahren Mittel- und Südamerika ausbeuteten. Der Straßenspöbel und die Muskhallen sind wieder einmal einig mit der Gesellschaft. Die Presse — selbst die liberale, zu ihrer Schande — ist zum großen Theile in den Händen des Herrn Rhodes und seiner Genossen. Gegen diese mächtigen Feinde müssen wir kämpfen. Die liberale Partei hat eine Pflicht zu erfüllen, der sie sich nicht entziehen kann, wenn sie nicht ihren alten Grundgesetzen und größten Traditionen untreu werden will. Wir können leider die Ehre nicht wiedergewinnen, die wir in der armenischen Frage verloren haben. Aber wir können wenigstens für unseren guten Ruf in der Transvaal-Frage kämpfen, und wenn sie sehen, wie sich das Netz der Chartered Company täglich weiter ausbreitet und die unwahrscheinlichste Beute von ihr eingefangen wird, so werden wahre Liberale um so entschlossener werden, dafür zu sorgen, daß in dieser Angelegenheit wenigstens der Name Englands vor der Welt rein dastehen soll, wie groß auch immer der Reichtum und Einfluß derjenigen sein mag, die vor Gericht zu bringen sind. — Das ist eine große und löbliche Absicht. Nun, warten wir den Ausgang des Prozesses ab!

### Spanien.

**Madrid, 20. Februar.** Nach einer Depesche aus Havannah ist es den Führern der russländischen, Moco und Gomez, gelungen, sich zu vereinigen.

### Serbien.

Das serbische Parlament, die Skupstschina wurde durch einen Mas geschlossen. Der Präsident der Skupstschina Garaschanin dankte in üblicher Weise allen Parteien für die erprießliche Arbeit, welche sie bei der Beratung der auf die Verbesserung der Verwaltung, auf die Hebung der Volkswirtschaft und auf die Verstärkung des Heeres abzielenden Gesetze geleistet hätten.

## Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

Die Kommissionen der Zwischenmeister und Konfektionäre der Damen- und Kindermäntelbranche verhandelten am Mittwoch Abend mit der Fünfer-Kommission der Arbeiter. Den Vorsitz führte Ferdinand Mauchheimer. Er drückte den lebhaften Wunsch nach einer Einigung aus und legte die Ergebnisse der Beratung der Konfektionäre und Zwischenmeister-Kommission vor. Von der Fünfer-Kommission wurden die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse als annehmbar anerkannt und auch im wesentlichen, — soweit sie sich auf die Löhne beziehen — unverändert angenommen. Betreffs einiger Nebenpunkte trug man noch den Wünschen der Fünfer-Kommission Rechnung. Nach dreistündigen sachlichen Verhandlungen, wobei von allen Seiten eine Beilegung des Streiks als im Interesse aller Beteiligten liegend bezeichnet wurde, kam folgende Vereinbarung zu Stande:

„Wir, die gewählten Kommissionen, 1. der Konfektionsfirmen der Damen- und Kindermäntelbranche, 2. der Meister dieser Branche, 3. der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche unserer Vollmachtgeber folgendes in Vorschlag bringen und beschließen:

Auf die bisher gezahlten Löhne bis zu 1,75 M. soll sowohl der Meister als auch die Arbeiterin resp. der Arbeiter einen Zuschlag von 30 pCt. erhalten, von 1,50—4,00 M. 20 pCt., von 4,10—8,00 M. 15 pCt., von 8,00 M. an 10 pCt. Zuschlag. Diese Zuschläge beziehen sich auf Stückarbeiter. Die Wochenarbeiter (Wäler, Stepper, Zuschneider etc.) erhalten einen Zuschlag von 10 pCt. zu den bisher gezahlten Wochenlöhnen. Diese Erhöhungen sollen in den Werkstätten in sichtbarer Weise zum Anschlag gebracht werden. Unter dem Anschlage sind die Kommissionen der Kaufleute, der Meister und der Arbeiter mit ihren Namen bekannt zu geben.

Den Meistern soll für die Folge Nachlieferung von Materialien zu den Einrichtungen, die stehend auf Guttscheine, Stidereischen, und einzelne Plöden aus Kosten der Auftraggeber zugesandt werden. Die Abrechnung für die bis Freitag gelieferten Arbeiten soll am Sonnabend bis spätestens 6 Uhr geschehen. Die Lieferungen haben täglich von 9 bis 1 Uhr zu geschehen und müssen in dieser Zeit angenommen werden. Procente dürfen nicht in Abrechnung gebracht werden. Sämtliche Zuthaten (Leinen, Mousseline und Gaartuch) sind von den Auftraggebern zu liefern.

Die Löhne der Arbeiterinnen sind auf den Vieserscheinen jedesmal zu vermerken. In Zukunft soll bei Umgehung der hier gemachten Beschlüsse kein Meister bei einem derartigen Kaufmann arbeiten ebenso wenig dieser einem derartigen Meister Arbeit geben. Es soll aber auch der Meister keine Arbeiterin zu geringeren Lohnsätzen beschäftigen. Die Arbeiter verpflichten sich, bei keinem Meister zu arbeiten, der diese Beschlüsse nicht hält.

Für die sich in Zukunft ergebenden Streitigkeiten soll eine ständige Kommission von je 5 Kaufleuten, 5 Meistern und 5 Arbeitern bestellt werden, von denen die letztgenannten fünf von der legalen Fünfer-Kommission zu präsentieren sind.

Nach einstimmigem Beschluß der Kommissionen dürfen Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden.

Berlin, den 19. Februar 1896.  
Ferdinand Mauchheimer, Obermeister Feil.  
S. Timm.“

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden sich am Freitag in elf Versammlungen, die nachmittags 4 Uhr tagen, über diese Vergleichsvorschläge schlüssig machen.

Die Inhaber der Konfektionsfirmen der Damen- und Kindermäntelbranche waren am Donnerstag Nachmittag in einer Anzahl von etwa 200 Theilnehmern unter Vorsitz des Herrn Ferdinand Mauchheimer versammelt, der das Resultat der am Mittwoch Abend mit den Kommissionen der Meister und der Arbeiter gepflogenen Verhandlungen mittheilte, und den Arbeitern die Annahme derselben empfahl. Widerspruch gegen die vorgelegten Einigungsbedingungen machte sich nicht bemerkbar, vielmehr wurde von verschiedenen Seiten die Bereitwilligkeit zur Einigung betont, da es dem Ansehen der Berliner Konfektionsindustrie nur förderlich sein könne, wenn sie beweise, daß sie willens sei, die Lage ihrer Arbeiter nach Möglichkeit zu bessern. Die Vorschläge der Kommission wurden debattelos und einstimmig unter allgemeinem Beifall angenommen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schneider der Damenkonfektion, die am Donnerstag nachmittags bei Keller in der Köpferstraße tagte und von etwa 2000 Meistern besucht war, referierte Herr Uhr unter lebhaftem Beifall über die Verhandlungen der 3 Kommissionen, die zur Annahme eines einheitlichen Lohnsatzes geführt haben. Er richtete, nachdem sich einige Meister in zustimmender Weise geäußert hatten, an sämtliche Meister die Aufforderung, nicht nur den vereinbarten Tarif inne zu halten, sondern die Arbeiterinnen auch entsprechend zu behandeln. Der Tarif sei so gestellt, daß eine Durchschnittsarbeiterin bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Woche 12 M. verdienen könne; dagegen sollen Arbeiterinnen, welche unpünktlich und schlecht arbeiten, künftig öffentlich bekannt gemacht werden. Wenn nun die Arbeiterinnen den Stiel umbrechen und die vielen Zwischenmeister, die vom Geschäft nichts verstehen, auch veröffentlicht, was dann? (Ried. d. V.) Daß die Löhne für die Arbeit auf Vieserscheinen angegeben werden sollen, wurde mit Mißfallen aufgenommen. Die Firma Kraft u. Lewin hat sich geweigert, diese Forderungen anzuerkennen, soll aber noch dazu gezwungen werden. In allgemeinen wurde das Entgegenkommen der Kaufmannschaft gelobt, wie das Verhalten des Herrn Gerson, daß er diejenigen Meister, die sich zu den bisherigen Preisen anboten, kurzerhand zurückgewiesen habe. (Beifall.) Man werde in Zukunft die unläuteren Elemente einer strengen Kontrolle unterziehen. Nach Verlauf einer halbstündigen Pause, während welcher bei Herrn Sernau wegen Uebereinstimmung der Kaufmannschaft mit dem Tarif angefragt war, wurde derselbe von der Versammlung einstimmig angenommen und daraufhin vom Vorsitzenden Herrn Heyl der Streik der Damenmäntelschneider für beendet erklärt und zu gemeinsamem Zusammenhalten auch in der Zukunft aufgefordert. Die 2ler Kommission blieb auf Antrag Volkmann als Kontrollkommission bestehen; aus deren Mitte sollen auch die fünf Mitglieder zu der gemeinsamen Fünfehner-Kommission delegiert werden. Mit dem Dank der Versammlung für die Thätigkeit der Kommission wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Pforzheim kommt ebenfalls eine erfreuliche Nachricht. In dortigen Schneidergewerbe, wo neben den Kundenschneidern hauptsächlich die Maßgeschäfte in Betracht kommen, hat die aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern gleichmäßig zusammengesetzte Kommission sich auf die Einrichtung von Betriebswerkstätten und einen möglichst gleichmäßigen Stücklohnstanz geeinigt; ob die Arbeitgeber die Abmachung ihrer Vertreter bestätigen werden, ist noch nicht bekannt. Doch ist alle Aussicht vorhanden, daß die Bewegung ohne Ausstand vorübergeht. Bei ca. 100 Meistern werden in Pforzheim etwa 300 Arbeiter gezählt.

In Kassel sahe eine Volksversammlung, wo unser Genosse Gade referirt hatte, folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt die in letzter Zeit der Deffentlichkeit mehr bekannt gewordenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions-Branche als tieftraurige und menschenwürdige; sie bringt daher den um Befestigung der schlechtesten Zustände kämpfenden Arbeitern und Arbeiterinnen ihre vollste Sympathie entgegen und verpflichtet sich, diese Inklusfortschrittliche Bewegung mit allen Kräften zu unterstützen, sowohl in materieller als moralischer Hinsicht. Die Versammlung appellirt ganz besonders an das Konfektion konsumirende Publikum, bei Bedarf nur diejenigen Geschäfte zu wählen, welche den Nachweis zu führen vermögen, daß sie ihre Waaren nur aus solchen Fabriken beziehen, welche die gerechten Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen bewilligt und solche in der Zukunft halten.“

Hierauf wird ein Antrag angenommen, das Gewerkschafts-fartell möge, wenn irgend möglich, eine größere Summe zur sofortigen Unterstützung der Streikenden überweisen. Weiter wurde das Kartell ersucht, sofort Sammellisten auszugeben und verschiedene Zahlstellen in der Stadt zu errichten.

Der Versammlung wohnte auch der Reichstags-Abgeordnete Prof. Hüpeden bei.

Aus Braunschweig berichtet über dasselbe Thema der „Vollstrecker“: 50 pCt. von den in hiesigen Nähtuben beschäftigten Näherinnen verdienen 10 bis 20 M. monatlich, 25 pCt. 21 bis 25 M., 15 pCt. 26 bis 30 M. und 10 pCt. mögen mehr als 30 M. den ganzen Monat verdienen. Von diesem Verdienst wird noch 1 M. für Kranken- und Invalidenversicherung abgezogen, soweit die Näherinnen überhaupt versichert sind, denn manche Arbeitgeber halten das für überflüssig. Wenn die Näherin in diesem Falle krank wird, bleibt sie einfach zu Hause und die Sache ist abgemacht. Ist aber die Näherin in der Krankenklasse, so erhält sie im Krankheitsfalle 75 Pf. für den Tag vergütet, also mehr, als ein großer Theil der Näherinnen überhaupt verdient. Von den angeführten Löhnen müssen sich die Näherinnen nun Wohnung, Nahrung und Kleidung halten. Dazu kommt, daß die Näherinnen nicht regelmäßig beschäftigt werden, sondern oft genöthigt sind, wochenlang zu feiern. Dieses gilt sowohl von der Kleider-, wie auch der Mäntel-Konfektion. Bei der Mäntel-Konfektion müssen die Näherinnen theilweise auch noch die Arbeit aus den Geschäften holen und die fertige abliefern. Dieses Solen und Abliefern ist eine unangenehme Zugabe, da die Näherinnen immer stunden-, ja oft halbe Tage lang warten müssen. Dieses lange Warten ist besonders in einem Geschäft etwas ganz Selbstverständliches. In einem anderen Geschäft wird den Näherinnen auf ihre Klagen bei schlechtem Geschäftsgange der Rath erteilt, ins Nachbargebirge zu gehen oder den Bohlweg öfter entlang zu spazieren. Diesen Rath müssen nun leider viele befolgen, denn daß die Näherinnen mit dem wenigen Verdienst auch nur amühernd auskommen können, wird niemand behaupten. So weit die Näherinnen noch Eltern haben, werden sie von diesen mit durchgeschleppt, auch wird noch nach Feierabend zu Hause gearbeitet. Wie diejenigen nun zurechtkommen, denen keine Hilfe zur Seite steht, darum kümmert sich niemand. Freilich, wären die Näherinnen organisiert, dann würde sich im Laufe der Zeit doch manches bessern.

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:

Postamtiers bei Steuerg M. 4.—, Schwimmklub „Seebär“ Selt. Berlin 1. R. 5.—, Rauchklub „Wilhelm“ 3.—, Gesammt von Mitgliedern des Vereins gefell. Bund 8,55. R., Velle-Allianzstraße 2.—, L. Waldemarstr. 29 1,50, Rother Ostpreuße D. G. 1.—, Statklub Gemüthlichkeit, Forsterstr. 49, 3.—, Schwarzblechwaarenfabrik, Muskauerstr. 28, 6,90. Vom gefelligen Verein Hoffnung, Lebuserstraße, 5.—, M. M. 1,50. Vom Leseklub Johann Jacobi 10.—, Statfappel 1,60. Rauchklub Kolumbus 6,50. Beim Kartoffel- und Heringschmaus gesammelt in der Doppelnerstr. 7, 4.—, D. Klemm —, 50. Gesammelt von Zimmerern in St. Lichtersfelde durch H. P. 2,25. Kleine Raute, Brandenburgstr. 1.—, Scheibe, Weißgerber 1,50. Frau N., Pringen-Allee 37 2.—, Arbeiter-Zithern, Einigkeit durch A. 2 10.—, Schönfeld u. Schreiber 3.—, Gesang. Allegro 10.—, Holzarbeiterverb. Zahlstelle Elbing 9,95. Rathenow. Auf Listen beim Wintervergügen gesammelt 17,55. In der Expedition der „Vollstimmte“-Magdeburg eingegangen 100.—, Durch Krüger, Spremberg 29,95. Königsberg, Unbefannt 15,95. Gesammelt in Stuttgart d. Wigorowski 19,95. Von den rothen Kupferschmieden Beckums 14,45. Organisirte Schuhmacher Charlottenburgs (Berf. 17. Febr.) 1,50. M. G. B. „Namenlos“ 19,95. Vom Samariterkursus d. Arbeiter u. Arbeiterinnen 9,95. Von Gen. Krauß, Neubert, Liebig beim Stat 2,95. Von Lederarbeitern Oranienburgs 9,95. Sammelliste Zürich M. G. 78 Fr. = 62,60. Textilarbeiter-Verband, Filiale I Berlin, d. Andreas 29,95. Von den organisirten Steinsehern Magdeburgs 24,55. Gef. von der „Hess. Landeszeitung“, erste Rate 100.—, Fräulein Schöppner bei Groß, Grüne Jungens, Moabit 3,25. Dreher u. Malerpersonal Georg. Hubbe, Neuhaldensleben 10,65. Gesammelt auf einem Vergnügen in Wriegen d. W. S. 5,95. Von den organisirten Buchdruckergehilfen Brach 4,95. Rauchklub Holländer 6.—, Arbeiter-Gesangverein Zukunft I, Steglitz 10.—, Aus bürgerlichen Kreisen durch Sch. 30.—, Goldbleisengrundirec gef. bei Noad 2.—, Arb.-Gesangverein Mariengr. II Charlottenburg 2.—, 6 Schuhfleischer bei F. Joseph, Ritterstr. 26 3.—, Rechtsanwalt Dr. S., Marktgraben u. Leipzigerstr. Ecke 100.—, R. G., Kurfürstenstraße 6.—, Nordringfabrik Schuhmacher Allee-Wedding 5.—, Treidowstraße 3,50. D. M. 2.—, Gesell. Verein Freundschaft 8.—, Verein Fridolin 5,05. Die Musiktrakt Wiesenstr. 39 5.—, Personal der Firma Schwan u. Co. Alte Jakobstraße mit einigen Ausnahmen 6,50. Vom Musikverein Pantenschwengel 10.—, Per Post aus Anklam 15.—, Rauchklub Hohenhausen 3.—, Statklub Pufframsch 1. Rate 5.—, Gef. im Hause Feldstr. 1 2,70. 4 Schriftmaler 4.—, Vom Buchhalter H. durch Schaper, Prangenstr. 3.—, Rauchklub Weichendust 10.—, Von einer Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen Kaskaden-Allee 79 10.—, Troh P. Schall, Panstr. 18 4,30. Firma Jölnner d. G. R. 3,25. Jakobstr. Frau G. 1,50. Gollibr's 3,80. Buchdruckeri Noebe 7,70. Ed. Wälsche-zuschneider 1.—, Berl. Kartonfabrik 4,75. In bürgerlichen Kreisen gesammelt von H. S. 60.—, Von P. H. 3.—, Frau J. R. 10.—, In meinem Geburtsort, S. G. 100.—, Rauchklub Arkona S. O. 3.—, Personal der Buchdruckeri G. Wertheim 4.—, H. S. 5.—, Fichte Stat 1.—, W. S., J. R., W. Sch., G. G., S. H. 9.—, Restaurateur Stobbe, Al. Kurstr. 10 11,80. Verein Spilvester 95 2.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenwaarenfabr. von J. List, Sernau N. 2. 8,55.

Von der Berliner Gewerkschafts-Kommission durch Millarg 2089,45 M. darunter: Von 284 11,90. Chirurgische Branche 50.—, „Aus bürgerlichen Kreisen“ Rate I M. B. 1000.—, Freie Vereinigung der Graveure und Ziseleure 50.—, Geraer Gefosinnnen 50.—, Verein Berliner Droschkentischer 50.—, Rauchklub „Bahia“ 6.—, Redaktion d. „Volk.“ 600.—, Freie Vereinigung der Stereotypen Verlags 50.—, Von L. Müller, Ortsoberin der Klemper und Metallarbeiter 14.—, Vom Professor D., Zellersammlung vom Evangelischen Arbeiterverein in Kassel 21,90. Beitrag des Rechtsanwalts Heine 30,05. Von den organisirten Buch-Druckern Hannover 1. Rate durch Rosenbruch 150.—, Fräulein 3.—, „Frei und Froh“ 3,20.

Summa 3178,05 M. Bereits quittirt sind: 14850,01 M. Gesammtsumme der bei unserer Expedition eingelieferten Beiträge: 18 028,06 M.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Meerane in Sachsen, 21. Februar.** (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Landtags-Erwahl erhielt Grünberg (Sozialist) 2521, Friedemann (Ordnungsbrei) 2220 Stimmen.

**Leipzig, 20. Februar.** (B. G.) Gestern wurde zwischen den Stationen Kojica und Rzesna polska ein Eisenbahnunglück verhindert. Von unbekanntem Thäteren waren schwere Eisenstücke auf die Schienen gelegt worden, um den von Leipzig nach Janos abgelassenen Personenzug zum Entgleisen zu bringen. Dem Lokomotivführer gelang es jedoch kurz vor dem Hinderniß, den Zug zum Halten zu bringen. Dabei verletzte sich der Lokomotivführer ziemlich erheblich. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

**Paris, 20. Februar.** (B. G.) In der heutigen Kammer-Sitzung beantwortete Justizminister Ricard die Interpellation Chaudry äußerst energisch. Er erklärte, daß er bereits zweimal Ausschluß über die Südbahn-Affäre gegeben habe und daß er bereit sei, der Kammer und dem Lande alle nur möglichen weiteren Aufschlüsse zu geben. — Die Sitzung dauert fort. — Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß sich das Kabinett noch weiter halten wird.

**Brüssel, 20. Februar.** (B. G.) Ein türkischer Grubenbesitzer namens Franzisko Barducci aus Konstantinopel wurde in einem hiesigen Hotel im Zentrum um 1/2 Millionen Frank besohlen. Die Summe bestand größtentheils aus Wertpapieren türkischer Gruben. Barducci war gestern nach Lüttich gereist, hatte aber seine Koffer auf seinem Zimmer in dem hiesigen Hotel zurückgelassen. Zwei junge Franzosen, welche inzwischen das Nebenzimmer mieteten, sind des Diebstahls verdächtig. Dieselben sind verschwunden; ihre Signalements wurden von der Polizei nach allen großen europäischen Städten telegraphirt.

**Rom, 20. Februar.** (B. G.) Die Nachricht, daß Ras Sebbat und Ras Agos vom General Baratieri abgefallen seien, wird von den Blättern lebhaft besprochen. Die Aboffonier, so sagen die Blätter, fallen von unserem Heere ab, da sie einsehen, daß der Sieg dem Regus bleibt.

**Madrid, 20. Februar.** (B. Z. B.) Fünf Betarden erpöbdirten gestern Abend in der nächsten Umgebung des Igl. Palais. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Nur verschiedene Personen wurden bereits als der Thäterschaft verdächtig in Haft genommen.

**Lissabon, 20. Febr.** (B. G.) Zur Katastrophe im Künstlerklub zu Santarem wird noch gemeldet, daß die Panik, die der Ausbruch des Feuers unter den Anwesenden, sämtlich Angehörige besserer Familien, hervorrief, unbeschreiblich war. Mehrere junge Leute kamen in den Flammen um, als sie Angehörige retten wollten. Bisher sind 45 Leichen aus dem eingestürzten Gebäude geborgen. In der Ausgrabung der übrigen Verunglückten wird eifrig gearbeitet.

**Warrington (Lancashire), 20. Februar.** (B. Z. B.) In der Bannewellfabrik von Armitage u. Rigby entstand heute eine Feuersbrunst, durch die ein Schaden von ungefähr 20 000 Pfund verursacht wurde. 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen sind infolge des Brandes brotlos geworden.

**Leigh (Lancashire), 20. Februar.** Durch Umschlagen eines Förderkorbes in einer der hiesigen Kohlengruben kamen acht Bergleute ums Leben.

## Reichstag.

45. Sitzung vom 20. Februar 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Bronsart v. Schellendorf, Graf Posadowsky, v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Militäretats und zwar der einmaligen Ausgaben. Die Kommission hat in dreizehn Fällen die geforderten Summen vollständig gestrichen, in vier Fällen Ermäßigungen derselben vorgeschlagen; auf diese Weise sind im ganzen 3 870 050 M. abgesetzt worden; es sollen nur 36 081 795 M. statt der geforderten 40 551 845 M. bewilligt werden.

Der Berichterstatter Abg. Gröber (Z.) macht eingehende Mitteilungen von der bereits bekannten Beratung in der Budgetkommission, namentlich auch über die Kosten der Kasernierung der noch nicht in Kasernen untergebrachten Truppenteile.

Abg. v. Maffow (L.): In der Kommission habe ich schon festgestellt, daß der Militäretat sich in bescheidenen Grenzen bewegt. Wir werden die einmaligen Ausgaben fast sämtlich bewilligen. Wenn wir bei einzelnen Positionen eine Bewilligung ablehnen, so geschieht das nicht, weil wir die Forderung für unbegründet halten, sondern weil wir meinen, daß die betreffenden Bauten aufgeschoben werden können und müssen wegen der schlechten Finanzlage und der schlechten Lage der Landwirtschaft.

Die Forderung von 88 000 Mark für eine Garnisonkaserne in Paderborn soll nach dem Antrage der Kommission gestrichen werden. Das Haus tritt dem Antrage bei.

Zur Verneuerung der Kasernen an Verpflegungsmitteln ist eine erste Rate von 1 650 000 Mark gefordert. Die Kommission beantragt die Streichung, während die Abgg. Lieber (Z.) und v. Leipziger (L.) die Bewilligung beantragen.

Abg. Lieber (Z.) erklärt, daß er in der Budgetkommission gegen die Bewilligung gestimmt habe; es müßten also schwerwiegende Gründe sein, wenn er jetzt für die Bewilligung eintrete. Die Bestände an Verpflegungsmitteln sind nicht so ausreichend bemessen, daß dadurch der laufende Bedarf gedeckt werde und auch eine Reserve für den Mobilisationsfall gehalten werden kann. Durch die Streichung würde eine Ersparnis nicht herbeigeführt werden, denn die Ausgabe müsse doch gemacht werden. So schlimm sei die Finanzlage doch nicht, daß man diese Ausgabe jetzt nicht machen könne.

Abg. Richter (fr. Vp.): Es handelt sich nicht um Anläufe von Getreide u. s. w., sondern lediglich um eine Finanzfrage, an welcher die Militärverwaltung kein Interesse ist. Die Mittel zu den Anläufen werden jetzt aus dem Betriebsfonds entnommen, eine Bewilligung würde also nur zur Verstärkung des Betriebsfonds dienen. Darüber kann keine Entscheidung getroffen werden, wenn man nicht die Frage des Betriebsfonds im allgemeinen erörtert und die Frage prüft, ob eine dauernde oder nur eine vorübergehende Verstärkung desselben notwendig ist. Es handelt sich hier nicht bloß um die 1 650 000 M., sondern im ganzen um 10 Mill. Mark.

Generalleutnant v. Gemmingen schließt sich den Ausführungen des Abg. Lieber an und widerspricht dem Vordränger darin, daß die Militärverwaltung kein Interesse an dieser Sache habe. Ein Zuwachs an Naturalien fällt ihr allerdings nicht zu, aber es wird ein unerquicklicher Zustand beseitigt.

Abg. v. Kardorff (Rp.) schließt sich ebenfalls den Ausführungen des Abg. Lieber an. Eine Verpflichtung, im nächsten Jahre auf diesem Wege fortzufahren, liegt nicht vor, wenn die Finanzlage das nicht gestattet.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen haben zweimal dem Reichstage eine Vorlage gemacht wegen der Verstärkung der Betriebsfonds, deren Notwendigkeit niemand bestritten hat. Bestritten war nur der Weg, wie die Deckung beschafft werden sollte. Wenn die Verwaltung mit so geringen Betriebsmitteln arbeiten können, so liegt das daran, daß wir sehr viel Schulden aufnahmen und die Schuldentitel früher realisierten, als das Bedürfnis dazu vorlag.

Abg. Hammacher (natl.) schließt sich den Ausführungen der Regierungsvertreter an. Das alljährlich wiederkehrende Bedürfnis werde auch von Herrn Richter anerkannt.

Nachdem der Abg. Richter (fr. Vp.) nochmals gegen den Antrag sich ausgesprochen, verweist Abg. v. Leipziger (L.) darauf, daß im vorigen Jahre Richter selbst denselben Standpunkt eingenommen habe, wie ihn der jetzige Antrag Lieber enthalte.

Die Abstimmung durch Zählung des Hauses ergibt, daß nur 147 Mitglieder anwesend sind, von denen 92 mit Ja und 55 mit Nein stimmen. Das Haus ist also beschlußunfähig, da zur Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von 199 Mitgliedern gehört.

Um 2 1/2 Uhr wird daher die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung vom Präsidenten v. Bülow auf 3 Uhr anberaumt.

## 46. Sitzung.

Um 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Zum Neubau der Kupfergraben-Kaserne nebst Zubehör zur theilweisen Aufnahme eines Garde-Infanterie-Regiments in Berlin sind 20 000 Mark für den Entwurf verlangt.

Abg. Richter (fr. Vp.): Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die jetzige Kaserne nicht mehr tauglich und daß ein Ersatzbau zur Unterbringung der Truppen notwendig ist; aber der Platz, auf welchem die jetzige Kaserne steht, ist viel zu wertvoll für diesen Zweck. Würde man diesen Platz veräußern, so würde man mindestens die Mittel gewinnen, um an einem anderen Platze eine solche Kaserne aufzubauen. Dieses Terrain befindet sich im Mittelpunkte von Berlin und könnte für andere und höhere Zwecke als für Kasernenbauten verwendet werden. Vielleicht treten die anderen Ressorts mit der Militärverwaltung zu diesem Zwecke in Verbindung.

Abg. Singer: Eine unwirtschaftliche Forderung wie diese ist weder in diesem noch in früheren Etats zu finden. Nach einem mir vorliegenden Plan repräsentieren die 28 000 Quadratmeter, welche die jetzige Kaserne umfaßt, zu einem Preise von 2500 M. die Quadratmeter, einen Werth von 5 Millionen Mark. Außerdem soll aber noch das in der Nähe gelegene Montirungsgrundstück mit zum Bau der Kaserne herangezogen werden. Dieses Grundstück hat einen Flächeninhalt von 4600 Quadratmeter oder 890 Quadratmetern und repräsentiert einen Grund- und Bodenwerth von etwa 1 600 000 M. Das sind also im ganzen 6 1/2 Millionen. Selbst die begeisterten Anhänger von Kasernenbauten sollten sich zu einem so unwirtschaftlichen Schritte nicht verstehen. Wenn einmal eine neue Kaserne gebaut werden soll, so kann sie in einem Stadtheil gebaut werden, wo der Grund und Boden nicht so wertvoll ist wie hier. Im öffentlichen Interesse wäre es wünschenswert, daß andere öffentliche Gebäude hier stehen, die wissenschaftlichen Zwecken dienen, an denen es in Berlin sehr mangelt. Mit recht verworther der Fiskus Tag für Tag die ihm gebührenden Flächen möglichst teuer und die Reichsverwaltung sollte vom preussischen Finanzminister lernen, der den Botanischen Garten auch möglichst teuer verkaufen will. Wenn dies hier auch keine preussische Sache ist, so könnte die Militärverwaltung doch sehr wohl geneigt sein, dieses Terrain an Preußen oder das Reich abzutreten zur Erbauung wissenschaftlichen Zwecken dienender Gebäude. Die Konzentration von Truppen

an dieser Stelle ist nicht nötig. Man sagte in der Budgetkommission, man muß das Schloß schützen. Gegen wen denn? Ein solcher Einwand stellt die Verhältnisse Berlins auf den Kopf; es sind vorgeschobene Gründe. Es wären ganz andere Dinge gefährdet, für die Sie nachher die Truppen gebrauchen sollten. Ich verwehre mich gegen eine solche Begründung. Die Majoritätsparteien haben nicht den geringsten Grund, aus der Nothwendigkeit des Schutzes des Schloßes die Bewilligung dieses Postens herzuleiten. Aus den auch für das Zentrum maßgebenden Sparsamkeitsrücksichten sollte die Majorität des Reichstages die Vorlage ablehnen. Es handelt sich hier nicht allein um die 20 000 M. für den Entwurf; denn dieser würde doch nach den Raumverhältnissen des jetzigen Platzes ausgearbeitet werden müssen und ich möchte verhehlen, daß der Reichstag in diesem Falle auch nur 4 sagt. Wenn Sie diesen Vorschlag bewilligen, so schmeißen Sie 4-5 Millionen zum Fenster hinaus, die doch schließlich von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Generalmajor v. Gemmingen: Die Frage ist in der Kommission eingehend erörtert worden. Die Militärverwaltung steht nicht auf dem Standpunkt, daß neue Kasernen unbedingt auf dem Platz der alten erbaut werden müssen. So haben wir den Verkauf der Garde-Kürassierkaserne und der Artillerieanstalt angeregt und wollen dafür an anderer Stelle Neubauten im doppelten Umfange ausführen. Aber es hat das seine Grenze; man kann nicht bis an die Peripherie der Stadt hinausgehen.

Abg. Singer: Die Hauptsache, den außerordentlich hohen Werth des Grund und Bodens hat der Regierungsvertreter mit keinem Worte erwähnt. Die Militärverwaltung mag es ja für selbstverständlich halten, an dem Platze, wo die alte Kaserne gestanden hat eine neue zu erbauen. Die Volkvertretung aber hat dafür zu sorgen, daß nicht unnützlich Geld ausgegeben wird, und das vermeiden wir, wenn wir einen 3 bis 4 Millionen billigeren Platz finden können. Daß dies an sich nicht unmöglich ist, hat der Regierungsvertreter ja selbst zugegeben. Wenn man darauf verweist, daß bei Preußen nicht Reichsfläche, so überlasse ich es dem Vertreter des Bundesrats, dieses bundesfreundliche Verhältnis zu Preußen zu verantworten. Ich meine aber, daß das Reich und Preußen, soweit es sich um die Interessen der Steuerzahler handelt, identifizieren sollten. Unter der preussischen Sparsamkeit leiden Kulturzwecke ganz außerordentlich. Hier können wir Millionen für das Reich und durch die Matrikularbeiträge indirekt für Preußen zu Bildungszwecken ersparen. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen die preussische Regierung veranlassen werden, ihre Wünsche auf Verwendung des Platzes der Militärverwaltung mitzutheilen. Die Mehrheit des Reichstages kann die Verantwortung für die Bewilligung nicht übernehmen. Die Steuerzahler werden meinen Standpunkt würdigen: müssen schon Kasernen gebaut werden, dann brauchen sie nicht auf Plätze gebaut zu werden, für die man Millionen durch Verwendung für andere Zwecke herausbekommen kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz Arnheim (Z.): Von dem Schutze des Schloßes ist in der Kommission mit keinem Worte die Rede gewesen; es handelt sich darum, daß auf dem Platze eine Kaserne steht und eine neue gebaut werden soll; sie soll nur nicht mit Artillerie, sondern mit Infanterie besetzt werden.

Abg. Richter: Vom Schutze des Schloßes speziell ist allerdings nicht die Rede gewesen, wohl aber von dem Schutze der Interessen in jener Gegend. Das ist schließlich dasselbe. In Berlin giebt es innerhalb der Stadt kaum einen Platz, der für Museumbauten und ähnliche Dinge geeignet wäre, wie gerade dieser Platz. Es sind doch andere Kasernen in der Gegend noch vorhanden.

Der Titel wird bewilligt. 500 000 M. erste Baurote für eine Kaserne für reitende Artillerie in Brandenburg a. d. Havel werden gestrichen.

Bei der Forderung für eine Kavalleriekaserne in Lorgau sagt auf eine Anregung des Abg. Ritter-Merseburg (fr. Vp.) der Generalmajor v. Gemmingen zu, daß die Militärverwaltung in Erwägung ziehen werde, ob die Stadt Merseburg für die Verlegung der Kavallerie durch eine Infanteriegarde nicht entschädigt werden könne.

Gestrichen werden 15 000 M. für den Entwurf zum Neubau einer Kavalleriekaserne in Delitzsch, 143 000 M. für Ergänzungsbauten in Minden zur Unterbringung eines Bataillons Infanterie, 7000 M. für den Entwurf zum Dienstgebäude des Bezirkskommandos in Hamburg, 350 000 M. für eine Trainskaserne in Darmstadt und 10 000 M. für den Entwurf einer Dragonerkaserne in Karlsruhe. Die Forderung für den Anschluß der Militärgrundstücke in Hannover an die städtische Kanalisation wird um 32 050 M. verfürst.

Die zweite Rate von 800 000 M. für den Verkauf der Schießplätze wird mit der Einschränkung bewilligt, daß der Platz 4500 Hektar nicht übersteigen soll.

Gestrichen werden ferner 15 000 M. für den Entwurf einer Pionierkaserne zu Straßburg i. E., 500 000 M. für eine Infanteriekaserne in Barmen und 10 000 M. für den Entwurf eines Generalkommando-Dienstgebäudes in Meß.

Bei den Entnahmen bringt Abg. Wellstein (Z.) zur Sprache, daß den Städten Magdeburg und Wesel Ratezahlungen für angekauften Festungsterrain gewährt seien, der Stadt Koblenz aber nicht; das habe in der Bevölkerung große Beunruhigung erzeugt.

Generalmajor v. Gemmingen: Es handle sich bei Koblenz nur um einen Kaufpreis von 822 000 M., und die Militärverwaltung sei der Stadt dadurch entgegengekommen, daß sie ihr 4 Raten bewilligt hat; wenn uns zugemutet wird, den Kaufpreis auf 10 Raten zu vertheilen, so werden entweder die notwendigen Ersatzbauten auf dieselbe Zeit vertheilt oder die Mittel des Reiches in Anspruch genommen werden müssen. Dazu kann sich aber die Militärverwaltung nicht verstehen.

Es wird nunmehr die Abstimmung wiederholt, die vorher zur Beschlußfähigkeit geführt hatte.

Der Antrag Lieber wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und eines Theils des Zentrums angenommen.

Damit ist der Militäretat erledigt. Es folgt die Beratung von Petitionen, welche sich auf die Dienstaltersstufen beziehen.

Die Budget-Kommission beantragt folgende Resolution anzunehmen:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, bei Aufstellung des nächstjährigen Reichshaushalts-Etats auf eine Erhöhung des Reichsgehalts der Landbriefträger bis 1000 M. bedacht zu nehmen durch Einstellung einer weiteren Gehaltsstufe mit dreijähriger Aufzugszeit;

2. Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausgedehnt werden;

3. Den Reichskanzler zu ersuchen, in anbeacht der auf Einführung des Dienstaltersstufen-Systems bei einzelnen Beamtenklassen eingetretenen Ungleichheiten mit Gehaltsveränderungen für diese Beamtenklassen vorzugehen, insofern sie von den allgemeinen Gehaltsveränderungen des Jahres 1890 ausgeschlossen waren.

Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Singer vor: In Nr. 2 hinter „Beamte“ einzuschalten „und Unterbeamte“ und als Nr. 4 hinzuzufügen: Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu

wirken, daß den Beamten und Unterbeamten die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bei der Anstellung als blattarische Dienstzeit gerechnet wird.

Berichterstatter Abg. Enneccerus (natl.) berichtet ausführlich über die Verhandlungen der Kommission. Die Dienstaltersstufen seien eingeführt worden in der Weise, daß in keinem Falle ein Beamter in seinem bereits erreichten höheren Gehalte gekürzt werden könne. Er empfiehlt die Annahme der drei vorgeschlagenen Resolutionen. In der Kommission war der Wunsch laut geworden, die verbündeten Regierungen möchten die Beratung dieser Frage erleichtern durch einen vollständigen Besoldungsplan, welcher für jede Klasse die Zahl der etatsmäßigen Beamten zc. angiebt. Ein Beschluß ist darüber nicht gefaßt worden, aber der Staatssekretär des Reichs-Schatzamtes sagte eine solche Zusammenstellung zu. Bezüglich der Petitionen beantragt die Kommission, einen Theil durch die Beschlüsse für erledigt zu erklären, einen anderen Theil der Regierung zur Berücksichtigung und als Material zu überweisen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Der Präsident schlägt vor, morgen die Etatsberatung fortzusetzen.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Es ist die Absicht des Herrn Präsidenten, nach der sechstägigen Pause, welche in Aussicht genommen ist, am ersten Tage die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bin der Meinung, daß in zwei Tagen die Generaldiskussion beendet werden könnte. Es würde sich fragen, ob man nicht vielleicht morgen die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung setzen sollte, oder ob nicht mindestens am Montag und Dienstag diese Vorlage zur Beratung gestellt werden könnte, dann könnte die Pause ein-

halb Wochen dauern und neben der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch könnte auch die Zuckersteuer-Kommission während dieser Pause arbeiten. Die Landwirtschaft könnte sich nach der ersten Beratung dann auf das Gesetz einrichten.

Präsident v. Bülow: Ich habe nichts dagegen, daß der Reichstag, anstatt vom 22. Februar ab die Pause zu machen, am Montage die Zuckersteuer-Vorlage in Beratung nimmt.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) wünscht, daß möglichst schon heute eine Entscheidung darüber herbeigeführt werde, damit die Mitglieder wissen, ob sie Sonnabend abreisen können oder hier bleiben müssen. Die Landwirtschaft wartet auf die Entscheidung. Gegen diese großen wichtigen Interessen der Landwirtschaft solle doch ein Beschluß des Seniorenkongresses nicht ins Gewicht. Medner beantragt die Zuckersteuer morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Richter (fr. Vp.): Für Montag kann heute überhaupt noch nichts beschlossen werden. Es handelt sich nicht um die Ansichten des Präsidenten allein, sondern um einen Beschluß aller Parteien des Hauses über das Programm für die Reichstagsarbeiten. Ich weiß nicht, woher jetzt seit 24 Stunden die Eile kommt. Der Grund ist ein sehr einfacher, denn die steigenden Zuckerpreise entziehen der Vorlage den Boden. Nachdem der Bundesrat Monate lang über die Vorlage verathen und sich dort eine Minderheit von 21 Stimmen gezeigt hat, kann man doch jetzt nicht die Vorlage überstürzen (Zustimmung rechts). Es handelt sich um ein dauerndes Gesetz und nicht um eine Kampagne.

Abg. Singer (Soz.): Im Seniorenkongress war es gerade der Abg. v. Mantaußel, der die Verschiebung der Beratung der Zuckersteuer nach der Pause damit begründet hat, daß in seiner Partei große Meinungsverschiedenheiten herrschen, sodas man die Sache nicht über das Knie brechen kann. Herr v. Bennigsen hat nun einen schüchternen Versuch gemacht, die Zuckersteuer auf die Tagesordnung zu bringen, was ja begreiflich ist, da seine persönlichen Interessen dabei theilhaftig sind. (Unruhe rechts.)

Die Versammlung im Zirkus Busch möchte dem Reichstag eine Tagesordnung aufräumen. Nachdem alle Parteien sich auf den Geschäftsplan eingerichtet haben, können Sie doch nicht verlangen, daß alles über den Haufen geworfen wird, um nur die Zuckersteuer-Vorlage zu beraten. Die Kommission wird in der Pause nicht fertig werden; nicht in der Kommission, sondern in den freien Vereinigungen wird das Schicksal entschieden werden.

Abg. Graf Mirbach (L.): Es bestehen allerdings erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter meinen Freunden, aber um so mehr hat die Landwirtschaft und die Industrie den Wunsch, daß möglichst schnell eine Entscheidung herbeigeführt wird.

Abg. Lieber (Z.): Wir lassen uns vom Zirkus Busch keine Tagesordnung aufräumen, aber wir fürchten uns auch vor dem Zirkus Busch nicht. Wenn der Reichstag die Zuckersteuer-Vorlage beraten will vor der Pause, so wird auch die Kommission für diese Vorlage während der Pause arbeiten können. Wir sind geneigt, im Interesse der Landwirtschaft vor der Pause die Zuckersteuer-Vorlage zur Beratung zu bringen; um aber keine Ueberrumpelung eintreten zu lassen, möchten wir die Beratung am Montag vorziehen.

Abg. v. Bennigsen: Von einer Ueberrumpelung kann nicht mehr geredet werden, wenn die Beratung am Montag stattfindet. Ich möchte nur gegen die ganz ungehörige Insinuation des Abg. Singer protestieren, als hätte ich meine Neuherungen gemacht wegen meines persönlichen Interesses an der Zuckersteuer-Vorlage. Herr Singer hätte bedenken sollen, daß ich sehr ernsthaft und entschieden vor Jahren für die Reform der Zuckersteuern-Stener und für die Aufhebung der Materialsteuer eingetreten bin. Verträte ich persönliche Interessen, so hätte ich damals gegen mein Interesse gehandelt.

Abg. v. Kardorff: Ich bin damit einverstanden, daß die Beratung am Montag stattfindet.

Abg. Richter: Das wird sich erst am Sonnabend finden, wenn die Tagesordnung für Montag festgestellt wird. Wenn die Vereinbarung der Parteien hinsichtlich wird, dann sind alle Parteien lebendig auf die Vorschriften der Geschäftsordnung angewiesen. Meinethwegen könnten wir sofort die Pause eintreten lassen und am Montag über 8 Tage mit der Zuckersteuer beginnen.

Abg. Richter: Daß der Präsident aus eigener Initiative die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung setzen sollte, konnte niemand annehmen, da die Wünsche aus dem Hause die entgegengesetzte Richtung hatten.

Abg. v. Stamm: Wir waren der Ansicht, daß die Zuckersteuer-Vorlage in dieser Woche auf die Tagesordnung kommt. Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Da ein Antrag nicht vorliegt, bleibt es beim Vorschlage des Präsidenten.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

## Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress des Reichstages war gestern unter Vorsitz des Präsidenten versammelt, um Mitteilungen über das beabsichtigte Reichstagsfest am 21. März entgegenzunehmen. Es wird beabsichtigt, an alle ehemaligen Abgeordneten, namentlich an diejenigen, welche im Jahre 1871 im Reichstage waren, Einladungen zur Theilnahme an dem Feste ergehen zu lassen. Das Fest soll in einem Mittagsessen bestehen, bei dem durch die drei Präsidenten Looste auf den Kaiser und die verbündeten Fürsten, auf das Reich, und auf die Ehrengäste ausgedrückt werden sollen. Der Präsident theilte noch mit, daß noch Ansicht des Reichstagsvorstandes bei dem Feste dem Fürsten Bismarck

Dank und Anerkennung für seine Thätigkeit bei der Wiedererrichtung des Reichs ausgesprochen werden soll. Der Preis für die Theilnahme am Fest ist auf 5 M. festgesetzt. Für das Trinkbedürfnis ist durch Ubergabe von Wein gesorgt. Ein wichtigerer Gegenstand beschäftigte den Seniorenlouvent bei dem 2. Punkt seiner Tagesordnung. Während vor etwa 8 Tagen mit einer Ausnahme einstimmig dem Vorschlage des Präsidenten, die erste Verathung des Zukerener-Gesetzes nach der Pause stattfinden zu lassen, beigetreten war, wird jetzt von agrarischer Seite lebhaft dafür agitiert, daß diese Verathung sofort vorgenommen wird. Die Herren v. Kardorff, v. Mirbach, v. Verniggen, machten geltend, daß die Landwirtschaft eine schnelle Erledigung der Vorlage wünscht. Nach Ansicht des Herrn v. Kardorff wird die erste Verathung nur zwei Tage in Anspruch nehmen. Die Kommission könnte dann während der Pause ihre Arbeiten vollenden und das Gesetz im Plenum bis zu den Osterferien erledigt sein. Abg. Richter wendet sich energisch gegen die Absicht der Konservativen, welche er als eine Vergewaltigung der Minorität bezeichnet. Abg. Singer beruft sich auf die Ansicht des Abg. v. Mantuffel, der sich in der vorigen Sitzung ausdrücklich in Rücksicht auf die in seiner Fraktion herrschende Meinungsverschiedenheit über die Vorlage für Hinausschiebung der Verathung erklärt hatte. Wenn die konservative Seite durch die im Zirkus Busch gefassten Beschlüsse für eine andere Stellung veranlaßt ist, so sei dies doch für den Reichstag kein Grund, die sorgsam geprüften Vorschläge seines Präsidenten über den Haufen zu werfen. Redner will es bei dem gefassten Beschlusse, auf dessen Ausführung sich die Mitglieder auch schon eingerichtet haben, belassen. Abg. Dr. Lieber empfiehlt, die Verathung des Zukerergesetzes am Montag beginnen zu lassen und auf die Pause zu verzichten, event. diese zu verkürzen. Der Präsident bleibt bei seinem Vorschlage. Eine Verständigung im Seniorenlouvent fand nicht statt. Die Entscheidung über diese Frage muß daher dem Plenum überlassen bleiben.

Die Wahlprüfungs-Kommission erledigte in ihren letzten beiden Sitzungen die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Alex. Meyer v. Halle. Die stattgefundenen Beweiserhebung bestätigte fast durchgängig die erhobenen Protestbehauptungen auf unerhöbte Wahlbeeinflussung des Landrates v. Berder, so daß gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen die Kommission zur Ungültigerklärung der Wahl des Abg. Meyer gelangen mußte.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 20. Febr. Vorsteher Stadt. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Die Wahl von zwei Mitgliedern der Versammlung und eines Bürgerdeputierten in die Deputation für die Kanalisationswerke und Nieselfelder wird dem Ausschuss zur Vorbereitung der Wahlen unbedenklicher Beamten überwiesen.

Stadt. Hugo Sachs referirt über die Ausschussverhandlungen über seinen Antrag, betreffend die Festsetzung einer Baufluchtlinie für eine rechtsseitige Spree-Uferstraße zwischen Mühlendamm und Waisenbrücke. Der Ausschuss beantragt:

Die Versammlung hält die Anlegung einer rechtsseitigen Uferstraße zwischen Waisenbrücke und dem Mühlendamm für im hohen Grade wünschenswert. Sie erachtet jedoch die in dem vom Magistrats-Kommissar dem Ausschuss vorgelegten Kostenvorschläge für die Ausführung des Projektes angelegten Summen, namentlich auch, soweit sich dieselben auf Leistungen an den Fiskus beziehen, für viel zu hoch, ersucht den Magistrat, eine wesentliche Herabminderung dieser Leistungen herbeizuführen und sieht unter dieser Voraussetzung einer baldigen Vorlage, betreffend Festsetzung von Fluchtlinien für die Uferstraße, entgegen.

Der Berichterstatter bemerkt, daß die Entschliessung über diese Frage bald erfolgen müsse, ehe noch neue Bauprojekte auf dem betreffenden Landstrich ausgeführt würden. Es seien zwei Projekte aufgestellt worden, ein sogenanntes Wasserprojekt und ein Landprojekt. Das eine sei nur möglich durch Hinzunahme des Speichers-Grundstücks auf dem linken Spree-Ufer. Beide Projekte beanspruchten einen Kostenaufwand von ungefähr 2 Millionen Mark, von denen aber nur 1 Million auf die Stadt entfalle.

Stadt. Singer: Ich habe gegen die Annahme des Ausschusses nichts einzuwenden, aber ein Moment hat der Ausschuss nicht berücksichtigt, das doch eine wesentliche Rolle spielt, die etwaige Beihilgung der Adjazenten an den Kosten. Kollege Matern hat hier einmal davon gesprochen, daß die Adjazenten die ganze Sache tragen würden (sehr richtig), sie würden das Land zur Uferstraße unsonst geben, wenn man sie nur machen würde. Ich habe aber zur unentgeltlichen Vergabe seitens der Adjazenten niemals so großes Vertrauen gehabt, aber es ist doch zweifellos, daß durch solche Anlagen die Adjazenten wesentlich materielle Vorteile haben. (Sehr richtig!) Es ist nicht zu bestreiten, daß der Werth der Grundstücke erhöht wird. Da ist es nicht zu viel verlangt, daß man die, welche aus solchen Anlagen hauptsächlich materiellen Vortheil ziehen, zu Leistungen heranzieht. Ich bedauere, daß im Ausschuss dieser Gesichtspunkt nicht zur Verathung gekommen ist und wollte nicht verschmähen, das hier nachzuholen und, um mich eines gefüglichen Wortes der Neuzeit zu bedienen, den Magistrat scharf zu machen gegenüber den Adjazenten, wenn er mit ihnen in Verhandlungen über diese Vorlage eintritt, daß den Herren klar wird, daß sie auch ihr Portemonnaie dafür aufmachen müssen, um nicht nur auf Kosten der Stadt Vorteile zu erzielen. Ich hoffe, daß der Magistrat dieser Anregung Folge leistet.

Stadt. Sachs erwidert darauf, daß Verhandlungen über Beiträge mit den Adjazenten gepflogen seien und daß die Anlieger ihre Forderungen für Grundstücke ermäßigt haben.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage des Ausschusses:

Stadt. Rieffel berichtet über die Vorlage betr. die Enteignung des zur Verbreiterung des Platzes am Rosenthaler Thor erforderlichen Straßenlandes des Grundstücks Elffersstraße 1, Ecke Brunnenstr. 198. Der Ausschuss beantragt:

Die Versammlung lehnt den Antrag des Magistrats wegen Erwerb des zur Verbreiterung des Platzes am Rosenthaler Thor erforderlichen Straßenlandes des Grundstücks Elffersstr. 1, Ecke Brunnenstr. 198, im Wege der Enteignung ab und ersucht den Magistrat, mit den Eigenthümern des Grundstücks zwecks Herbeiführung einer gütlichen Einigung zu verhandeln. Ueber das Ergebnis richtet die Versammlung einer anderweitigen Vorlage entgegen.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte danach. Der Etat der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch pro 1896/97 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 246 692 M. ab. Der Magistrat beantragt, die Bedingungen für die Einfuhr frischen Fleisches behufs größerer Sicherheit der Unternehmung zu verschärfen und unterhandelt darüber mit den Staatsbedörden. Der Magistrat beantragt, den bisherigen Gebührentarif für das eingeführte frische Fleisch für 1896/97 in Geltung zu lassen. Die Versammlung genehmigt das ohne Debatte und nimmt den Etat en bloc an.

Bei der Vorlage über die Verwendung von Ersparnissen an Pflasterungskosten zur Umplasterung der Memelerstraße beantragt Stadt. Fährndrich daran die Bedingung zu knüpfen, daß der Fahrdamm dadurch nicht enger werde, sondern seine Breite von 15 Metern behalte; er fragt ferner an, ob die

Reinigung der auf beiden Seiten projektirten Promenaden den Hausbesitzern zur Last fallen solle.

Stadtbaurath Föbrecht erwidert, daß die in Aussicht genommene Breite von 12 Metern für den Fahrdamm den Ansprüchen genüge. Für die Anlage einer Mittelpromenade sei die Straße zu eng und deshalb würden an den Seiten Promenaden angebracht werden, deren Reinigung aber der Stadt übertragen werden solle.

Nachdem Stadt. Fährndrich mit Rücksicht auf diese Erklärung seinen Antrag zurückgezogen hat, wird die Vorlage genehmigt.

Die Vorlage, betreffend die Festsetzung von Baufluchtlinien zur Durchführung der Parochialstraße nach der Neuen Friedrichstraße wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Vorlage, betr. die Veräußerung der Grundstücke am Spittelmarkt 47 und die Festsetzung von Baufluchtlinien für den Spittelmarkt am Treffpunkt mit der Wallstraße und dem projektirten Fußgängerwege, sowie für den letzteren.

Stadt. Meyer beantragt, die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen.

Stadt. Kuhlmann meint, daß die Vorlage so gut durchgearbeitet und so oft durchgesprochen sei, daß ein Ausschuss nichts mehr daran verbessern könne.

Stadt. Meyer bleibt aber bei seinem Antrage stehen.

Stadt. Wohlgemuth hält es für wünschenswert, daß diese komplizierte Vorlage in einem Ausschuss darauf geprüft werde, ob alleseitig die Interessen der Stadt dabei gewahrt sind.

Stadt. Kuhlmann bemerkt, daß diese Sache bei der Baufluchtlinien-Festsetzung schon in einem Ausschuss hinreichend besprochen sei.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Skizze zum Neubau der XII. Realschule auf dem Grundstücke Frankfurter Allee 68/71 wird nach kurzer Debatte über einen Antrag des Stadt. Schwabbe auf Ausschussverathung genehmigt.

Schluß 7 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

## Lokales.

Auser verhafteter Kollege Dr. Adoff Braun befindet sich noch im Polizeigefängnis am Alexanderplatz, ohne daß die Ursache seiner Verhaftung bislang bekannt geworden wäre. Auch sonst liegen über diese ebenso räthselhafte als für unsere Rechtszustände bezeichnende Affäre keine Mittheilungen vor, es sei denn, man brächte eine Meldung dämiger Zeitung" zugezogen worden ist. Danach sind zwei Buchbinder und der Hausdiener der Buchbinderei von Kämmerer, bei der die Firma Mittler u. Sohn das Einbinden ihrer Drucksachen besorgen lassen soll, verhaftet worden. Das radonautisemische Blatt, das sein Wort des Tadels wußte, als Adwardt im Judenstintenprozeß die bekannten Briefe dem Gerichtshof vorlegte, erdreistete sich, wieder einmal von Diebstahl zu sprechen. Mit solchem Gesindel muß man sich herumschlagen!

Zum besten der freitenden Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen veranstaltet der Karthaus'sche Gefangenenverein am nächsten Sonntag in Keller's Festsaal (großer Saal) eine Matinee unter Mitwirkung verschiedener Spezialitäten. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pf. festgesetzt. Einer regen Theilnehmung sieht das Komitee dieses Vereins entgegen. Siehe Inserat dieser Nummer.

Die Bevölkerung von Berlin betrug am 2. Dezember 1895 1 677 351 Köpfe. Sie hat sich während der letzten fünf Jahre allerdings nur um 98 557 Köpfe (gegen 268 507 während des Jahres 1885-90) vermehrt; aber die Volkszahl im ebenmässigen weiteren Polizeibezirk von Berlin ist um 166 081, von 1885-1890 dagegen nur um 104 961 Personen angewachsen, und auch in den anderhalb der Grenzen dieses Polizeibezirks gelegenen Vororten der Hauptstadt ist die Volkszunahme in abgelaufenen Jahren eine außerordentlich hohe gewesen, wie die folgende Uebersicht zeigt:

	Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung				
	3. Dez. 1858	1. Dez. 1871	1. Dez. 1885	1. Dez. 1890	2. Dez. 1895
Stadt Berlin . . .	458637	826341	1315257	1575794	1677351
Ortschaften im vor-maligen weiteren Polizeibezirk:					
Rechtes Spreeufer:					
Lichtenberg . . . . .	1890	3244	15554	22905	30801
Strohal . . . . .	165	474	737	1262	1750
Pankow . . . . .	1603	3019	5061	6998	11931
Weißensee . . . . .	228	298	1202	1772	1858
Neu-Weißensee . . . . .	174	169	7309	18032	25176
Seinersdorf . . . . .	228	361	512	502	626
Voglag. - Mummelsbg. . . . .	418	1570	6122	11038	16422
Jungfernheiden, Pöhsen-see (n. Oberförster Tege) . . . . .	36	1268	3108	3094	4511
Nieder-Schönhausen . . . . .	687	1488	2457	2917	3385
Reinickendorf . . . . .	583	1245	7219	10064	10677
Hohen-Schönhausen . . . . .	507	688	1180	1454	1862
Friedrichsfelde . . . . .	1567	2170	3755	5563	6828
Ober-Schönweide . . . . .	83	153	178	159	626
Mühlheide und Oberförsterei Köpenick . . . . .	52	21	61	52	63
Wiesdorf . . . . .	603	717	719	768	915
Tege . . . . .	408	591	1731	2148	2740
Rechtes Spreeufer zusammen . . . . .	8942	17476	57204	83728	119671
Linkes Spreeufer:					
Schöneberg . . . . .	1887	4555	15872	26721	62677
Niedorf . . . . .	3850	8125	22775	33702	59941
Treptow . . . . .	179	364	1178	1780	2835
Tempelhofer m. Ostendehöhe . . . . .	923	1417	3522	5248	6521
Deutsch-Bilmersdorf . . . . .	1027	1662	3616	5164	14850
Charlottenburg . . . . .	11233	19518	42371	76859	132393
Friedenau . . . . .	—	—	2137	4211	7853
Wrih . . . . .	1068	1883	4146	5494	6845
Schmargendorf . . . . .	299	387	657	1591	2223
Steglitz . . . . .	716	1899	8501	12530	16522
Nieder-Schönweide . . . . .	108	174	963	1755	1962
Porsthaus Ranne . . . . .	16	5	11	14	16
Dahlem . . . . .	165	105	149	174	153
Jagdlosh Grünwald, Hundefeld, Pankowborn, Spandauer Spige . . . . .	37	101	444	536	626
Linkes Spreeufer zusammen . . . . .	21503	40200	106342	179779	314917
Uebersicht v. d. w. weiter. Polizeibezirk von Berlin . . . . .	30450	57676	163546	238507	434588

Eine jarte Rücksicht bekunden die Stadtäter den Leuten gegenüber, welchen die Bauplaststeuer ein Dorn im Auge ist. Der zur Verathung über die fernere Behandlung der Bauplaststeuer von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss hat in seiner am Mittwoch unter Vorsitz des Stadtverordneten Heilmann und in Anwesenheit des Kämmers Raab und des Stadtraths Hirsfeldern stattgefundenen Sitzung nach eingehender Erwägung aller thatsächlichen Verhältnisse beschloffen, der Versammlung folgende Beschlussempfehlung zu empfehlen: "Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit an, die Parteien, welche sich bei der Veranlagung der Bauplaststeuer ergeben haben, zu mildern, nimmt aber zur Zeit von einer Aenderung der Bauplaststeuer-

Ordnung Abstand und ermächtigt den Magistrat, die Einziehung der veranlagten und noch zu veranlagenden Bauplaststeuer bis längstens 1. Januar 1897 einzustellen. Die Nothleidenden, die am Dienstag im Zirkus Busch der Welt ihr Leid verkündet haben, brauchen, wenn sie der Regierung mit Beispielen dienen wollen, nur auf die Liebe hinzuweisen, welche die freisinnigen Berliner Stadtäter ihren Hausagrarern unausgesetzt entgegen bringen.

Kellner für die Gewerbe-Ausstellung gesucht. Von dem Kaviarhändler Herrn Zeller Mayer erhalten wir folgende Zuschrift: Es ist nicht wahr, wie Sie in Ihrem Blatte Nr. 42 unter der Ueberschrift Kellner für die Gewerbe-Ausstellung gesucht" gebrachten Ausführungen bemerken, daß ich es den Kellnern bestimme, die Kostüme bei der Firma Baruch u. Co. anzuschaffen, sondern dies ist seitens des Vereins für die Geschichte Alt-Berlins geschehen, wozu ich kontraktlich verpflichtet worden bin. Ferner ist es nicht wahr, daß ich nur 15 Kellner benötige, sondern 20-30, wovon der größte Theil bereits engagirt ist.

Die von Ihnen erwähnte Kautions ist als Sicherstellung für die Tageseinnahmen, wie es bei derartigen Posten gang und gäbe ist und ist es nicht notwendig, dieselbe in baarem Gelde zu hinterlegen, sondern kann auch durch irgend eine Garantie geleistet werden.

Dem Inseriren des Herrn Wolff siehe ich ganz fern; glaube aber im Interesse der Kellner gehandelt zu haben, indem ich mich nicht an gewerbsmäßige Stellenvermittler gewendet habe, die sich nicht mit 20 M. begnügen, sondern 50-100 M. sich geben lassen. Um diesem vorzubeugen, habe ich die Sache einem Privatmann übergeben.

Soweit diese Mittheilungen Herrn Zeller Mayer entlasten, wie dies ja in der Berichtigung über die Anschaffung der altdeutschen Maskenadrentracht der Fall, stehen wir selbstverständlich nicht an, zu erklären, daß wir bedauern, in diesem Falle falsch unterrichtet zu sein. Hier treffen die in Nr. 42 unseres Blattes erhobenen Vorwürfe also die Gesellschaft Alt-Berlin. Aber wie nebenächlich erscheint dieser wesentliche Theil der Berichtigung gegenüber allen den von uns angeführten Thatfachen, die von Herrn Zeller Mayer nicht berichtigt werden konnten.

58 Straßenzüge sollen vom 1. April 1896 bis dahin 1897 in den verschiedenen Gegenden der Stadt neu- und umgepflastert werden und zwar sollen von zehn bisher noch nicht gepflasterten Straßenzügen 8 mit Steinen und 2 mit Asphalt gepflastert werden. Von 47 Straßenzügen, die bereits gepflastert sind und definitives Pflaster erhalten sollen, ist für 35 Strecken Asphalt-pflaster bestimmt, für 2 Polypflaster und für 10 Steinpflaster. In den Asphaltstrecken wird an einzelnen Stellen, namentlich an Brückenrampen und an Pferdebahn-Haltestellen Holz- bezw. Stein-pflaster eingelegt werden. Die Gesamtkosten für diese Arbeiten sind auf 2 325 000 M. veranschlagt.

Die beiden städtischen Volksbadeanstalten in der Thurmstraße 85a und an der Schillingstraße finden, trotz ihrer ärmtlichen Einrichtungen, von Jahr zu Jahr immer mehr Eingang bei der Bevölkerung. Dies findet am besten dadurch seinen Ausdruck, daß für das Etatsjahr 1896/97 bei der ersten Anstalt für die Benutzung derselben 4100 M. und bei der anderen Anstalt 10 200 M. mehr gegen das Vorjahr haben eingestellt werden können. Die bezüglichen Einnahmen betragen 51 000 und 78 000 M. — Und bei alledem geht die Stadtverwaltung in Rücksicht auf die theuren Privatbadeanstalten entsehrlich langsam mit den Einrichtungen neuer und zweckmäßiger Bäder vor.

Der Verein Berliner Presse hielt am 19. d. Mts. eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Herr Sudermann einen am 10. d. Mts. an ihn gerichteten Brief des Präsidenten des Landgerichts I Berlin, Herrn Geh. Justizrath Angern verlas, wonach sechs Mitglieder des Vereins zu gerichtlichen Sachverständigen für journalistische und schriftstellerische Angelegenheiten ernannt worden sind: Die Herren K. Bollrath und K. Groddeck für das Gebiet der politischen Tageszeitungen, Redakteur Gust. Dahms für das Gebiet der belletristischen Zeitschriften, Dr. Oskar Blumenthal für dramatische Arbeiten, Dr. Paul Hempel für Druckarbeiten und technische Fragen, Ernst Wichter für Verlagsangelegenheiten. Letzgenannter soll am 1. April, die erstgenannten fünf Herren werden bereits am 26. Februar vereidigt werden.

Die "Deutsche Warte" sendet uns folgende Berichtigung: Die wiederholt im "Vorwärts" ausgesprochene Behauptung, daß die Honorarsätze der "Deutschen Warte" unzureichende seien, erklären wir wiederholt als unwar. Das Honorarbudget der "Deutschen Warte" betrug ausschließlich der Gehälter für Redakteure und der Honorare für Zeichner 38 417,34 M. und kann sich mit Rücksicht auf den Umfang des redaktionellen Theiles zweifellos mit den Aufwendungen anderer Zeitungen für Mitarbeiter messen. — Diese Zuschrift ist nichts als eine überflüssige Verlegenheitsliste, welche gar nichts besagt. Warum hütet sich die "Deutsche Warte", ihre eigene Zuschrift an die Berichterstatter vom Ende November vorigen Jahres zu widerrufen, in der diesen armen Leuten das Sundhonorar von drei und zwei Pfennigen pro Zeile angeboten wurde? Warum berichtet sie ferner nicht unsere Mittheilung über den Diebstahl, dessen wir sie am 31. Januar d. J. geziehen haben? Und warum berichtet sie endlich nicht die von vielen Blättern gebrachte Meldung, daß ihre Speditore einen neuen Abonnenten das Blatt sechs Wochen lang ohne einen Pfennig Entschädigung zustellen mußten? Einfach, weil diese Thatfachen, welche der Geschäftsführung des Blattes ein so wenig rühmliches Zeugnis ausstellen, unvorderleglich wahr sind.

Eine Bedürfnisanstalt für Frauen befindet sich im Humboldtthain noch immer nicht, obwohl die Errichtung einer solchen längst beschloffen ist. Woran liegt die Verschleppung?

Der Unteroffizier-Familienabend des Gardekorps. Am Mittwoch Abend um 8 Uhr fand, wie bereits erwähnt, eine Zusammenkunft von Unteroffizieren und deren Familien und sonstigen Angehörigen im Wartesaal dritter Klasse Bahnhof Alexanderplatz statt. Es waren ungefähr vierhundert Personen erschienen. Nachdem der Veranstalter dieses Familienabends, Divisionspfarrer Goens, die Auserwählten im Namen des Herrn begrüßt hatte, wurden mehrere patriotische und geistliche Veder gesungen. Die Regimentskapelle des Alexander-Regiments konzertirte zu dem Gesänge der andächtig versammelten Personen und spielte auch in den Zwischenpausen verschiedene Musikstücke. Einige Unteroffiziere trugen schwebende patriotische Gedichte vor. Gegen 1/2 Uhr betrat der Feldwebel Engelbrecht, 6. Kompagnie Regiments Alexander, die provisorisch errichtete "Rednerbühne" und hielt einen längeren Vortrag über seine Reise nach St. Petersburg im Dezember v. J. Wenigleich dieser Vortrag zum Theil einigermaßen interessant war, so machte er doch auch vielfach einen einschläfernden Eindruck. Im Verlaufe des Vortrages zeigte Feldwebel Engelbrecht mehrere Anekdoten, so z. B. seine goldene Uhr, die ihm der russische Kaiser geschenkt hat. Nach dem fast zwei Stunden währenden Vortrag hielt Herr Barrer Goens wieder eine geistliche Rede, und zwar erwähnte er dabei das ewige Leben, Jesus Christus sei der Lichtstern" u. s. w. Ferner meinte der geistliche Herr: "Das Unteroffizierkorps ist die Stütze der Armee, von welchem alles abhängt. Aber wir sind nicht nur die Lehrmeister unseres Volkes, sondern das — Beamtenhum unserer Zukunft", deren Ton das Kommando und deren Sprache der Befehl ist. . . . Dieser Ausspruch erscheint uns sehr bezeichnend. Zum Schluß der geselligen Zusammenkunft wurde gesungen: "Ich bete an die Macht der Liebe." Sodann war mancher froh, als er die freie Straße erreicht hatte, denn mit 300 Soldaten in einem engen Raume zusammengepfercht sein, gehört gerade nicht zu den Annehmlichkeiten dieses

Lebens. Im Laufe des Winters sollen noch zwei solche Versammlungen stattfinden, also theilte Herr Pfarrer Soens den Anwesenden mit.

„Die Literatur und das bürgerliche Gesetzbuch“ so lautet das Thema, welches der Verein Berliner Presse auf die Tagesordnung seiner letzten Sitzung gestellt hatte. Zum Referenten war Herr Assessor Dr. Jul. Lubszynski bestellt. In seinen einleitenden Worten wies dieser darauf hin, daß trotz des gewaltigen Interesses, das sich von allen Seiten dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch gegenüber geltend mache, die Literatur und Presse weder Zeit noch Mühe gefunden habe, zu prüfen, inwieweit das Gesetz ihren eigenen Interessen förderlich oder nachtheilig sei. Nach der ungenügenden Rechtsprechung des Reichsgerichts der Presse gegenüber habe diese allen Grund, eine Reueodifikation mit etwas Mißtrauen entgegen zu sehen; und in der That sei in dem Entwurf, was die Interessen der Literatur und der Presse angeht, manches reformbedürftige vorhanden. Beispielsweise habe die Presse den Abschnitt über den „Dienstvertrag“ mit Aufmerksamkeit zu betrachten. Nachdem der Redakteur in seiner Rechtsprechung durch die Rechtsprechung zunächst zum Gewerbegehilfen degradiert, dann zum Handlungsgehilfen erhoben worden sei, sei er schließlich durch das Reichsgericht auch aus dieser Rechtsphäre hinaus an die „freie Luft“ des Rechts befördert worden, so daß in Zukunft die allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Rechts auch auf ihn Anwendung zu finden hätten. — Nach eingehender, beifällig ausgenommener Erörterung der einschlägigen Bestimmungen des Entwurfs durch den Redner beschloß der Verein, eine Kommission von 15 Mitgliedern einzusetzen behufs Abfassung der notwendigen Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge und beauftragte den Vorstand, die Vorschläge dieser Kommission dem Bundesrathe und Reichstage zu übermitteln. Zu die Kommission wurden gewählt die Herren: Sudermann, Grobbed, Jacobi, Röhner, Leysohn, Lubszynski, Schweigel, Spielhagen, Aug. Stein, Stephan, Voltrath, Wenzel, Wichert, v. Wildenbruch und Julius Wolff.

Der Leseklub Karl Marx veranstaltet am 14. März im Receptsaal eine Gedächtnisfeier des großen Todten, dessen Namen der Klub trägt. Die Feihrrede hält Genosse Diehlmecht, das Konzert wird von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivilberufsmänner, sowie von drei Männerchören und zwei gemischten Chören ausgeführt. Weiter gelangt das Melodrama Columbus zur Aufführung. Das nähere besagt das in der heutigen Nummer befindliche Inserat.

Großes Aufsehen verursacht im Norden der Stadt das Verschwinden des Schwamm- und Rauchwaarenhändlers S. G. Cantrowitsch, dessen Geschäft sich in der Rosenthalerstr. 50 befindet. Der etwa 35-jährige Mann hinterläßt eine Schuldenlast, die auf ca. 500 000 Mark geschätzt wird. Vor 15 Jahren kam G. als armer russischer Kaufmann nach Berlin; er miethete sich in dem obengenannten Hause in der Rosenthaler-Strasse ein kleines Zimmer und betrieb von da aus anfänglich einen Hausirhandel mit Schwämmen. Nach acht Jahren bereits konnte G. als sehr wohlhabender Mann gelten, der nunmehr vier Etagen des Hinterhauses für Lagerzwecke verwendete und welcher durch eine reiche Heirat noch 1/2 Million Mark Mitgift erhielt. Nunmehr, im Besitz umfangreicher Mittel, begann G. zu wuchern; er diskontirte Wechsel zu hohen Zinsen, hatte jedoch dabei wenig Glück, denn er verlor u. a. bei Konacher, Café Bauer und zuletzt bei dem Rechtsanwalt Friß Friedmann kolossale Summen. In den letzten zwei Jahren hat G. sein ganzes Vermögen zugeföhrt, er wußte sich darauf durch Gefälligkeitswechsel bedeutende Kapitalien zu verschaffen. So hat ein einziger Freund des Wuchers allein 200 000 M. durch derartige Aktepte verloren. Bereits am Sonnabend, den 8. Februar verließ G. Berlin, ohne seine junge Frau von dem Ziel seiner Reise verständigt zu haben. Telegraphische Nachfragen in Hamburg, Leipzig und anderen Orten, in welchen G. etwa zu thun haben konnte, waren erfolglos und es wird angenommen, daß der Schwammhändler mit Verachtung seines Vermögens in das Ausland geflüchtet ist. Die Flucht sei erklärlich, weil G. eine bei ihm lombardirte erste Hypothek ohne Wissen seines Schuldners und den Erlös für sich verwendet haben soll.

Wie die Große Pferdebahn-Gesellschaft es versteht, einmal eingefaktes Geld festzuhalten, davon giebt der folgende drastische Fall Kunde. Eine Dame, die sich Ende Januar ein Abonnement für den Monat Februar gelöst hatte, erkrankte plötzlich noch am selben Tage so bedenklich, daß sie auf Anordnung des hinzugezogenen Arztes für mehrere Wochen das Bett hüten mußte. Da somit keine Aussicht vorhanden war, die Fahrkarte zu benutzen, bat die Kranke, unter Beifügung des ärztlichen Attestes, die Pferdebahn-Direktion nicht etwa um Zurücksendung des eingezahlten Geldes, sondern nur um die Ueberweisung der für diesen Monat geltenden Karte auf den Monat März — ein gewiß gerechtfertigtes Verlangen. Der Abonementin wurde jedoch die Karte mit dem kategorischen Bemerkern zurückgeschickt, daß eine Auktorkaufung der jetzigen auf den Kalendermonat lautenden Karten nicht statfinde. Die Pferdebahn-Gesellschaft heinst also eine immerhin in betracht kommende Summe ein, ohne dafür eine Gegenleistung zu gewähren. Das mag profitabel sein, anfänglich ist es aber nicht.

In Moabit brannte es auch am Donnerstag. Morgens um 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Epenerstr. 17 gerufen, wo gleichzeitig in dem Dachstuhl des Quergebändes und in demjenigen der Seitenflügel Brände entstanden waren. Bei Eintreffen der Löschmannschaften hatte das Feuer bereits eine solche Ausdehnung angenommen, daß eine Dampf- und zwei Handdruckpumpen mit insgesamt vier Hähnen in Thätigkeit treten mußten. Eine weitere Ausdehnung des sehr wahrscheinlich durch Brandstiftung hervorgerufenen Feuers konnte durch das energische Eingreifen unserer Löschmannschaften verhindert werden.

Zur Brandstiftungsepidemie. In Schöneberg wurden vor einigen Tagen an zwei Häusern der Bahnstraße (Nr. 8 und 10) Jettel angeklebt, auf denen Brandstiftungen angekündigt wurden. Infolge dessen bewachte man die Häuser drei Tage lang sorgfältig. Als dann die Bewachung aufgegeben wurde, entstand am nächsten Morgen auf dem Boden des einen Hauses thätlich Feuer, das allerdings bald gelöscht werden konnte.

Die auf Ermittlung der Brandstifter in Moabit ausgesetzte Belohnung von 300 M. ist auf 1000 M. erhöht worden. Unter den Brandstiftung verdächtigen Personen befindet sich ein etwa 19 Jahre alter bartloser Mann, welcher am 18. Februar dieses Jahres zwischen 2 1/2 und 3 Uhr nachmittags die Treppe zum Boden des Hauses Flensburgerstr. 12 kurz vor dem Brande hinaufgegangen ist und drei bis vier ziemlich dicke Bücher mit schwarzem Einband unter dem Arm getragen hat.

Denunziation. Der Maurer Rudolf Kaufmann, Brunnenstraße 104, sah vor wenigen Tagen neben anderen Leuten in einer Gastwirtschaft, als eine Liste unter den Anwesenden herumging, auf der zum besten eines auf den Bauten der Gewerbe-Ausstellung verunglückten Arbeiters Unterstützungsbeträge gesammelt wurden. Als Kaufmann die Liste erhielt, verweigerte er nicht allein die Zahlung eines Beitrages, sondern holte auch einen Schuhmann herbei, der den Arbeiter, welcher die Liste herumgereicht hatte, notiren sollte. Der Beamte mußte natürlich seiner Pflicht nachkommen und der Arbeiter, der sich um die Unterstützung seines kranken und notleidenden Kollegen bemüht hatte, erhielt ein auf drei Mark lautendes Strafmandat wegen unerlaubten Kollektivens zugesellt.

Zu der Liebestragödie in der Schönleinstr. 28 wird berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß Hilpert seine Geliebte mit deren Einverständnis getödtet habe. Spuren eines Kampfes sind in der Küche gar nicht wahrzunehmen, auch hat man Hiltseuse oder dergleichen nicht gehört.

Das Gerücht von der Verhaftung des Mörders des Knaben Burr war gestern in Berlin verbreitet. Wir erfahren darüber folgendes: Gestern Abend gegen 7 Uhr lag in der Alten Jakobstraße ein Mann von einem Pferdebahnwagen, als plötzlich der Ruf laut wurde: „Das ist der Mörder aus Rigdorf“. Der Fremde flüchtete, verfolgt von einer großen Menschenmenge, nach dem Hause Stallschreiberstr. 12 und verschwand in dem Gebäude spurlos, wiewohl ein größeres Aufgebot von Schenkboten die Etagen desselben sorgfältig durchsuchte. Später wurde zwar ein Mann in der Stallschreiberstraße verhaftet, der mit dem Beschlichenen identisch sein sollte, doch wurde derselbe, da er sich als hier wohnender Kaufmann legitimirt hatte, sofort entlassen.

Eisenbahnunglück. Das Eisenbahn-Betriebsamt der Stadt- und Ringbahn theilt mit: Donnerstag früh 5 Uhr 50 Min. fuhr auf Station Friedrichsberg der von Station Weiskensee kommende Güterzug 4007 infolge Nichtbeachtens des Haltsignals durch den Maschinenführer mit dem nach dem Rangirbahnhof Nummernburg gerade ausfahrenden Ueberführungszug 4140 zusammen, wodurch beide Mittelgleise gesperrt wurden. Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend. Der Verkehr konnte nach beiden Richtungen um 10 Uhr 40 Min. wieder aufgenommen werden.

Der Direktor der königlichen Pulverfabrik in Spandau, Major Simon, ist am Donnerstag auf dem Spazierritt durch einen Sturz mit dem Pferde verunglückt; er wurde schwer verletzt und bewußtlos nach seiner Wohnung gebracht.

Ausgehend an Vergiftung ist Mittwoch Nachmittag gegen 5 Uhr in einem Gasthose in der Juvallidenstraße ein unbekannter 40-jähriger Mann gestorben. Der Fremde hatte kaum den Gasthof betreten, um sich ein Zimmer anweisen zu lassen, als er auf dem Flur des ersten Stockes, wo er den Abort aufsuchen wollte, zusammenbrach. Man trug ihn in ein Zimmer, legte ihn auf ein Bett und holte einen Arzi herbei. Als dieser kam, war der Mann schon todt. Der Staatsanwalt ließ die Leiche beschlagnahmen.

Mit Sublimat hat sich am Dienstag der Tapezierer Waldermar Becker aus der Andraestr. 52 getödtet. Was den 55 Jahre alten Mann, der verheiratet war und in geordneten Verhältnissen lebte, in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Pfarrer Kneipp aus Brühlhofen will Anfang März wiederkommen, um den Berlinern seine Wasserweisheit zu predigen.

Verloren gegangen ist die Sammeliste für die ausständigen Arbeiter an Holzmaschinen Nr. 148, auf der 4,90 M. gezehnet sind. Der Finder wird gebeten, die Liste Annenstr. 16 im Gewerkschaftsbureau abzugeben.

Jungen gesucht! Die Personen, welche Jengen der Mißhandlung waren, welche am Montag Abend in Wilmersdorf ein dortiger Gendarm an zwei Charlottenburger Einwohnern begangen hat, werden dringend gebeten, sich bei Johann Wassen, Charlottenburg, Goethestr. 27, zu melden.

### Witterungsübersicht vom 20. Februar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C) (°F) (°R).
Swinemünde	771	EO	6	heiter	-3
Hamburg	766	EO	5	bedeckt	-1
Berlin	769	EO	4	heiter	-3
Wiesbaden	763	D	1	heiter	0
München	764	D	3	bedeckt	-3
Wien	768	EO	2	bedeckt	-1
Saparanda	775	SW	2	bedeckt	0
Petersburg	784	EO	1	bedeckt	-13
Oslo	754	WNW	4	heiter	6
Aberdeen	752	SW	5	bedeckt	7
Paris	758	EO	2	bedeckt	9

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. Februar 1896. Ziemlich heiteres, ein wenig kälteres Wetter mit frischen südsüdlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Gerichts-Beitung.

Mit einem biblischen Zitat kündete ein in Kiel wohnender Geschäftsmann den Umbau seines Geschäftslotals in sämtlichen in Kiel erscheinenden vier Tageszeitungen an. Die Staatsanwaltschaft erblickte in dem Anfang des betr. Inserats einen Mißbrauch biblischer Worte und zitierte sowohl den Geschäftsmann als auch von den vier Zeitungen je einen Vertreter vor das Schöffengericht. Diefes billigte auch die Ansichten des Amtsanwalts, ersch in der Anwendung der drei Worte eine Verhöhnung der Religion und verurtheilte den Geschäftsmann als Urheber zu 150 M. Geldstrafe, event. für je 5 M. einen Tag Gefängnis. Der Verantwortliche des „Zentralanzeiger“ bekam 50 Geldstrafe, während die Vertreter der „Nord-See-Zeitung“ und der „Kieler Zeitung“ freigesprochen wurden, da sie nachweisen konnten, daß sie nicht für das in Frage stehende Inserat verantwortlich seien. Unfer im Gefängnis sitzende Genosse Ströbel lehnte die Verantwortung ab, weshalb seine Sache vertagt wurde. Interessant ist nunmehr bald, was überhaupt nicht strafbar ist.

### Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch, den das Berliner Gewerbegericht als Eingangsamt in Sachen des Streiks der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Berlins gefällt hat, wird besonders deshalb vielfach auf Widerspruch stoßen, weil er nicht den Neunstundentag, sondern nur die 9/10-stündige Arbeitszeit bewilligt. Wir wissen ferner, wie schmerzlich es den so klaffenbewußten Arbeitern dieser Branche fallen muß, auf die Forderung nach Freigabe des 1. Mai Verzicht zu leisten. Trotzdem möchten wir den Streikenden empfehlen, den Schiedspruch anzunehmen. Immerhin ist durch ihn eine halbe Stunde und Sonnabends eine ganze Stunde gewonnen, während der Lohn der bisherige bleibt, und eine etwas höhere Bezahlung der Ueberstunden ist ebenfalls zugebilligt. Das sind Errungenschaften, die man nicht unterschätzen soll.

Lohnbewegung der Tischler Berlins. Entgegen der Behauptung, die Herr Tischlermeister Meißner in der Versammlung im Proter aufstellte, daß sich mehr Arbeiter im Auslande befinden, als in Arbeit wären, können wir mittheilen, daß bis gestern Abend in 697 Werkstätten mit zusammen 7496 beschäftigten Arbeitern sämtliche Forderungen der Tischler bewilligt worden sind, während sich noch nicht ganz 1000 Tischler im Streik befinden, die sich auf 143 Werkstätten verteilen. Bei diesem günstigen Ergebnis ist noch zu beachten, daß gestern erst der vierte Streiktag war.

Bei der Firma Hoppner hat die Mehrzahl der Tischler jetzt auch die Arbeit niedergelegt.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes veröffentlicht folgenden Aufruf: Unsere Bewegung nimmt einen erfreulichen Verlauf, täglich wird die Zahl derjenigen Kollegen größer, die unsere aufgestellten Forderungen bewilligt erhalten haben. Aber eine ganze Anzahl Kollegen sind vorhanden, die sich unserer Bewegung nicht anschlossen. Theils haben sie wohl die Erfolge unserer Thätigkeit und unserer Opfer für sich ausgenutzt, indem sie die aufgestellten Forderungen ebenfalls von ihren Meistern bewilligt bekamen, es aber nicht für nothwendig halten, Meldung davon an unser Bureau Sebastia nstr. 39 gelangen zu lassen, geschweige denn ein Scherlein für die Sicherung unserer Erfolge beizutragen; theils ist eine Anzahl Kollegen noch derart indifferent und muthlos, die Forderungen überhaupt nicht zu stellen. Hier gilt es einzusehen. Sollten unsere bisherigen Erfolge, insbesondere eine gleichmäßige Arbeitszeit, von Dauer sein, so muß jeder Kollege seine Schuldigkeit thun. Bericht nach unserem Bureau über alle diejenigen Werkstätten, von welchen Ihr wißt, daß sich dort die Kollegen der Bewegung noch nicht angegeschlossen haben; agitirt überall unter den Kollegen, die noch indifferent unserer Organisation gegenüberstehen; beweist, daß Ihr erkannt habet, daß nur in geschlossenen Reihen Besserung Eurer Lebenshaltung erreicht werden kann. Vergeßt aber auch nicht, eifrigst zu dem Streikfonds beizutragen, denn nur mit genügenden Mitteln ist eine Bewegung wie die unsere zu halten.

Zu der Nähmaschinen-Fabrik von Laborenz in Rigdorf, Knefeldstraße, haben am Donnerstag sämtliche Möbelpolirer bis auf drei die Arbeit niedergelegt, weil vier Kollegen gemäßregelt worden waren.

Verloren gegangen ist die Liste Nr. 1988 der Konfektionsarbeiter Berlins (ungezeichnet), angesetzt am 15. d. M. Sie ist anzuhalten und an die Fäher-Kommission zu senden.

Zu Guben haben infolge von fortgesetzten Lohnreduktionen 106 Weber und Weberinnen der Tuchfabrik von Bernhard Lehmann die Arbeit eingestellt.

Zu Zwickau haben sämtliche Steinmehrer des Bau-meisters Wolf die Arbeit wegen Lohnminderung und unpassender Behandlung durch den Werkführer eingestellt, nachdem ihre Versuche, die Angelegenheit in Güte zu regeln, zurückgewiesen worden waren.

Zu der mechanischen Bindfadensfabrik in Schaffhausen in der Schweiz sind die Hechler in den Ausstand getreten. Ursache der Differenzen war die unwürdige Behandlung der Arbeiter durch den Hechelmeister. Fast sämtliche Streikende waren schon mehrere Jahre im Geschäft thätig, während der betreffende Meister erst seit 1. Dezember v. J. angestellt ist. Ausständig sind zehn Mann, darunter fünf Verheiratete. In Arbeit steht noch ein Mann. Die „Arbeiterunion“ Schaffhausen steht aufseiten der Ausständigen und wird den Streik leiten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Zuschriften sind zunächst zu richten an den Allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein in Schaffhausen.

### Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Sattler tagte am 19. Februar bei Brodnow, Sebastiansstraße. Zunächst machte Pörsch der Versammlung die Mittheilung, daß die Lohn- und Agitations-Kommission dem Aufrage gemäß die Resolution, welche die Zurücknahme sämtlicher Lohnherabsetzungen auf deutsche Militärarbeit, Abschaffung bezwecklich Einschränkung der Hausarbeit, Befestigung der Gefängnisarbeit u. s. w. forderte, mit ausführlicher Begründung der Forderungen den Militäreffekten-Fabrikanten zugefandt hat. Die einzige Antwort, die bisher darauf erfolgte, besteht darin, daß auf einige Artikel von dem schon spärlichen Lohn noch weitere Abzüge gemacht wurden. Die Herren Fabrikanten haben sich also nicht veranlaßt geföhlt, überhaupt darauf zu antworten. Alle Anwesenden waren sich darin einig, angeht die großen Streiks in anderen Gewerkschaften, in eine Lohnbewegung trotz der herausfordernden Handlungsweise der Fabrikanten nicht einzutreten; vielmehr sollen die Arbeiter in den einzelnen Werkstätten darauf achten, daß, wenn keine Lohnherhöhung erzielt werden kann, mindestens die Löhne nicht noch mehr gedrückt werden. Von verschiedenen Rednern wurde das Verhalten der Innungsmeister beleuchtet, die in den Quartals-Versammlungen für die Hebung des Handwerks eintraten und für die Abschaffung der Gefängnisarbeit petitioniren, dann aber, wenn sie von derartigen Versammlungen nach Hause kommen, Arbeit nach den Gefängnissen schicken. Obermeister Cobau soll in dieser Beziehung außerordentliches leisten. Hierauf wurde mit der Begründung, daß in dieser Branche, ähnlich wie in der Konfektion, die Hausindustrie immer mehr überhand genommen hat und sich infolge dessen Zustände herausgebildet haben, die unhaltbar sind, der Beschluß geföhlt, die Lohn- und Agitationskommission zu beauftragen, mit der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, hierzu im Reichstage Stellung zu nehmen. Da hauptsächlich staatliche Arbeiten in betracht kämen, so sei zunächst zu fordern, daß die Regierung die Arbeiten nur an solche Fabrikanten zu vergeben hat, die Betriebswerkstätten eingerichtet haben und auch die sonstigen Bedingungen der Arbeiter erfüllen: Einrichtungen, wie sie ähnlich in England bereits bestehen. An das Kriegsministerium hatte die Kommission vor längerer Zeit eine diesbezügliche Petition abgesandt, die aber bis jetzt, trotz wiederholter Anfragen seitens der Kommission, unbeantwortet geblieben ist. Eine längere Diskussion entspann sich sodann nach dem Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission über die Vorkommnisse gelegentlich des Schöneberger Sattlerstreiks. Pörsch führt dies auf verschiedene Mißverständnisse zurück, die zwischen ihm und Millarg in der Kompetenzfrage vorhanden waren. Zum Delegirten zur Gewerkschaftskommission wurde alsdann Pörsch, als Vertreter Lannhause n gewählt.

Hierauf folgte die Berichterstattung der Agitationskommission. Aus derselben war zu entnehmen, daß im Laufe des Jahres 20 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Die Kommission hat ihre Aufmerksamkeit besonders der Sonntagarbeit zugewandt und war dadurch gezwungen, 25 Uebertretungen zur Anzeige zu bringen. Ferner hat die Kommission die Agitation unter den Koffer-, Wagen- und Treibriemen-Arbeitern entfaltet, leider nur mit geringem Erfolg. In die Kommission wurden hierauf nenerwählt die Kollegen Kuhnschick, Schinkli, Pörsch, Siebler und Düsterwald.

Herr Woffe bestritt in einer uns zugefandten Berichtigung, daß die bei ihm beschäftigten Zuschneider die niedrigsten Löhne in der Branche beziehen. Die dahingehende Mittheilung in der Versammlung der Wäsche- und Kravattenarbeiter und -Arbeiterinnen seien unrichtig.

Charlottenburg. Hier tagte am 16. Februar eine gut besuchte Versammlung, in der Frau Mesch in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Gleichstellung der Geschlechter sprach.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht am Freitag, Sächs. Schulz, Waldemarstr. 14: Nacht-Unterricht, Nord-Schule, Müllerstr. 17: Geschichte, Beginn 9 Uhr, Schluß 10 Uhr. Die Schulräthe sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.  
Wanderklub „Kaiser-Kuhel“. Jeden Freitag abends 9 Uhr bei W. Schick, Reindbergstr. 42.  
Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlins und Umgebung. Sitzung am Freitag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Lorenz, Kopenstr. 47.

**Vermischtes.**

Wer am 29. Februar geboren ist, hat allen Anlaß, seinen Geburtstag in diesem Jahre mit besonderem Glanze zu feiern. Er wird eine achtjährige „geburtstagslose“ Periode zu durchleben haben, denn der nächste 29. Februar trifft nämlich nicht, wie das sonst auf Schaltjahre zutrifft, in vier, sondern erst nach acht Jahren, das ist 1904, ein.

In Danzig hat sich, wie man der „Tal Rundschau“ telegraphirt, der Direktor der Artillerie-Verkauf, Major Abel, Mittwoch erschossen. Der Selbstmord des Offiziers erregt großes Aufsehen. Die Gründe der That sind unbekannt.

112 Jahr alt starb, der „Ostf. Presse“ zufolge, am 18. Februar der älteste Bürger Wroclschens (Provinz Posen), der frühere Handelsmann Salomon; er feierte seinen Geburtstag im vergangenen Herbst.

Modernes Bauwesen. Aus Graz wird der „Voss. Ztg.“ berichtet, daß die vor zwei Jahren erbaute Genbarmerleaserne einzustürzen drohe. Da das Holzwerk vermodert ist, sind Mauern und Decken geborsten. Sicherheitsmaßregeln wurden vorgenommen; die in der Kaserne wohnende Mannschaft war in größter Lebensgefahr und wurde evakuiert. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Vergiftung durch Kohlenoxydgas. Der „Boigtländische Anzeiger“ meldet: In Aich (Wöhren) wurde die ganze Familie Feiler, aus 5 Personen bestehend, durch Einathmen von Kohlenoxydgas vergiftet. Die zwei Töchter der Familie sind todt, die beiden Söhne blieben bisher bewußtlos. Die Mutter, welche theilweise das Bewußtsein wiedererlangt hat, sagte aus, sie habe ihre beiden Töchter, die mit ihr in einem Bette lagen, sterben sehen; sie habe aber nicht die Kraft gehabt, sich zu rühren oder einen Laut von sich zu geben.

Von einer grauenhaften Dynamitexplosion wird aus Johannesburg im afrikanischen Burenlande berichtet:

In Biedendorp, einer ärmlichen Vorstadt Johannesburgs, fand am Mittwoch eine schreckliche Dynamitexplosion statt. Der ganze Stadtheil ist von Erdboden versunken, hunderte von Häusern liegen in Trümmern, der Verlust an Menschenleben ist vorläufiglich fürchtbar. Ein starkes Polizei-Aufgebot und Einwohner Johannesburgs sind eifrig beschäftigt, die Leichen zu bergen. In allen Häusern Johannesburgs sind die Fenster zertrümmert. — Eine weitere Depesche meldet über den entsetzlichen Vorfall: Das Dynamit, durch welches die furchtbare Explosion hervorgerufen wurde, füllte 3 Güterwagen, die im Augenblicke der Explosion gerade rangirt wurden. Durch die Explosion wurde ein großes Loch von ungefähr 80 Fuß Tiefe in die Erde gerissen. Alle Häuser im Umkreis von einer halben Meile sind dem Erdboden gleich gemacht. Bis jetzt sind 40 Leichen aufgefunden, welche größtentheils entsetzliche Verwundungen aufweisen; das Durchdringen der Trümmer hat eben erst begonnen. 200 Schwerverwundete wurden ins Hospital gebracht, wo schon mehrere ihren Verletzungen erliegen sind. Wie man glaubt, befinden sich nur wenig Weiber unter den Getödteten.

Aus London liegt noch folgendes Telegramm vor: Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Pretoria: Hier sind Listen zur Einzeichnung von Beiträgen zur Unterstützung der Opfer der Dynamit-Explosion aufgelegt worden. In verschiedenen Geschäften und an der Börse sind bereits 60 000 Pfund gezeichnet worden.

Die „Times“ melden aus Johannesburg, es werde behauptet, daß 100 Menschen umgekommen seien; es sei jedoch unmöglich, eine bestimmte Zahl anzugeben.

Bei dem Feuer auf dem Maskenballe des Künstlerklubs in Santarem, über das wir gestern unter Depeschen berichteten, sind, wie weiter aus Lissabon berichtet wird, im ganzen 40 Personen getödtet. Die Zahl der Verwundeten ist beträchtlich.

In Kiew ist am Dienstag das große National-Theater, in welchem zumeist russische Opern aufgeführt werden, bis auf den Grund niedergebrannt.

Arbeiterrevolte. Aus Denver in Colorado wird telegraphirt: In der Kohlengrube „Vulkan“ im Bezirk Newcastle fand eine Gasexplosion statt. 53 Grubenarbeiter sollen getödtet sein.

Erziehungstheorie aus dem 16. Jahrhundert. Ein merkwürdiges Altesbuch aus dem sechzehnten Jahrhundert ist die letzte Vermahnung der Freiin v. Aulich an ihre Töchter Anna Kunile und Christine Gödile. In diesem Schriftstück, das zu Braunschweig verfaßt ist, sind die Erziehungstheorien jener Zeit aufgezeichnet. So warnt die edle Dame vor der Literatur des Tages: „Leset ihr Bienen nicht in den gelbes Lichtfertigen Bökern, da soll voll Säuren inne sein, hat will ich durcht nicht haben um ih ut nicht nötig; denn bei jud von unsern Herrn God bescheert ist, bei schull jud woll woren, dat ju in dei Bökern nicht lan lesen bedürret, denn ut solchen Bökern komt arge Gedanken un ut dei Gedanken komt böse Daten.“ Dann kommt die würdige Frau auf die jungen Männer. „Wenn dei Junggesellen kommen, so lat jud nicht seien (sehen), bis ju zu Tische geht, so macht einen sitigen Knick.“ Dann sollen sie ihre Augen vor sich nieder schlagen, die Hände vor ihren Leib halten und die jungen Männer bei Leibe nicht ansehen. Wenn dieselben aber ihre Hand fassen, sollen sie solche wegziehen und unter die Schürze stecken. Die Töchter sollen ferner auch nicht aufsehen, sich bei Tisch in kein Gespräch einlassen und die Beine still beisammen halten, den Kopf nicht regen, wenig essen und nur einmal trinken; sie könnten ja vordem auf ihrer Kammer essen. Wenn einer zu ihnen sage, daß er sie lieb habe, sollen sie antworten: „Ob Ihr mich lieb habt oder nicht, das eine ist mir so lieb wie das andere.“ Wenn sie jud nicht in Friede laten wallu un mit jud leddern (mit euch plaudern), sagt also: „Packt jud wech un lat uns mit Friede“ oder „Ja schlae jud ut de Saat, ju unbescheidene Gels.“ — Ganz so unmanierlich fromm, wie es die brave Freiin empfiehlt, sind wohl auch zu jener Zeit die jungen Damen nicht gewesen.

Wenn die Bibel „gründlich“ revidirt wird. Der Erziehungsrat von Chicago hat, wie die „Vossische Ztg.“ meldet, eine „revidirte Bibel“ zum Schulgebrauch, in der alle im geringsten anstößigen Stellen ausgemergelt sind, herausgegeben. Die Revision ist jedenfalls gründlich ausgefallen. Das salomonische Lied ist gänzlich ausgelassen worden, ebenso die Erzählungen von Jakob und Sarah. Die Psalmen sind arg beschnitten worden. In der Geschichte von Josef ist natürlich auch das Polipharsche Kapitel gestrichen. Die revidirte Bibel beginnt mit dem 81. Verse des zwölften Kapitels von Markus. Dann kommt das zehnte Kapitel von Markus, darauf die Sprichwörter und das Buch Hiob. Die ganze neue Bibel hat nur 200 Seiten.

Ein Billardsaal — in der Kirche. Nordamerikanischen Blättern zufolge hat der Pfarrer von Windsor im Staate Ontario in Kellerraum der Kirche des Ortes einen Billardsaal eingerichtet. Diese Thatfache soll als Anziehungsmittel für die zerstreuten jugendlichen und ländliche Jugend dienen und sie vom Besuch der Wirthshäuser abhalten. Wenn eine genügende Anzahl junger Leute sich am Billardspiel ergötzt, zu welchem auch Bier, jedoch kein Branntwein, verköhnt wird, erscheint der Küster und meldet, daß „oben“ alles bereit sei. Sofort wird die Billardmüne von der Kirchmüne verdrängt, die reinigen Säuber gehen paarweise geordnet nach „oben“, wo der Herr Pfarrer schon ihrer wartet, und nach Abführung eines Liedes beginnt die Predigt. Nach derselben darf jedoch niemand wieder nach „unten“ gehen, die Reuigen müssen die Kirche verlassen und erhalten erst wieder am entgegengesetzten Ende der Kirche Eintritt in den Billardsaal.

**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (welcher Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr statt.

W. W. Die Stadtbahn ist 1882 dem Verkehr übergeben worden.

Wassermann. Ihre Angelegenheit ist privater Natur und geht die Redaktion nichts an.

A. Dopyman. Wiederholen Sie die Frage unter R. S., Desrich, dieselbe ist uns unbekannt.

L. A. S. Sie hatten als Besteller. — 124 P. T. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. — Rechtschut. 1. Auf grund schriftlicher Vollmacht ja. 2. Ja. — J. M. 40. 21 Jahre. — P. W. 100. Die Höhe der Kosten in einem Zivilprozeß hängt von der Höhe des Streitgegenstandes ab. Wer in einem Verfahren bei einem Schiedsgericht die Kosten trägt, bestimmt dieses. — S. Annenstr. 12. Wenden Sie sich an die dortige Polizeibehörde. — Mannhstr. 8. 1. Uns unbekannt. 2. Die zuständige Stelle ist die Gewerkschaft. — Krenzw. Wenn Sie Bier in Ihrem nicht konzessionirten Lokal trinken lassen, so machen Sie sich steuer- und straffällig. Nach Annahme der Gerichte ist es Ihre Pflicht dafür zu sorgen, daß das Flaschenbier nicht in Ihrem Lokal getrunken werde. — A. S. 157. C. R. 11. T. M. W. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — G. W. M. 1. Der Vormund. 2. Amtsgericht. 3. Das Armenrecht erwirkt der Vormund dadurch, daß er sich vom Vormundschaftsrichter die Bescheinigung der Unfähigkeit die Kosten zu tragen ertheilen läßt und dann beim Gericht Bewilligung des Armenrechts nachsucht. — Goldf. Sie müssen zahlen. — F. R., Rixdorf. 1. Selbstredend nein. 2. Ja. — B. R. Leider nein. — W. A. Eine Klage hätte leider wenig Aussicht auf Erfolg. — W. Zimmermann, Rixdorf. In beiden Fällen wäre Antragsgeld zu zahlen, eine Klage auf Lohnzahlung aber wenig aussichtsreich.

**Briefkasten der Expedition.**

Verlag, Löpfer. 4 M. dem Kassirer der Postarbeiter übermittel.

**Rixdorf. Rixdorf.**  
**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstraße 55.  
Tages-Ordnung:  
Bericht der Kommission über ihre Thätigkeit am Ort und welche Maßnahmen geboten sind gegen diejenigen Meister zu unternehmen, die unsere Forderung nicht bewilligen.  
Das Erscheinen eines jeden Kameraden ist erwünscht.  
Die Kommission. J. A.: Beyer, Rixdorf, Rosenstr. 5.

**Achtung! Genossen Berlins! Achtung!**  
Sonntag, den 14. März, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
im Feen-Palast, Burgstraße Nr. 22, Ecke Wolfgangstraße:  
**Gedächtnisfeier für Karl Marx**  
veranstaltet vom Vesklub „Karl Marx“, 100/13  
**Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert**  
ausgeführt von Mitgliedern  
der Freien Vereinigung der Juvil-Berufsmusiker, Dirigent: B. Graf,  
unter Mitwirkung der Gesangsvereine:  
„Alpenveilchen“, „Frena I“, „Nordwacht“, „Olympia“  
und „Norddeutsche Schilfe“. Dirigent: R. Blobel.  
**Festrede, gehalten von W. Liebknecht.**  
U. a. gelangt zur Ausführung: „Columbus“  
Billet 30 Pf. Nach dem Konzert: **Ball. Billet 30 Pf.**

**Achtung! Achtung!**  
Sonntag, den 23. Februar 1896, mittags 12 Uhr,  
in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29:  
**Grosse Matinée**  
zum besten der Freikundigen 68/18  
**Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
Veranstaltet vom Karthaus'schen Gesangsverein  
unter gütiger Mitwirkung verschiedener Spezialitäten.  
Eröffnung 11 Uhr. Anfang 12 Uhr. Billet 20 Pf

Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich wieder einen  
**Kalbsteisch-Verkauf**  
eröffnet habe. Bei Bedarf bitte um geneigten Zuspruch. 2776b  
Franz Schulze, Wienerstr. 16, a. Plab.  
**Brockhaus', Meyer's**  
Orgeln, Drehm's Tierleben, Weltgeschichte, Bücher, ganze Bibliotheken  
kauf Antiquariat Rochtr. 56, I. [30/1\*  
**Pianinos am billigsten**  
330 vorräthig.  
Dittich, Französische Straße 9.  
Bilale Potsdam, am Bassin 11.

**Guten Morgen!**  
Lade zum Kauf bei mir ergebnst ein.  
**Carl Schindler**  
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.  
(Nordb., Vildre, Cognac, Rum, Ungarw.)  
Verzughalber verl. u. Muschelwirthsch. spottbill. Invalidenstr. 157, II. I.  
Freunden u. Bekannten empfehle mein  
Weiss- und Baisisch-Bierlokal sowie  
Bereinszimmer. Ernst Mähle, Koppenstraße 41, früh. Brückner. 2772b

**Schäftebrauche.**  
Sonntag, 22. Febr., abends 9 Uhr,  
**Versammlung**  
bei Wernau, Rosenthalerstraße 57.  
Zahlreiches Erscheinen nöthig.  
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Dienstag früh 7<sup>1/2</sup> Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, **Hugo Christian**, im Alter von 59 Jahren nach kurzen Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr von der Leichenhalle Prinzen-Allee aus statt.

**Dankagung.**  
Für die Theilnahme beim Begräbnis meiner geliebten Tochter  
**Anna Hirse** 2772b

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank; besonders dem Herrn Redner Manasse, sowie dem gesamten Personal der Deutschen Ostfabrik und dem Gesangsverein Kaiserlicher Männerchor. Dank auch für die vielen schönen Kranzspenden.  
Ww. Hirse, geb. Book, nebst Söhnen.

**Täglich**, (auch Sonntags vorm. von 7—9 Uhr): 44292\*  
**Verkauf von gedöhtem Rind- u. Schweinefleisch à 30—40 Pf. pr. Pfd., Ia. Berliner Bratenjshmalz à 45 Pf. pr. Pf. und bestem Speisetalg à 35 Pf. per Pfd.**  
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof.

**Sophastoff-Neite**  
zu Bezügen ausreichend in Phantastie, Rips, Damast, Crépe, Gobelin, Moquette und Blüsch sowie Satteltaschen spottbillig.  
**J. Adler**  
Toppich-Fabrik, W. Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause.  
Marten's Friedrichstadt. Casino, Friedrichstr. 238. Jeden Freitag: **Norddeutsch. Sängers-Soirée** Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Privatfeiern. 2771b

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW., Denthstraße 2.  
Soeben erschien:  
**Das Arbeiterelend in der Konfektions-Industrie**  
vor dem deutschen Reichstag.  
3 Bogen Großkav. Preis 10 Pf. Bei Parteienbezug Rabatt.  
Die Mittwochsverhandlungen im Reichstage haben solches Interesse hervorgerufen, daß wir auf Veranlassung der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen den stenographischen Wortlaut sämtlicher Reden in Broschürenform erscheinen lassen. Diese Bändchen sind der schlagendste Beweis für die Berechtigung der Streikbewegung, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind so grauenhafter Art, daß sie sogar vom Ministerialisch aus und von den Vertretern der Ausbeuterparteien verneinlich werden mußten.

**H. Bartsch, älteste Mehlhandlung,**  
Hauptgeschäft: **Wankuffel-Strasse Nr. 80.**  
2. Geschäft: Markthalle Eisenbahn- und Packerstraße, Stand Nr. 213, 214.  
3. Geschäft: Markthalle Backwerkstraße und Luisen- Ufer, Stand Nr. 229.  
bringt heute in empfehlende Erinnerung:  
**Rohe Kaffee's**  
feinster Guatemala u. Preanger-Mischung I. 1 Pfd. 1,80, 5 Pfd. 6,45  
feinster Campinas, grün und gelb, II. 1,20, " 5,05  
**Gebrannte Kaffee's,**  
extrafein Mischung I. 1 Pfd. 1,80, 5 Pfd. 8,95  
feinste II. 1,60, " 7,90  
feinste III. 1,40, " 6,95  
Diese Kaffee's sind nach neuestem Verfahren geröstet, sehr wohlgeschmeckend und von feinstem Aroma; auf jeder Dose ist der Preis verzeichnet.  
**Kaffeeschrot** 1<sup>1/2</sup> Pfd. 14 Pf., 1 Pfd. 28 Pf., 5 Pfd. 1,30  
**gebranntes Malz** 1 " 15 " 0,75  
**gebrannter Roggen** 1 " 13 " 2 " 25 " 0,60  
**gebrannte Gerste** 1 " 13 " 2 " 25 " 0,60  
Cajorien, feinste Qualitäten, in allen Packungen;  
Zucker, feinste gemahlene Raffinade 1 Pfd. 28 Pf., 5 Pfd. 1,35  
Zucker in Broden, Zucker, geschlagen, Crystall etc. billigst.

Frankfurter Allee 10/16a  
am Ringbahnhof, Vorderwohnungen:  
2—4 Zimmer, Bad etc. Hinter-Bö-  
nungen: 1 u. 2 Stuben etc., äußerst billig.  
Elegante Stallungen und Remisen,  
große Lagerkeller. 44218\*  
**Putzuserstraße 26**  
gesunde, kleine Wohnungen per sofort,  
auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.  
**Schönhaujer Allee 150** 3 3. u.  
W. 2 3.  
Erb. u. Ach. Garten, 1 St., 1 Erb.  
möbl. z. b. Hirtel, 3 St. 2744b  
**Charlottenburg.**  
Restaurations-It sofort billig  
zu verkaufen. Näheres bei P a s c h e,  
Potsdamerstr. 44. [2774b  
**Grünkramesgeschäft** mit Rolle wegen  
Todesfall z. verlauf. Kastanien-Allee 33.  
Unbem. Musikunterr. „R.“ Postamt 88.

**Milchkübel,**  
Kannen, Saiten, Dezimal- u. Tafelwagen  
Jordan,  
**Alte Markus-Strasse Nr. 28.**  
**Arbeitsmarkt.**  
Nordmacher-Gebissen verlangt  
2770b) R. Franke, Blücherstr. 68.  
**1 tüchtiger Hohlleger**  
mit guten Zeugnissen findet dauernde  
Stellung bei  
**Emil Engelmann, Cöpenick,**  
Wingelsheimerstr. 9.  
**Tüchtige Brauere** auf Schwarz-  
druck finden  
dauernde und lohnende Be-  
schäftigung bei **R. Auerbach, 80,**  
Grünauerstraße 17. 2717b

## Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 20. Februar 1896, 11 Uhr.  
Am Ministerische v. Berlepsch und Kommissarien.  
Das Haus setzt die Etatberathung bei dem Spezialetat der Handels- und Gewerbe-Verwaltung fort.  
Berichterstatter Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) theilt mit, daß in der Budgetkommission die Frage der Anstellung weiblicher Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren angeregt, aber die Schwierigkeiten, ein hierfür geeignetes Personal zu finden, von allen Seiten anerkannt worden sei.  
Bei dem Einnahme-Titel „von den Baugewerkschulen“ legt Abg. Felisch (L.) in längerer Rede den Einfluß dieser Schulen auf das Baugewerbe dar und wünscht eine Vesserstellung der nicht akademisch gebildeten Lehrer an den Baugewerkschulen.  
Abg. Dr. Kropatschek (L.) hält eine neue Baugewerkschule für die Provinz Brandenburg für nöthig und empfiehlt für dieselbe die Stadt Brandenburg, wo alle Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung solcher Schulen gegeben sind.  
Abg. Dr. Dittrich (Z.) tritt für eine größere Ausdehnung des Religionsunterrichts in den gewerblichen Schulen ein.  
Abg. Krawinkel (natl.) hält solche Forderungen nicht für unbedenklich; ein Bedürfnis dafür liege nicht vor. Technisches Wissen und praktisches Können stärke auch das sittliche Bewußtsein des Menschen. Durch den entbehrlichen Religionsunterricht werde lediglich der konfessionelle Streit in diese Schulen getragen. Für die Aufnahme in die Baugewerkschulen sollte eine gewisse Befähigung verlangt werden. Daß diese Schulen weit hinter ihren Aufgaben zurückgeblieben sind, beharrte ich. Die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker würde dem Bauhauwandel wirksamer entgegengetreten, als der Befähigungsnachweis.  
Die Abgg. Euler, Pleß und Dittrich (sämtlich Zentrum) treten für Förderung des religiösen Unterrichts in Fach- und Gewerkschulen ein.  
Abg. Felisch (L.) tritt gegen die von Krawinkel gewünschte Theilung der Baugewerkschulen auf; eine solche müßte die Folge haben, daß Meister erster und zweiter Klasse herangebildet werden, was zu großen Unzulänglichkeiten führen müßte.  
Minister v. Berlepsch: Aus die Handwerkerfrage wird in nächster Zeit eingegangen sich im Reichstage Gelegenheit finden. Für die Beschäftigung des Religionsunterrichts in Fachschulen ist der Handelsminister nicht zuständig. Dieser Unterricht würde den Charakter der Schule völlig ändern. Die Schüler sind von ganz verschiedenem Alter; reifere Männer sitzen neben jungen Leuten. (Sehr richtig!) Wo Geistliche es verlangen, sind ihnen Räume zum Religionsunterricht angewiesen. Die Frage kann nur von dem Kultusminister erledigt werden. Das Bedürfnis nach Errichtung neuer Schulen erkenne ich an; am zweckmäßigsten halte ich mittelgroße Städte. Münster scheint mir für eine solche Schule geeignet, ob ich mich für Brandenburg entscheiden werde, das weiß ich nicht.  
Abg. Krawinkel (natl.) wünscht eine anderweite Zusammenfassung der Kommission für das technische Unterrichtswesen, in der ihm zu viel Einzelheiten und Nähe liegen.  
Minister v. Berlepsch: Diese Herren sind vielfach Gesinnungsgenossen des Vorredners, mit denen er sich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommission auseinandersetzen mag.  
Bei dem Einnahme-Titel „Königliche Porzellan-Manufaktur“ rügt  
Abg. Krawinkel (natl.) den Mangel einer kaufmännischen Verwaltung und Buchführung bei diesem Institut, dessen künstlerische Leistungen er gern anerkennt.  
Reg.-Kommissar Geh. Rath Lüders: Die interne Buchführung ist eine sehr genaue; umständlich ist allerdings die Aufnahme einer Inventur, weil diese ein längeres Stillstehen des Betriebes nöthig machen würde, das bei uns nicht möglich ist. Ueber den Kostenpreis der Fabrikate sind wir durch die vorhandene Buchführung genau unterrichtet.  
Abg. Dr. Langerhans (rs. Sp.) bittet um Aufhebung der Mutterleihe in Solingen, deren Geschäftsbetrieb vielen Privatunternehmern eine lästige Konkurrenz mache, ohne besonders zu leisten.  
Regierungskommissar Geh. Rath Simon belämpft diese Forderung, die Weiche erprobe neue Bleichverfahren und erziele auch ganz leidliche Ueberschüsse.  
Abg. Müller (natl.) und Puttkamer-Ohlau widersprechen ebenfalls der Forderung Langerhans.  
Minister v. Berlepsch: Die Weiche kostet uns nichts, nicht aber einem Kreise von Industriellen; ich sehe keinen Grund für die Aufhebung.  
Ein die Aufhebung bewedender Antrag Langerhans wird angenommen; die Einnahmen werden bewilligt.  
Bei dem Ausgabe-Titel „Ministergehalt“ bittet  
Abg. v. Brochhausen (L.) die für das Gewerbe geplanten Reformen baldigt dem Reichstage einzubringen. Unter dem Zwange der Sonntagruhe leidet das Kleingewerbe schwer. (Sehr richtig!) Hart werde auch der Arbeiter getroffen, der am Sonntag feiern muß und der in Sorge ist um den Unterhalt seiner Familie für die nächste Woche. Der Minister möge mit dem Kriegsminister und dem Eisenbahnminister in Unterhandlungen treten, damit die Anfertigung von Uniformen leistungsfähigen Meistern, Junge, übertragen werde, welche nicht Schmelzöfen zahlen. (Sehr richtig! rechts.) Besonders gefährlich ist das Auftreten der Waarenhäuser und Bazare, die den kleinen Geschäften gefährlich werden. Neben verlangt eine hohe Betriebssteuer für Verkaufsläden, Erhöhung des heutigen 50 Pfennig-Portos, um den Versandgeschäften zu steuern, und höhere Besteuerung der Wunderläger. Für die Hebung des Handwerks und Kleingewerbes ist die Förderung des Genossenschaftswesens von großer Wichtigkeit.  
Abg. Diez-Neuwied (natl.) wünscht die Vorlage eines Gesetzes zum Schutze der Mineralwässer.  
Minister v. Berlepsch: Die Frage unterliegt noch der Bearbeitung in meinem Ressort und soll nach Möglichkeit gefördert werden; es sind bei der Sache auch andere Ressorts theilhaftig.  
Abg. Schmidt-Warburg (Z.) schließt sich den Ausführungen Brochhausen's an. Das Treiben der Bazare sei höchst gefährlich; der solide Geschäftsmann werde dadurch prolektorisirt.  
Minister v. Berlepsch: Die Frage der höheren Besteuerung der Bazare muß ich dem dafür allein zuständigen Finanzminister überlassen.  
Abg. Gothein (rs. Sp.): Warum sorgen denn die Herren rechts nicht zunächst für Beseitigung des Offiziers- und Beamten-Bereins? (Lachen rechts.) Einer der ibrigen, Herr Rudolph Heyhög, treibt das Versandgeschäft in großem Umfange; er hat die konservative Partei reich dotirt und erntet nun Lobdank. Den vorhandenen Uebelständen könnte durch eine gute Tarifpolitik abgeholfen werden.  
Abg. Frhr. v. Erffa (L.) bestreitet dem Abg. Gothein, der sich hier als Verteidiger des unläuteren Wettbewerbes aufgeworfen hat, das Recht, gewisse Herren der konservativen Partei anzuhängen.  
Abg. v. Brochhausen: Schulze-Dehisch hat gesagt, daß er nicht geglaubt habe, daß die Genossenschaften so gemißbraucht werden würden.

Abg. Parisius (rs. Sp.) bestreitet die Wichtigkeit dieser angeblichen Neuerung von Schulze-Dehisch.  
Abg. v. Brochhausen hält dieselbe aufrecht und verspricht weitere genauere Feststellung.  
Das Ministergehalt wird bewilligt. Weiterberathung morgen 11 Uhr.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

In einer Erörterung der Dehmel'schen Angriffe gegen Lützmann giebt die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung eine Charakteristik der Anarchisten des Ruhrreviers, die auch für die Leser des „Vorwärts“ nicht ohne Interesse sein wird.  
Einige länger im Distrikt lebende angebliche Anarchisten, sagt unser Bruderorgan, sind harmlose ehrliche Kerle, denen die Sozialdemokratie nicht kräftig genug auf die Pfaffen schimpft und die der Meinung sind, daß, wenn sie mit ihrem Kopf durch die Wand zu rennen versuchen, der Schaden davon die Wand haben werde. Eine ganz andere Sorte sind diejenigen, die in dem letzten Jahr für kürzere Zeit, weißt aus Berlin, nach dem Ruhrrevier kamen. Verzweifelte Menschen, aber energisch genug, um ihren zerstörerischen, verstandlosen Fanatismus unerschrocken weiter zu verbreiten, sind darunter. Deren erster Weg geht gewöhnlich nach sozialdemokratischer Unterstützung. Nach einer Stunde aber schimpfen sie auf die Geber, besonders wenn sie gleich in die Gesellschaft und unter den Einfluß solcher von ihren Genossen geraten, die wissen, was sie wollen und — nichts gutes wollen. Diese Leute sind überall; sie horchen den Unterhaltungen vieler Sozialdemokraten, sie wollen erfahren, wie man z. B. über dies und jenes vom Kaiser denkt, und sind überhaupt wifbegieriger als man wünscht. An sich könnte ja ihr Herandrängen an die Sozialdemokraten aus dem Bedürfnis erklärt werden, für ihre Ideen zu agitieren. Aber die Erfahrung lehrt, daß ein anderer Beweggrund vorhanden ist.  
Dehmel hat übrigens der Redaktion unseres Dortmund-Bruderorgans erklärt, er sei kein „Anarchist“. Weiter leugnete er, von der nationalliberalen Presse Geld für seine Verdächtigung Lützmann's empfangen zu haben. Was es mit der Wahrheitsliebe dieses Mannes auf sich hat, zeigt die Mittheilung der latsoischen Zeitung „Tremonia“. Dehmel habe ihr am 27. Januar seine „Enthüllungen“ gegen Geld angeboten und im Beisein von Zeugen zweimal erklärt, er sei „Anarchist“.

Aus den Partei-Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den 2. Hamburger Reichs- und Wahlkreis hatte im Jahre 1895 eine Einnahme von 13 975,67 M., wobei 604,11 M. Kassenbestand und 845 M. Bankkonto aus dem Jahre 1894 eingerechnet sind. Aus Beiträgen à 50 Pf. kamen 8826,90 M., aus solchen à 10 Pf. 189,90 M. ein. Auf Listen wurden 882,85 M. gezehnet. Am „Wahren Jakob“ machte der Verein 1896,95 M. gut. Die Ausgaben beliefen sich auf 11 699,90 M., der Ueberschuß also auf 2275,77 M., wovon 1920 M. auf der Bank angelegt sind. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Zahlungen: 1600 M. an die Referenten-Kommission, 3269,58 für (ländliche) Agitation, 1344 M. für Broschüren, 950 M. an den Reichsverband, 2000 M. an den Vertrauensmann.  
Mitglieder der Partei hatte der Verein 2774. Davon waren alt 15—20 Jahre 52, 20—30 Jahre 798, 30—40 Jahre 1003, 40 bis 50 Jahre 628, 50—60 Jahre 175, 60 und mehr Jahre 6 (darunter 1 Mitglied 91 Jahre), unbekanntes Alter 76. — Verheirathet waren 1896 Mitglieder, ledig 878.

Dem Verufe nach setzte sich die Mitgliederzahl wie folgt zusammen: Arbeiter 583, Häder 10, Barbier und Friseur 19, Beamte 12, Bildhauer 9, Buchmacher 3, Brauer 7, Brothändler 10, Bäckermeister 13, Buchbinder 22, Buchdrucker 24, Ladendier 3, Drechsler 29, Ewerführer 26, Förder 1, Fischer 1, Former 9, Gärtner 4, Gerber 29, Glaser 4, Gipser und Stuckateur 5, Gold- und Silberarbeiter 4, Gürtler und Gelbgießer 12, Händler 4, Hansknechte und Komptoirboten 40, Heizer 30, Hutmacher 3, Kaffiser 2, Kaufleute 21, Kellner 22, Klempner und Mechaniker 52, Koloportiere 4, Korbmacher 41, Krankenwärter 1, Küper 19, Kürschner 6, Kupferschmiede 4, Kutsher 19, Lithographen und Steinrunder 4, Maler und Lackier 45, Maschinisten und Maschinenbauer 88, Maurer 145, Milchhändler 3, Musiker 19, Optiker 2, Pantoffelmacher 1, Posamentiere 2, Rentiers 1, Sattler 6, Schiffer und Seeleute 16, Schiffszimmerer 16, Schlächter 7, Schleifer 12, Schlosser 90, Schmiede 83, Schneider 189, Schreiber 13, Schriftsetzer 48, Schriftsteller und Redakteure 4, Schuhmacher 100, Steinbrücker 7, Steinhauer 8, Stellmacher 17, Tapezier 14, Tischler, Stuhl- und Instrumentenmacher 277, Töpfer 3, Uhrmacher 4, Vergolder 4, Wirthe 115, Zigarrenmacher und Sortirer 99, Zimmerleute 22, Zahntechniker 1, Zinngießer 2, Frauen 160, Unbekannt 66.

Bei der Ergänzungswahl zum Gewerbegericht in Peñig i. S. wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.  
Zeiten 70. Geburtstag feierte am 20. Februar der langjährige Vertrauensmann unserer Partei in Bremerhaven, Genosse Diller. Es war ihm vergönnt, das seltene Fest in fast jugendlicher Frische zu feiern. Möge der wackere Mitkämpfer noch viele Jahre gesund und rüstig unter uns weilen, ein Beispiel treuer Pflichterfüllung für die jüngere Generation!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.  
Am 24. Februar tritt Medakteur Baumüller in Magdeburg im Gefängnis zu Gommern die lange Strafe an, die ihm wegen Majestätsbeleidigung durch Landgerichtsurtheil vom 12. November auferlegt ist. Die Strafe beträgt, nachdem ihm 1 Monat der Untersuchungshaft angerechnet wurde, noch 11 Monate. Unser erprobter Genosse wird das Gefängnis also erst am 24. Januar nächsten Jahres wieder verlassen. Möge er gesund zu den Seinen zurückkehren!

Als Beitrag zur Behandlung politischer Gefangener in Preußen theilt die Elberfelder „Freie Presse“ mit, daß ihrem Redakteur Genossen Gewehr im dortigen Gefängnis die Selbstbeschäftigung verweigert worden ist. Er wird in der Korsetfabrikation beschäftigt. Will man dadurch dem Sozialdemokraten die Zwangsjacke verknüpfen, in die in dem ver-stümmelten Preußen jetzt das öffentliche Leben gesteckt ist?

Redakteur Weichold von der „Neuen Buzener Zeitung“ hat am Dienstag eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten.

## Soziale Uebersicht.

Der Staat Lübeck hatte am 2. Dezember nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung 83 324 Einwohner, 6839 mehr als 1890.

Die Entfernung des jetzigen Fabrikinspektors aus seinem Amte hatte in Frankfurt a. M. eine Arbeiter-Parlamentarier verlangt. Die Regierung antwortete, die angeforderten Ermittlungen hätten nicht die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes ergeben. Nach der Frankfurter „Volksstimme“

ist aber kein einziger der Beschwerdeführer vernommen worden.

Das hätte die Regierung in keinem Falle umgehen dürfen.  
Ueber schändliche Ausbeutung jugendlicher Arbeiter auf den Ladefischen der Themse berichtet eine Londoner Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“. Es handelt sich um die Schiffsjungen. Eine Kommission, die augenblicklich die Angelegenheit untersucht, hat festgestellt, daß Schiffsjungen 144 Stunden in der Woche unangeseht im Dienste gewesen sind, also noch 44 Stunden mehr, als die Kommission zur Untersuchung des Schwichsystems in einzelnen Fällen ermittelt hatte.

## Gewerkschaftliches.

Zu dem Streik der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Berlins hat das Gewerbegericht als Einigungsamt Stellung genommen in folgendem

Schiedsspruch.  
Die Herabsetzung der Arbeitszeit in Betrieben mit Holzbearbeitungs-Maschinen auf 9 1/2 Stunden täglich unter Beobachtung des bisherigen Lohnfußes mit der Maßgabe, daß Sonnabends die Arbeitszeit auf neun Stunden beschränkt wird, wird als mit der Lage des Industriezweiges verträglich und gerechtfertigt erachtet. Die weitere Forderung der Arbeiter, die Arbeitszeit durchweg auf neun Stunden herabzusetzen, wird mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Verhältnisse, unter welchen die Inhaber der Betriebe überwiegend arbeiten, als nicht erfüllbar erachtet. Ueberstunden sollen mit einem Zuschlag von 10 Pfennigen pro Stunde bezahlt werden. Gemeinamer Arbeitsnachweis wird empfohlen. Die Forderung auf prozentuale Lohnhöhung wird mit Rücksicht auf die Feststellung der wirklich gezahlten Löhne nicht für begründet erachtet. Die Forderung der Freigabe des 1. Mai wird zurückgewiesen.  
Berlin, den 20. Februar 1896.  
Gewerbegericht als Einigungsamt.  
Geh. Cuno. (Weitere Unterschriften.)

Aus Kottbus wird über den Textilarbeiter-Streik telegraphirt: „600 im Auslande. Situation günstig. Die Fabrik-Kommissionen sämtlicher Streikenden verhandeln mit der Fabrikanten-Kommission.“

Der Hamburger Nordmachersstreik dauert fort. Die Zahl der Ausständigen, unter denen sich 30 Frauen und Mädchen befinden, beträgt insgesamt 140 und die Zahl der von ihnen zu ernährenden Kinder 125. Streikbrecher sind bis jetzt nicht zu verzeichnen.

## Gerichts-Beilage.

Das Recht der wirthschaftlich Schwächeren. Unter dieser Stichmarke schreibt die in der Offizin des „Reichs-Anzeigers“ und der „Nordd. Allg. Bla.“ gedruckte „Bank- und Handelszeitung“: Ein Aktionär der Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Herrmann Gerson hatte gegen die Bilanz des Jahres 1894 die Aufrechnungslage erhoben, weil er u. a. Abschreibungen von ca. 80 000 M. auf 3 Millionen Mark zu Buche stehende ungedeckte Forderungen für zu gering hielt und weil ferner auf das über 5 Millionen Mark lagernde Waarenlager prozentualische Abschreibungen in der Bilanz vollständig fehlten. Die belangte Gesellschaft, deren persönlich haftende Gesellschafter Herr Philipp Gredelberg, dessen drei Söhne und Herr Franz Meyer sind, beantragte, bevor der Prozeß zugelassen sei, von dem klagenden Aktionär eine Sicherheitsinterzelegung von 60 000 M. Die II. Kammer für Handelsachen erkannte auf eine solche von 30 000 M. Hiergegen wurde Berufung eingelegt und das Kammergericht hob am 12. d. M. das Urtheil der II. Handelskammer auf, setzte die Sicherheit auf 5000 M. fest und wies die Sache in die I. Instanz zurück. Da die 5000 M. hinterlegt worden, so wird nunmehr die Aufrechnungslage ihren Fortgang nehmen; über den Ausfall werden wir feinerzeit ausführlich berichten. Da der Kläger außer der Kaution von 5000 M. baar noch 10 000 Aktien der Gerson-Gesellschaft, also etwa 15 000 M. an Werth hinterlegen mußte, ehe er sein Recht überhaupt verfolgen konnte, so sehen wir den wirthschaftlich Schwächeren auch in diesem Falle dem wirthschaftlich Stärkeren gegenüber nicht gleichberechtigt. Wie wird den beiden erwähnten offiziellen und offiziellen Blättern ob dieser unbilligsten Erkenntnis ihrer desgleichen staats-erhaltenden Schwester?

Die polizeiliche Aufhebung einer Versammlung beim Eintreten der Polizeistunde beschäftigte den ersten Senat des Verwaltungsgerichts, nachdem der Einberufer der Versammlung fruchtlos beim zuständigen Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten zu Hannover die Beschwerde erhoben hatte. Der Einwand des Klägers, das Lokal, in welchem die Versammlung tagte, sei von ihm gemietet gewesen, wurde vom Oberpräsidenten für unerblich erklärt. Der Regierungsbeamte führte aus, daß lediglich maßgebend sei, ob die Versammlung die Eigenschaft der geschlossenen Gesellschaft besaß oder nicht. Dies sei aber hier nicht der Fall gewesen, da an der fraglichen Zusammenkunft von Bauhandwerkern auch andere Personen theilgenommen hätten und der Theilnehmerkreis nicht individuell begrenzt gewesen sei. Für öffentliche Versammlungen, wie die in Frage stehende, gelte die Polizeistunde, welche dem Verkehr in dem benutzten Lokale gesetzt sei. Somit wäre die Versammlung mit recht um 10 Uhr aufgelöst worden. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte diesen Befehl.

Ueber das Recht der Polizeibeamten zur vorläufigen Festnahme einer Person hat sich das Reichsgericht in einem Urtheil vom 5. April 1895 (Entsch. d. R. G. in Straff. Bd. 21 S. 155) folgendermaßen ausgesprochen: „Nach dem erwiesenen Sachverhältnis schritt der Schuttmann ein zum Zwecke der Strafverfolgung gegen den bei einer strafbaren Handlung betroffenen Angeklagten. Wie weit unter solchen Verhältnissen eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des Beschuldigten zur Ermöglichung der Strafverfolgung durch die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes verfügt werden kann, dafür ist § 127 St.-P.-O. ausschließliche maßgebend. Dessen bestimmten und erschöpfenden Normen gegenüber darf dem § 161 St.-P.-O. nicht die Bedeutung beigegeben werden, daß diejenigen Akte, welche gemäß § 127 a. a. O. nur unter genau fixirten gesetzlichen Vorbehalten für zulässig erklärt sind, aus dem Gesichtspunkte des § 161 a. a. O. betrachtet einem an diese Vorbehalte nicht gebundenen freieren Ermessen jener Beamten unterliegen sollen. Die Frage der Rechtmäßigkeit der Amtsausübung seitens des Schuttmanns ist mithin lediglich auf Grund des angezogenen § 127 St.-P.-O. zu prüfen. Dort ist verordnet, daß — sofern nicht die Voraussetzungen für Erlaß eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzuge obwaltet — den Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes ein anderes Recht als das jedermann zustehende Recht der vorläufigen Festnahme eines auf frischer That Betreffenen nicht zukommt, daß aber diese Festnahme nur zulässig sei, wo entweder der Beschuldigte der That verdächtig oder dessen Persönlichkeit nicht

Isfort festzustellen sei." Das treffe im vorliegenden Falle nicht zu, wo nach den Feststellungen des Urtheils der Schumann beabsichtigt habe, den Angeklagten der Polizeibehörde zur weiteren Verfügung zu übergeben, weil er sich infolge früher mit der Prüfung der Legitimation durch ihn selbst gemachter abler Erfahrungen es "zur Regel gemacht" habe, auf eigene Feststellungen der Art sich nicht mehr einzulassen, sondern die betreffenden Personen der Behörde zu übergeben, damit von dieser auch das Erforderliche verfügt werde. Hierin liegt aber eine offenbare Verletzung des Gesetzes. Allein aus dem Grunde, weil Angeklagter ihm nicht bekannt war, durfte er nach § 127 zur vorläufigen Festnahme nur schreiten, wenn Angeklagter nicht im Stande war, sich sofort zu legitimieren, oder wenn der Schumann dasjenige, was jener zu diesem Zwecke beizubringen vermochte, nach seinem pflichtmäßigen Ermessen nicht ausreichend fand. Sein Einschreiten hielt sich auch in den Schranken rechtmäßiger Amtsausübung, sofern seine Entscheidung durch einen Irrthum über die einschlagenden tatsächlichen Verhältnisse, beispielsweise über die Beweislast der Legitimationsmittel beeinflusst war. Er überschritt jedoch seine Befugnisse, wenn er sich — im guten Glauben an sein Recht und ohne solchen — über das Gesetz hinwegsetzte und sich eine eigene, von diesem abweichende Richtschnur des Handelns bildete: den Betroffenen festzunehmen, ohne sich auf die Legitimationsfrage überhaupt einzulassen."

**Ein Beitrag zur Fleckfotografie-Behandlung auf dem Lande.** Vom Landgericht Slogau ist am 28. Oktober v. J. die Gutbesitzerin Anna K. wegen gefährlicher, das Leben gefährdender Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Auf ihrem Gute war eine über 60 Jahre alte Dienstmagd Johanna Müller in Stellung, welche nicht nur alt und kränklich war, sondern auch wegen Geschwollenheit der Beine arbeitsunfähig war und vielfach über Schmerzen klagte. Im August v. J. fiel sie auf dem Felde bei der Arbeit kräftlos zusammen und mußte nach Hause gebracht werden. An einem der nächsten Tage hatte sie einen Eimer mit Wasser in den Kuchstuhl zu tragen, war aber hierzu nicht im Stande und mußte sich auf den Erdboden legen. Die Angeklagte beauftragte nun ihre jugendliche Dienstmagd Bergmann, die Müller an den Haaren in die Höhe zu ziehen, und wenn sie ihr die Haare austreife. Die Bergmann führte aber diesen Auftrag nicht aus. Nunmehr beauftragte die Angeklagte ihre dreijährige Tochter Anna und ihre ältere Stieftochter Agnes, so lange auf die Müller loszuschlagen, bis sie aufstehe. Die Kinder, als willenlose Werkzeuge der Mutter, schlugen nun mit Stöcken auf die alte Frau los. Der Stoch des älteren Mädchens war ein Meter lang und finger- oder mehr als joldid. Trotz des flehentlichen Willens der Müller führten die Kinder eine Menge Schläge auf Kopf und Gesicht der bedauernswürdigen alten Person. Als die Kinder des Schlags überdrüssig waren, ergriffen sie Steine von der Größe einer Kinders Faust und bewarfen die Müller damit. Mindestens einer hat sie getroffen, denn sie blutete am Kopfe. Es ist festgestellt, daß die Angeklagte die Kinder einmal oder mehrmals aufgefordert hat, diese Mißhandlungen zu begehen und es wurde in der That der Kinder eine solche der Angeklagten erblickt, da die Kinder nur als willenlose Werkzeuge anzusehen seien. Die Müller ist am Tage nach der ihr zu theil gewordenen rohen Behandlung gestorben, und es wurde angenommen, daß die Mißhandlungen ihren Tod beschleunigt haben. — Die von der Angeklagten gegen das oben erwähnte Urtheil eingelegte Revision, welche nur in unzulänglicher Weise gegen die tatsächlichen Feststellungen ankämpfte, wurde vom Reichsgericht, das sich am 18. Februar mit der Sache zu befassen hatte, als unbegründet verworfen.

## Versammlungen.

**Die Volkerversammlung,** welche am 16. Februar, nachmittags in Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23 tagte, erzielte sich trotz der großen Versammlungen, die bereits in den Vormittagsstunden sich mit der Lage des Konfektionsarbeiterstreiks beschäftigten, eines verhältnismäßig guten Besuchs. Auch hier lautete die Tagesordnung: Die bestehenden Klassen und die gegenwärtigen Lohnbewegungen. Der Referent Jacoby legte seinen Ausführungen die gegenwärtige Berliner Lohnbewegung der verschiedenen Berufe zu Grunde, indem er einen Vergleich anstellte zwischen den Forderungen der hier in Frage kommenden Arbeiterschaft. Es gehörte nicht viel Entgegenkommen dazu, angesichts der traurigen Zustände in der Konfektionsindustrie diesen Arbeitern bei ihrem gegenwärtigen Streik sympathische Ringegebenen zu bezeugen. Wir betrachten daher die letzteren, soweit dieselben von den bestehenden Klassen dargebracht werden, nur als ein Ergebnis der wahrheitsgemäßen Schilderungen, welche durch die Organisation dieser Branche einerseits und von den Regierungsorganen ans an die Öffentlichkeit gebracht wurden. Hier kann das Bürgerthum von Besitz nicht anders, als zustimmende Erklärungen abgeben. Ganz anders ist die Stellung der Besten gegenüber den Lohnbewegungen überhaupt. Vor zehn Jahren (1886) waren die bestehenden Klassen einverstanden mit der Polizeivillkür, welche unter dem damaligen Minister v. Puttkamer gegenüber den streikenden Bauarbeitern gehandhabt wurde; man hörte nichts von Entrüstungen darüber, daß mehrere Arbeiter deshalb aus Berlin ausgewiesen wurden, weil sie lediglich als Führer in die damaligen Lohnbewegungen eingriffen. Die bekannte Phrase des Ministers v. Puttkamer: Hinter jedem Streik liegt die Hydra der sozialen Revolution, mußte damals dazu herhalten, dem Bürgerthum das Gefasel beizubringen und den samosen Streikerlag zu begründen. Es konnte nicht ausbleiben, daß bei dem Vorgehen seitens der Behörden gegen die damaligen bei Streiks interessierten Organisationen, die letzteren ihre ganze Existenz auf Jahre hinaus einbüßten, und auch Neugründungen nur zaghaft unternommen wurden. Die Thatsache, daß die Löhne in allen Berufen bei diesen Zuständen auf ein Niveau herabgedrückt wurden, welches den Arbeitern kaum die Möglichkeit bot, in leidlicher Weise für die Familien zu sorgen, ließ das Bürgerthum lächl bis ins Herz hinein. Die Forderungen der Arbeiter in der Holzindustrie, Tischler, Zimmerer u. s. w. sowie auch die Forderungen der Arbeiter in der Metallindustrie, welche fast alle darauf hinauslaufen, 9 oder 10 stündige Arbeitszeit und event. einen Durchschnittsverdienst pro Woche von etlichen 20 M. zu erreichen, sind nur als äußerlich bezeichnend zu bezeichnen. Bei dem Streik in der Konfektionsbranche könne von nennenswerthen Forderungen überhaupt nicht die Rede sein; diese Lohnbewegung ist nur zur Abwehr der allerschrecklichsten Zustände inszenirt und das sehr selbstverständlich ein großer Theil der bestehenden Klassen auch ein. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, sich von dem Gedanken frei zu machen, daß nur mit Rücksicht auf eine früher oder später eintretende bessere Geschäftskonjunktur, alle Lohnbewegungen abhängig zu machen seien. Wir haben keine Ursache, um Augenblickserfolge verzeichnen zu können, unseren ganzen wirtschaftlichen Kampf nach diesen Grundsatz einzurichten, sondern der letztere muß vielmehr einer planmäßigen, mit Geduld und Ausdauer geführten Organisation entspringen; alsdann sei auch auf dauernde Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Industriezweigen zu rechnen. Unterlassen wir nicht, so schlägt Redner, unsere im Kampf befindlichen Brüder, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche die Organisationslosigkeit der Arbeiter mit sich bringt und jeden Sieg der Arbeiterschaft illusorisch machen muß. (Beifälliger Beifall.) In der Diskussion schlossen sich die Genossen Bringmann und Ernst den Ausführungen des Referenten an, ersterer noch besonders hervorhebend, daß es Zeit sei, die gegenwärtige Presse aus den Arbeiterfamilien zu entfernen. Hieran erfolgte Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie.

**Die Werkstätten-Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes** hatten sich fast vollständig am Mittwoch bei Cobn, Vertheilung, versammelt. Wie dem an gab nochmals einen ausführlichen Bericht über die Lage des Streiks. Bloch erläuterte die getroffenen Maßnahmen der Kommission, mit welchen die Versammlung ihr Einverständnis bekundete. Er forderte die Anwesenden auf, diejenigen Werkstätten einer besonders scharfen Kontrolle zu unterziehen, in welchen die Arbeiter sich der Bewegung noch nicht angeschlossen haben. Die Vertrauensleute der Kastenmöbel- und Küchenmöbel-Branche werden beauftragt, zwei Versammlungen für ihre Branchen einzuberufen. Den Möbelpolizisten gegenüber erklärt die Versammlung nochmals, sich insofern solidarisch zu erklären, als die Tischler sich verpflichten, keine Möbelpolizistenarbeit zu verrichten. Die Unterstufungsfrage wird bis zur nächsten Vertrauensmänner-Versammlung vertagt. Besonders werden die Vertrauensmänner ersucht, recht rege dafür zu sorgen, daß die Kollegen, die zu den bewilligten Forderungen weiter arbeiten, auch alle dem Beschlusse nachkommen, pro Woche eine Mark dem Streik-Unterstützungsfonds zu entrichten. Ferner wird noch bekannt gemacht, daß am Sonntag im Norden eine öffentliche Versammlung stattfindet, zu der auch die dort wohnenden Meister eingeladen werden.

**Die Tischlermeister des Nordens** waren durch Sanktionsantrag von dem Verein der Tischlermeister "Nord" Mittwoch Abend zu einer Versammlung nach dem Berliner Prater eingeladen, um Stellung zu nehmen gegen die Forderungen der Gesellen. Nur ca. 60 Meister waren diesem Rufe gefolgt und zwar die Stimmung im allgemeinen eine recht gedrückte. Herr Tischlermeister Meißner leitete die Verhandlungen ein, indem er darauf hinwies, daß die Meister des Nordens einen eigenen Tarif aufgestellt haben. In diesem Tarif sollten die Meister festhalten und keine Nachforderungen bewilligen. Vor allem dürften die Meister, die bewilligt haben, keine neuen Arbeiter einstellen, damit die Streikenden nicht anderweitig angenommen werden. König meint, sämtliche Meister müßten ihre Produktion einschränken. Den Arbeitern dürfe nichts bewilligt werden. Aufschmarz rath den Meistern, schwarze Listen über die rebellischen Arbeiter zu bilden. Ueber jeden neu einzustellenden Arbeiter müssen Erkundigungen eingezogen werden, ob er auf seiner früheren Arbeitsstelle seinen Akkord beendigt habe, sonst sei er sofort zu entlassen.

Nachdem noch mehrere Meister in blindem Eifer auf den Streik und die Kontrollkommission geschimpft hatten, wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt, an dem aufgestellten Tarif einmüthig festzuhalten und keinem Arbeiter darüber hinaus zu bezahlen. Ferner verpflichten sich die Meister, dem Verein "Nord" beizutreten und jeden neu einzustellenden Arbeiter nach seiner früheren Arbeitsstätte zu fragen und sich dort zu erkundigen, ob er seinen Akkord beendigt hat und falls dies nicht der Fall, denselben sofort zu entlassen.

Wie ernst es die Meister mit dieser Abstimmung gemeint haben, beweist der Umstand, daß unter den 60 anwesenden Meistern sehr viele waren, die bereits höhere Forderungen ihren Arbeitern bewilligt haben. Ferner wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Meistern König, Eckert, Hoemeyer, Aufschmarz, Otto Geisler, welche speziell in der Kastenmöbel-Branche die einzelnen Verhandlungen mit den Arbeitern führen soll.

**In Sachen des Streiks der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter** wurde am Donnerstag die Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts fortgesetzt. Als Auskunftsperson war der Gewerberath Dr. Sprenger geladen, um zu bekunden, ob die von den Arbeitern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit zur Verminderung der Unfälle beizutragen geeignet sei. Dr. Sprenger konnte über diese Frage zwar keine Auskunft auf Grund statistischen Materials geben, bestätigte aber, daß die Unfälle in der Holzbearbeitungsbranche besonders häufig seien.

Die Unternehmer sträubten sich namentlich gegen Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit, weil der in den Betrieben gebrauchte Dampf für 10 Stunden bezahlt werden müsse, und also nicht voll ausgenutzt werden könne, was eine Erhöhung der Betriebskosten bedente.

Das Einigungsamt schlug als Grundlage der Einigung vor: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, für jede Ueberstunde einen Zuschlag von 10 Pf. und Führung des Arbeitsnachweises durch Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber. Zimpel erklärte im Namen der Lohnkommission der Arbeiter, daß diese unter allen Umständen an dem 9 stündigen Arbeitstag festhalte, bezüglich der übrigen Forderungen jedoch nachzugeben bereit wäre. Namens der Fabrikanten erklärte Krone, daß dieselben nicht unter 9 1/2 Stunden herabgehen und, wenn die Verhandlungen scheitern, von morgen an ihre Fabriken schließen werden. Auf Grund dieser Erklärungen verläßt der Vorsitzende folgenden Schiedsspruch:

Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden ist möglich, dagegen ist die von den Arbeitern geforderte 9 stündige Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht angängig.

Der Zuschlag von 10 Pf. für die Ueberstunde ist anzuerkennen, auch ist die gemeinschaftliche Regelung des Arbeitsnachweises durchführbar. Die übrigen Forderungen der Arbeiter sind abzuweisen. Der Vertreter der Fabrikanten erklärt sich mit diesem Schiedsspruch einverstanden, den Arbeitern wird auf ihren Wunsch bis Montag Vormittag 8 Uhr Frist gewährt, sich zu äußern.

**Charlottenburg.** In einer öffentlichen Versammlung der Holzarbeiter, die am 14. Februar tagte, wurde beschlossen, sich mit den Forderungen der Berliner Tischler einverstanden zu erklären und in nächster Zeit die gleiche Forderung den hiesigen Fabrikanten zu unterbreiten.

**Die Zimmerer** hielten am Mittwoch im Saale der Brauerei Friedrichshain eine öffentliche, von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung ab, um sich über den gegenwärtigen Stand des Streiks zu informieren. Der Vertrauensmann Fischer referirte zum ersten Punkt der Tagesordnung über den Verlauf und die Fortschritte der Bewegung der Zimmerer. Er führte aus, daß die Erfolge des neuntägigen Kampfes bis jetzt durchaus günstige seien. 234 Arbeitgeber hätten die Forderungen der Zimmerer bewilligt, von denen man zum größten Theil annehmen darf, daß sie ihr gegebenes Wort halten werden. Zimmerer sind noch 202 Firmen vorhanden, gegen welche der Kampf mit aller Energie fortgeführt werden müßte. Der Vortragende beleuchtet sodann noch einmal die aufgestellten Forderungen der Zimmerer und kritisiert einen der Wahrheit direkt widersprechenden Artikel der "Baugewerks-Zeitung" über die Zimmerer-Bewegung. Zum Schluß theilt er der Versammlung mit, daß die Kommission sich an den Ausschuss des Gewerbegerichts gewendet habe mit dem Ersuchen, einen Einigungsversuch zwischen den Parteien zu unternehmen. Der Ausschuss habe bereitwillig zugesagt und so werde, falls die Unternehmer darauf eingehen, in der nächsten Zeit eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht stattfinden. In der sich diesem Referat anschließenden Debatte polemisirten Obst und Hadjahn gegen den Artikel der "Baugewerks-Zeitung" und bedauern die vom 11. Februar vom Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister gefasste Resolution, nach welcher ihre Generalversammlung beschloß: Die Forderung der Zimmerer betreffs der neunstündigen Arbeitszeit vollständig abzulehnen, bezüglich des Lohnes es aber jedem Arbeitgeber zu überlassen, wie er sich mit seinen Gesellen einigt. Ein Redner konstatiert einen Fall von unsolidarischem Verhalten der Maurer auf einem Bau in der Prenzlauerstraße, an welchem dieselben die Arbeit der Zimmerer verrichten hätten; es sei Pflicht der Kollegen, derartige Fälle den Kontrollleuten zu melden. Obst

und Dummer ermahnen die Zimmerer, sich zu dem eigentlichen Kampfe, der erst entbrennen wird, wenn die Arbeiten der Gewerbe-Ausstellung beendet sind, vorzubereiten. Neubert erklärt, daß die bei der Firma Pumplun arbeitenden Zimmerer sich unter-schriftlich verpflichtet haben, die abernommenen Arbeiten bis zum 25. Februar fertig zu stellen. Nachdem sich eine ganze Anzahl Redner mißbilligend über die bei Pumplun arbeitenden Zimmerer geäußert und die Versammlung gleichfalls großen Unwillen über das Verhalten derselben bekundete, erklärte Neubert, eifrig dafür wirken zu wollen, um die Zimmerer zu der Bewegung heranzuziehen. In einem Antrag wird sodann beschlossen: Unterstützungs-gelder von Zimmerern, die bei nicht bewilligten Firmen arbeiten, werden nicht angenommen.

Dergleichen wird folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt, da die Forderungen der Zimmerer durchaus gerecht sind, dieselben mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Es ist die Pflicht der Kameraden, bei solchen Unternehmern, die unsere Forderungen noch nicht bewilligen, die Arbeit einzustellen; ferner für den Agitations- und Unterstützungs-fonds rege zu agitieren, um jederzeit den kapitalistischen Ausbeutungs-Gesellen kampfbereit entgegenzutreten zu können. — In einer zweiten Resolution wendet sich die Versammlung in sehr entschiedener Weise gegen die Verunglimpfungen der Lohnbewegung der "Baugewerks-Zeitung".

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** hatte am 16. Februar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung anberaumt. Zur Beschlußfassung stand zunächst ein Antrag Pels, die Beiträge zu erhöhen. Da sich jedoch mehrere Redner gegen den Antrag aussprachen, zog ihn der Antragsteller zurück. Sodann wurde beschlossen, behufs Propaganda für die Organisation ein Flugblatt auszuarbeiten zu lassen und im Anschluß daran zwei öffentliche Versammlungen einzuberufen. Zum Schluß bewilligte die Versammlung den Streikenden in der Konfektion, den Zimmerern und den an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeitern je 15 M.

**Der Interessentenverein der Kistenmacher** nahm in seiner Generalversammlung am 16. Februar den Rechenschaftsbericht vom verfloffenen Jahr entgegen. Danach gestaltete sich die Abrechnung vom 4. Quartal wie folgt: Einnahme 180,80 M., Ausgabe 278,20 M., Defizit 188,40 M. Hierauf beschloß die Versammlung, den Konfektionsarbeitern sowie den an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeitern je 30 M. aus der Kasse zu überweisen und durch Sammellisten weitere Beträge zu sammeln.

**Eine ant besuchte Versammlung des Fachvereins der Stellmacher** tagte am 16. Februar. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag des Chemikers Dr. Woll-beim über das Thema: "Luft und Wasser" beschäftigte sich die Versammlung mit der Stellungnahme zu dem Streik der Holzarbeiter. Mit Rücksicht jedoch auf die am 28. d. Mts. stattfindende öffentliche Versammlung wurde von einem Beschluß Abstand genommen. Hierauf unterzogen mehrere Redner den Jahresbericht der Innung einer treffenden Kritik. Ein Antrag, während der Dauer der großen Lohnbewegung eine Extrasteuern zu erheben, wurde abgelehnt. Für die Ueberweisung von 25 M. an die streikenden Konfektionsarbeiter gaben die Mitglieder nachträglich ihre Zustimmung. Neu angenommen wurden 12 Mitglieder.

**Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter der Eisengießerei und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormalig Keyling u. Thomas** sowie der Aktiengesellschaft vormalig Kapler wurde von dem Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter Otto Näther für den 19. d. M. nach Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23, einberufen und waren die Arbeiter außerordentlich zahlreich dem ergangenen Rufe gefolgt. Näther referirte und hatte seinem Vortrage das Thema zu Grunde gelegt: Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie, das Vorgehen der Metallindustriellen und unsere Aufgaben in der Gegenwart. In seinem Vortrage wies er auf die gegenwärtige günstige Konjunktur in der Metallindustrie hin und hielt demgegenüber den Versammelten vor Augen, wie die Metallindustriellen es verstanden haben, in der schlechten Geschäftsperiode die Metallarbeiter vollständig unter ihre Gewaltmächtigkeit zu bringen, die schwarzen Listen floriren zu lassen und den Arbeitsnachweis in der Gartenstraße zu einem Siege Käsemann'schen Despotismus zu machen, um vermöge der Furcht vor Arbeitslosigkeit die Thätigkeit und die Macht der Organisation lähmen zu können. Die Folge dieser Furcht und Widerstandslosigkeit sei eine maßlose Lohnhöhererei gewesen, eine Ueberanstrengung der Arbeiter und eine bedauerliche Korruption unter diesen. Weder hielt den Versammelten vor Augen, wie sehr sie sich selbst schädigen durch die überlange Arbeitszeit und wandte sich diesbezüglich besonders an die Eisengießer- und Arbeiter bei Keyling und Thomas, wo reichliche Veranlassung zu entsprechender Klage vorhanden sei, welche Ausführung lebhafter Zustimmung begegnete. Redner beleuchtete im weiteren die hygienischen Einrichtungen der Fabrik, die enormen Abgüsse im Laufe der letzten Jahre, die Art der Behandlung und die drakonische Handhabung der Fabrikordnung und folgerte aus alledem die Nothwendigkeit, gegen solche Zustände energig Front zu machen. Sei es in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Keyling u. Thomas schon übel bestellt, so meinte der Referent, sei die Mühlenbau- und Aktiengesellschaft vormalig Kapler in dieser Beziehung jener Fabrik noch über. Hier herrschte nach der Versicherung des Referenten noch trostlosere Verhältnisse. Wieder und immer wieder sei den gedankenlosen Arbeitern die Nothwendigkeit der Organisation klar gemacht worden, leider ohne großen Erfolg. Redner richtete nochmals die dringende Mahnung an die Metallarbeiter, sich zu organisiren. 185 Kollegen (Stanser etc.) ständen bereits im Lohnkampfe, die Klemperer würden demnächst in einen Lohnkampf eintreten und über kurz oder lang würde im allgemeinen an die Metallarbeiter die Frage herantreten, welche Forderungen sie ihrerseits zu stellen gedanken, nachdem die Holzarbeiter vorangegangen sind. Redner veranschaulichte in eindringlicher Weise, wie zu diesem Behufe eine starke Kampfsorganisation notwendig sei und schloß seine Ausführungen mit dem Rufe: "Vorwärts, immer vorwärts!" (Großer Beifall.) In der folgenden Diskussion wurde die Firma Kapler in charakteristischer Weise illustriert in bezug auf die Ueberstundenarbeit, auf die Strafkasse, auf die Ordnung in der Fabrik, auf die Akkordarbeit, auf die Rationenwirtschaft etc. und wurde der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die dort beschäftigten Arbeiter nicht schon lange Rückgrat genug gefunden haben, um gegen solche Zustände Front zu machen. Ebenso wurden noch verschiedene Mißstände bei der Firma Keyling u. Thomas, von welcher drei Meister in der Versammlung anwesend waren, vorgeführt. Aufgefordert, über den Verbleib der rigorosen Straf-gelder Auskunft zu geben, meldete sich keiner der Herren Meister zum Wort. Nach weiterer längerer Diskussion verpflichtete sich die Versammlung in einer Resolution zur Organisation, um den eingetrossenen Mißständen, insonderheit der Ueberstundenarbeit entgegenzutreten zu können.

**Die streikenden im Schmitz- und Stangenbau** beschäftigten Metallarbeiter waren gestern Vormittag zur Besprechung ihrer Angelegenheit vollständig bei Henke versammelt. Wie Näther mittheilte, kommen 8 Werkstätten mit 105 Arbeitern in Betracht. Die Firma Dubeck hat die neunstündige Arbeitszeit bewilligt, die Angelegenheit ist durch die Kommission soweit geregelt, daß die betreffenden Arbeiter zu Mittag die Arbeit wieder aufnehmen konnten. (Bravo.) Die Fabrikanten waren zur Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen. Namens der "Vereinigung der Schmitz- und Stangenfabrikanten" theilte die Firma Reiß u. Martin mit, daß dieselbe bereit ist, an einem anderen Tage mit einer von den Aufständigen gewählten

Kommission zu verhandeln. (Geheime) Näher erklärte sich hiermit einverstanden, war aber der Meinung, daß von den gestellten Forderungen nicht abgegangen werden dürfe. Die Lage des Streiks sei eine überaus günstige, der Geist, welcher die Streikenden befehle, ein vorzüglicher. Es bedürfe nur eines festen Zusammenhaltens, um die Fabrikanten zur Kapitulation zu zwingen. Mit Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß Herr Duden aus der Fabrikantenvereinigung ausgetreten sei in der richtigen Erkenntnis, daß dieselbe nur den Großfabrikanten zum Vorteil gereichen solle. Auch hat sich Herr Duden bereit erklärt, für notwendig werdende Ueberstunden 25 pSt. Lohnzuschlag zu gewähren. Einzelne Streikbrecher haben sich gefunden und ging die Ansicht der Versammlung dahin, daß ein Zusammenarbeiten mit diesen nicht wünschenswert sei und irgend welche Maßregelungen nicht gebildet werden dürfen. Den gemachten Erfahrungen zufolge nimmt sich die Polizei sehr der Fabrikanten an. Bezüglich wurde die verbreitete Nachricht, daß die Firma Reich u. Martin in Spandau 30 Mann angeworben habe. Daß sich indessen diese Firma die größte Mühe giebt, Arbeiter zu erhalten, beruht auf Tatsachen. Befagte Firma hat auch bereits die Streikenden bei der Ortskrankenkasse der Maschinenbauer abgemeldet. Um sich vor Schaden zu bewahren, empfiehlt Näher diesen, sich bei der Kasse als Selbstzahler zu melden. Derselbe wies auch darauf hin, daß mit den betreffenden Kollegen der Streik stehe und solle und appellierte er besonders an die Standhaftigkeit dieser, um die Folge Firma Reich u. Martin zur Kapitulation zu zwingen. Die Firma soll sich bereit erklärt

haben, vom 1. April die Forderung zu bewilligen, was indessen wenig Glauben fand. Der gebildeten Fabrikantenvereinigung wurde wenig Bedeutung beigegeben und derselben keine lange Lebensdauer vorausgesetzt. Die bestehende Kommission, in welcher alle Werkstätten vertreten sind, wurde beauftragt, in gewünschter Weise mit den Fabrikanten zu verhandeln unter vollständiger Aufrechterhaltung der gestellten Forderung: neunständige Arbeitszeit bei dem bisherigen Lohn.

In einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zugschlepperei, die am Mittwoch stattfand und von circa 500 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Werkführer Heiden bei Hoffmann u. Cie.“ Frau Greisenberg unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Es handelte sich in diesem Fall wieder einmal darum: sollen die Arbeiterinnen den unausgesetzten unbilligen Altentaten von Seiten ihrer Vorgesetzten in den Fabriken schuldlos preisgegeben sein? Die Bergemann in seinem Berichte mittheilte, war von mehreren Arbeiterinnen und einer Frau, aber erst als sie in jener Fabrik zu arbeiten aufgehört hatten, lebhafteste Klage über den Werkführer Heiden darüber eingegangen, daß er diesen Arbeiterinnen in der verschiedensten Weise unbillige Anträge gestellt, diese Tatsachen aber in einer eigens hierzu einberufenen Werkstätten-Versammlung abzulugnen versucht hatte, jedoch durch die übereinstimmenden Aussagen der Arbeiterinnen überführt wurde

und einzelne Fälle zugehen mußte. Nichtsdestoweniger lehnten es die Herren Chef's ab, mit dem Vertrauensmann zu verhandeln, bis nach dem Termin, da der Herr Heiden diese Arbeiterinnen noch wegen „Beleidigung“ verklagt hatte. Nachdem die betreffende Frau den Hergang in der Versammlung mitgeteilt und Hoffmann, Schulz, Schmiedeknecht, Lewi, Zahn und Planke sich über diese Angelegenheit geäußert und zum Anschluß an die Organisation aufgefordert hatten, wies Frau Greisenberg insbesondere darauf hin, daß durch Einstellung weiblicher Fabrikinspektoren die Unbilligkeiten gegen Arbeiterinnen in den Fabriken weit besser ermittelt und mit der Zeit auch unterdrückt werden würden. Die Befragung weiterer derartiger Vorkommnisse in anderen Fabriken wurde der vorgerückten Zeit wegen für eine nächstfolgende Versammlung vertagt.

Wiesdorf. Hier fand am 16. Februar eine Versammlung statt, in der Schriftsteller Schulz in einem interessanten Vortrag über die Dichtkunst vor und nach der Revolution von 1848 sprach. Unter Verschiedenen konnte der Vorsitzende den Anwesenden bekannt geben, daß die Beschwerde an das Landrathsamt über die am 19. September aufgeführte Versammlung von Erfolg begleitet war. Bekanntlich wurde die Versammlung aufgelöst, weil die Besucher Schirme und Stöcke bei sich trugen, die der überwachende Beamte für Waffen im Sinne des Gesetzes ansah.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
**Freitag, den 21. Februar:**  
**Opernhaus.** Fidelio.  
**Schauspielhaus.** Wallenstein's Lager. Die Piccolomini.  
**Deutsches Theater.** König Heinrich der Vierte.  
**Leistung-Theater.** Madame Sans-Gêne.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Hungerleider.  
**Theater Hinter den Linden.** Die schöne Helena.  
**Schiller-Theater.** Ohne Geld.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Selle-Alliance-Theater.** Böse Buben.  
**Alexanderplatz-Theater.** No. 66. Hierauf: Die kleinen Lämmer.  
**National-Theater.** Der Glöckner von Notre-Dame.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hausmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
**(Wallner-Theater.)**  
 Freitag, abends 8 Uhr: Ohne Geläut.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein toller Einfall.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 357. Male:  
**Charley's Tante.**  
 Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Vorher: Die Bajazzi.  
 Parodistische Poffe mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Central-Theater.**  
 Alte Jakobstr. 30.  
 Emil Thomas als Gast.  
 Zum 169. Male:  
**Eine tolle Nacht.**  
 Große Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Julius Freund und Will. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

**Feen-Palast**  
 Burgstrasse 22.  
 DIRECTION: Winkler & Fröbel.  
 Neu: Baronin Verona v. Bergen.  
 Neu: Schönholts-Quart. Suleima.  
 Dazu das kolossale für Berlin durchw. neue Februar-Programm!  
 Kolter Talaschuss-Familie. Gebr. Francis. Marvelli. Akrobaten-truppe Robin u. Berat. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Little Paols. 4 Geschw. Schenk.  
**Die tolle Jugend.**  
 Antonomische Pantomime von der Gesellschaft Theo.  
 (Sonnabends 6 Uhr.)  
 Anfang (Wochentags 7 1/2 Uhr.)  
 Untree 30 Pf.

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstrasse 132.  
 DIRECTION: Max Samst.  
 Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
**Der Glöckner von Notre-Dame.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
 Regie: Max Samst.  
 Morgen: Zum 1. Male: Ein Perrücker. Volksdrama in 6 Bildern nach freier Benutzung des gleichnamig. im Berliner „Vorwärts“ erschienenen Romans von Paul Hiller.  
 Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Aschenbrödel. Zschous, das Waldmädchen.

**Alexanderplatz-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr: Zum 124. Male:  
**Die kleinen Lämmer.**  
 Gaubeville in 2 Akten von L. Barney.  
 Wegen kontraktlicher Verpflichtungen nur noch: 7 Aufführungen.  
 Vorher: **No. 66.**  
 Operette von Offenbach.

**Urania**  
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
 Geöffnet von 5-10 Uhr.  
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
 Näheres die Anschlagzettel.

**Alcazar.**  
 Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
 Dresdenstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
 Vollständig neues Programm.  
 Mr. Charles. — Mr. Fox.  
 Lotto Siger. — Mr. Alfredo Rex.  
 Untree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.  
 Sonntag 30 „ 6 „  
 R. Winkler.

**Kaiser-Panorama**  
 (Passage).  
 Diese Woche: Neu! 3. Reise. Istrien-Abbazia, Cherso etc. II. Eine Wanderung durch das interessante Venedig. à Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.  
 Nächste Woche: **Corfu!**

**Castan's Panopticum.**  
 Neu!! Neu!! Neu!!  
 Die **3** getigerten **Grazien!!**  
 aus Central-Afrika,  
 die neuesten Weltwunder!

**Victoria-Brauerei**  
 Lützowstrasse 111/112.  
 Heute, sowie jeden Freitag und Montag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rühl und Schrader)  
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakat).  
 Zum Schluß auf allgem. Verlangen (zum 102. Male):  
**„Vor 25 Jahren.“**  
 Sonnabend: Soiree in Rudolph's Festsaal, Dt.-Wilmersdorf.

**Parodie-Theater.**  
 Oranienstrasse No. 52 am Morihplatz.  
 Freitag, den 21. Februar:  
 1. **König Heinrich.** Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Sauntenbruch.  
 2. **Gräfin Ilse.** Was wilsse oder der Trompeter von Wilsse. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminal-Roman.  
 3. **Zscheus,** das Waldmädchen.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

**Apollo-Theater**  
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glink.  
 Mlle. Eugenie  
**FOUGÈRE.**  
 Die tolle Nacht.  
 Komische Pantomime von der Joseph Phoites-Troupe.  
 Feuer 30 Kunstkräfte I. Ranges.  
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Passage - Panopticum.**  
 Nur noch kurze Zeit!  
**Affentheater und Circus.**  
 Ohne Extra-Entree.  
 Soldaten und Kinder 25 Pf.  
 Vorst. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr.

**Kaufmann's Variété-Theater**  
 Königstrasse, Colonnaden.  
**Bomben-Erfolg!**  
**Hammerstein's Ankunft!!!**  
 Sensationeller Vortrag des wirklichen Humorigen Gentes.  
 Theowin's Pracht-Modelle.  
 Der Riesenbrustkastenmenschen Das lustige Carneval-Programm.

**Neuer Circus.**  
**Circus Busch** (Bahnhof Börse).  
 Freitag, den 21. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Extra-Vorstellung.**  
 Zum 2. Male:  
**Die Jagd nach dem Glück.**  
 Großes phantastisches, choreographisch-hydrologisches Pracht-Anstattungsstück vom Direktor Busch.  
**Ein wirklicher Schiffsuntergang.**  
 (Dr. Dampfer sinkt in 20 Fuß Wasser.)  
 Außerdem: Dir. Busch mit f. best. dress. Freizeitspferden. Aufst. d. besten deutschen Schreiters Herrn Footitt-Burghardt. Spezialitäten I. Ranges. Aufst. der beliebtesten Clowns.  
 Sonnabend: **Die Jagd nach dem Glück.**  
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermässigte Preise und 1 Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr: **Die Jagd nach dem Glück.**

**Achtung! Bauarbeiter! Achtung!**  
**Große öffentliche Versammlung aller Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.**  
 Sonntag, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr, in **Scheffer's Salon**, Inselstraße 10.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 3. Auf welche Weise werden die Bauarbeiter eine Erhöhung der Löhne zu erzielen. 30/4  
 Bei der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Bauarbeiter notwendig.  
**Der Einberufer.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW., Bouthstr. 2.  
 Soeben ist im Selbstverlage des Verfassers erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Der deutsche Pulverring und das Militär-Pulvergeschäft.**  
 Von **Georg Feuchter-Göppingen.**  
 Preis 1 Mark.  
 Die aufsehenerregenden Mitteilungen des Abg. **Sebel** in der Reichstags-Sitzung am 19. Februar über die Thatsache, daß die deutsche Militärverwaltung — als größte Abnehmerin — dem Pulverring höhere Preise zahlen muß als das Ausland, sind in dieser Schrift ausführlich und ziffernmäßig nachgewiesen.  
 Diese Darlegungen waren der Reichstagsmajorität so unangenehm, daß sie Schluß der Debatte herbeiführte. Umso mehr muß die Öffentlichkeit sich damit beschäftigen.  
 Die Schrift giebt auch eine anschauliche Darstellung der Geschichte des Pulverringes, der Auffassung der kleineren Betriebe durch die Großen und legt quellenmäßig klar, wie schließlich das Aktienkapital nominal erhöht werden mußte, um die ungeheuerliche Höhe der Profite nach Außen zu verdecken.  
 Vom Verfasser ist uns zu Agitationszwecken eine größere Anzahl Exemplare zur Verfügung gestellt worden, die wir an **Genossen zum Preise von 50 Pf.** abgeben können.

8943L\*  
**Zur März- und Maifeier**  
 empfehle dem verehrl. Arbeiter-Gesangvereinen meinen reichhaltigen Verlag von **Männer- und gemischten Chören** mit und ohne Orchester. Die besten Dichtungen in vorzüglicher Betonung und gewaltiger, rührender Wirkung. Kataloge franko. Ansichtsendung bereitwilligst. Billigste Preise.  
**J. Günther, Musik-Verlag und -Handlung, Dresden, Ziegelstrasse 24.**

Hackescher Markt 24, Ecke Neue Promenade  
**J. Brünn** Am Stadtbahnhof „Börse“  
**Inventur - Ausverkauf!**  
**Teppiche! Gardinen! Portièren!**  
**Steppdecken! Leinenwaaren!**  
**Fertige Wäsche!**  
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Glühwein-Extrakt,**  
 hochfein, à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. incl.  
**Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt,** à Strfl. 1,60 M., 5 Strfl. 7,50 M.  
**Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch,** à Literfl. 3,50 M.  
**Cognac fine Champagne, Orig.-Bl. 1/4 Str. incl. 3,50, 4,50, 5,50 M.**  
**Echt Jamaica-Rum** und Verschnitt, à Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.  
**Rum No. 3, Imitation,** à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. incl. (4187L\*)  
**Medicin. Ungarwein,** 1/2 Ausbruch, beste Qualität, Strfl. 2,10, 5 Pf. 9 25.  
**Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft,** ganz vorzügl., Strfl. 1,30 M.  
**Eugen Neumann & Co.**  
 6 a Belle-Alliance-Platz 6 a. 81 Neue Friedrichstr. 31.  
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27

# Achtung, Holzarbeiter!

## Drei öffentliche Versammlungen.

1. Sonntag, den 23. Februar, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr,  
im **Kösliner Hof**, Köslinerstraße 8.

Tages-Ordnung:

Das Verhalten der Meister des „Nordring“ gegenüber dem Beschluß der Meister-Versammlung im Böhmisches Brauhaus.

Hierzu sind die Meister des „Nordring“ eingeladen.

2. und 3. Montag, den 24. Februar, abends 8 Uhr:  
**Konzerthaus Sanssouci**, Kottbusserstr. 4a.  
**Keller's Festsäle**, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

### Der Stand unserer Bewegung.

Jeder Kollege erscheine. Der Vertrauensmann.

## Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

**Branchenversammlung der Kastenmöbelarbeiter**  
im Lokale des Herrn **Mörschel**, Schönhauser Allee 28.

Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

**Branchen-Versammlung der Küchenmöbelarbeiter**  
im Lokale des Herrn **Buske**, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung über die Einführung einheitlicher Allordpreise.

Die Meister dieser Branche werden zu dieser Versammlung behufs Verständigung eingeladen.

Die Vertrauensmänner: **Geppert u. Dierke**.

## Drechsler!

Lugumöbel- u. Galanteriewaaren-Arbeiter u. Arbeiterinnen.

### Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 23. Februar, vorm. 10 Uhr, im Lokale  
des Herrn **Brochnow**, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung unter den Drechslern und der Lugumöbel-Branche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vertrauensmann.

## Versammlung

der streikenden Werkzeugmacher, Schnitte- und Stanzenbauer

am Sonnabend, den 22. Februar 1896,  
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Herrn **Henke**, Raunynstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung:

Die Verhandlungen mit den Fabrikanten und die gegenwärtige Situation.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

117/20

**Metallarbeiter u. Arbeiterinnen Rixdorfs.**

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr, in den **Viktoria-Sälen**,  
Hermannstr. 48-50:

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie können wir die gegenwärtige gute Geschäftslage am besten ausnützen? Referent Kollege **Kohlradt** (Berlin). 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskartell. 4. Renwahl eines Delegierten und Stellvertreter zum Gewerkschaftskartell.

Die Kollegen folgender Werkstätten sind hierzu besonders eingeladen: Rixdorfer Messingwerke, Donner, Mariendorferweg, Kipling, Bergstraße, Schrammer, Richardstraße, Simon, Zietzenstraße, Wanzlitz, Rosenstraße, Schulze, Hasenhaide, Bourchart, Zietzenstr. 46.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Metallarbeiter Rixdorfs.

## Stellmacher.

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, 23. Februar, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Nieft**,  
Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Wie stellen sich die Stellmacher zu einer Lohnbewegung. 3. Berichterstattung des Gewerkschaftsdelegierten und Renwahl desselben. 4. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ersucht um reges und pünktliches Erscheinen.

Die Agitations-Kommission.

## Freie Vereinigung der Bauanschläger Berlins.

### Versammlung

am Sonntag, 23. Februar, vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Vorstandes. 2. Verschiedenes. 3. Fragelisten.

Achtung!

Achtung!

## Verein der Former.

Die Mitglieder werden ersucht, am Sonntag, den 23. Februar, von 11-1 Uhr ihre **Sitze zum Stiftungsfeste**, welches am 21. März in Fiebig's Salon, Große Frankfurterstraße stattfindet, im Vereinslokal, Hirttenstraße 21, abzuholen. Da von der Zeit ab die Gastbillets zur Ausgabe gelangen und die Mitglieder nicht mehr berücksichtigt werden können.

Der Vorstand. J. A.: Ad. Newes.

61/5

Freitag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr:

# öffentl. Versammlungen

aller Arbeiter und Arbeiterinnen der

## Konfektions-Industrie

und zwar in folgenden Lokalen:

**Sanssouci**, Kottbusserstr. 4a.

**Süd-Ost**, Waldemarstr. 75.

**Joël's Festsäle**, Andreasstr. 21.

**Nieft**, Weberstr. 21.

**Paster's Gesellschaftshaus**, Neue Königstr. 7.

**Ahrens' Brauerei**, Thurmstr. 26.

**Swinemünder Gesellschaftshaus**

Swinemünderstr. 35.

**Prater**, Kastanien-Allee 7.

**Kösliner Hof**, Köslinerstr. 8.

**Gründel**, Brunnenstr. 188.

**Rixdorf, Viktoria-Säle**, Hermannstr. 44.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

### Die Einigungsvorschläge der Konfektions-Unternehmer und unsere Stellung dazu.

Alle streikenden Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, ihre Streikkarten mitzubringen, damit die Beschlussfassung korrekt erfolgen kann.

Am Freitag früh 9 Uhr kommt in allen Kontrollbureaus ein Flugblatt zur Verbreitung.

Im Auftrage der Agitationskommission der Schneider u. Schneiderinnen Berlins:

**A. Timm**, Vertrauensmann.

Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Heroldtöden bei Bestellung umsonst.

Gudat, Danzigerplatz 2, Elsfasserstr. 12.

Achtung!

Patente Muster-  
Markenschutz  
**ERICH PETERS.**  
Berlin, S.W. 29, Mittenwalderstr. 28.

## Achtung!

Kaufen Sie gefälligst nur

4379L.

Metall-Gutz-Glanz

## Amor

Derselbe ist sparsam, billig u. allbekannt das beste aller Metall-Poliermittel und viel besser als rote Pomade.

In Dosen à 10 Pf. überall zu haben.

Amor ist auch vorzüglich für Metall-Fabriken.

## Bettfedern-Fabrik

Gustav Vullig, Berlin S., Brunnstr. 46.  
verfertigt gegen Nachnahme (nicht unter 10 M.) garantierte neue vorzügliche, billige Bettfedern, 5. bis 55 Pf. Gänsefedern, 1. bis 1.25 M. weiße Halbdaunen, 1. bis 1.75 M. vorzügliche Taunen, 1. bis 2.80 M. Von diesen Taunen genügen 3 Pfund zum höchsten Oberbett. Verpackung und nicht berechn.

## Sophastoffe

in Nips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelins und Plüsch spottbillig!

Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

**Emil Lefevre**, Berlin S., Oranienstraße 158.

## Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Utensilien.

**Heinrich Franck**, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Schlafsofa, Bettstelle, Matratzen, Kleiderspind, Wäschespind, Spiegel, Ausziehtisch, Stühle, Reichensbergerstr. 160, v. I. Behring.

## Achtung!

### Genossen und Genossinnen!

Grosse öffentl. sozialdem. Parteiversammlung für den Kreis Niederbarnim

am Sonnabend, den 22. Februar 1896, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,  
in **Stöhr's Gesellschaftshaus**, Pankow, Mühlenstr. 24.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen** über: Die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch. 2. Diskussion. Die Genossen und Genossinnen der übrigen Ortschaften werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Der Vertrauensmann.

## Achtung! Steinmetzen Berlins.

### Große Innungsgesellen-Versammlung

am Sonntag, den 23. Februar, vormittags punkt 10 Uhr, bei **Maier**,  
Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Tarifkommission. 2. Verschiedenes. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung wird ein jeder Kollege ersucht, zu erscheinen.

Die Tarifkommission.

## Achtung! Steinarbeiter Berlins und Umgegend.

Zur Interesse Euerer eigenen Angelegenheit, und um unsere gerechte Forderung zur Durchführung zu bringen, ist ein jeder Steinarbeiter verpflichtet, in der Steinmetz-Innungsgesellen-Versammlung zu erscheinen, da ein jeder das Wort erhält.

Der Vertrauensmann.

## Mitglieder-Versammlung

Vereins aller in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen (Zentrale Berlin)

am Sonntag, den 23. Februar 1896, vorm. 10 Uhr,  
bei **Böttzow** (am Prenzlauer Thor).

Tages-Ordnung:

1. Urabstimmung über den Antrag der Zentrale Berlin: „Als Entschädigung für die Thätigkeit der Vorstandsmitglieder (außer das Gehalt des Kassierers Rempe) 1 Prozent von der Einnahme der Zentrale zu bewilligen.“

2. Vortrag des Kollegen **R. Augustin**. Pflicht aller Mitglieder ist es, in der Versammlung zu erscheinen und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Der Vorstand.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 23. Februar, vorm. 10 Uhr,  
im Lokale des Herrn **Gründel**, Brunnenstraße Nr. 188:

Große öffentliche

### Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Kessler** über: Die Gewerkschaftsbewegung eine Vorbedingung zur politischen Freiheit. 2. Diskussion. 3. Die Lebenshaltungs-Anquete im Berliner Baugewerbe. Referent: **Dr. Friedberg**. 4. Diskussion. 5. Gewerkschaftliches.

131/5

Der Vertrauensmann: **H. Westphal**.

## Achtung!

### Große öffentliche Versammlung der Färber, Appreteure, Dekateure

und verw. Berufsgenossen Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 23. Februar 1896, vormittags 10 Uhr,  
im Lokale des Herrn **Wille**, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Glaube und Vernunft“. Referent: **Herr Ad. Hoffmann**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Bedeckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

64/2